



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht November 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

28. Oktober 2016

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
FredFroese – iStock (S. 6), Stamm/WIK (S. 7), Stamm/WIK (S. 8),
Stamm/WIK (S. 9), CGinspiration – iStock (S. 10), Paolo Cipriani –
iStock (S. 12), Freepik (S. 15), UVA Kommunikation und Medien
GmbH (S. 18), BMWi/Maurice Weiss (S. 19), ipopba – iStock (S. 24),
PeopleImages – iStock (S. 29), baona – iStock (S. 30), BMWi/
Thomas Meyer (S. 32), BMWi/Thomas Meyer (S. 33), BMWi/
Thomas Meyer (S. 34)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	16
Bundesregierung nimmt neu Maß.....	18
Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser.....	24
Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.....	32
II. Wirtschaftliche Lage.....	37
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	40
III. Übersichten und Grafiken.....	51
1. Gesamtwirtschaft.....	52
2. Produzierendes Gewerbe.....	60
3. Privater Konsum.....	68
4. Außenwirtschaft.....	70
5. Arbeitsmarkt.....	72
6. Preise.....	74
7. Monetäre Entwicklung.....	78
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	80
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	82

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Deutschlands Wirtschaft wird 2016 voraussichtlich um 1,8 Prozent zulegen. Und auch für die kommenden zwei Jahre geht die Bundesregierung in ihrer Herbstprognose von einem soliden Wirtschaftswachstum aus. Viele Menschen spüren das auch ganz konkret in ihrem Portemonnaie. Die weiterhin gute Lage auf dem Arbeitsmarkt macht deutliche Lohnsteigerungen möglich und sorgt für höhere Einkommen. Da die Preise weitgehend stabil sind, kann man sich auch real mehr leisten und so bleibt der Konsum wesentliche Stütze des Wachstums.

Klar ist: Mehr Kaufkraft und mehr Arbeitsplätze verbessern das Leben der Menschen. Doch was ist den Menschen außerdem wichtig? Was macht ein gutes Leben in Deutschland aus? Über 15.000 Menschen haben sich am Bürgerdialog der Bundesregierung beteiligt und darüber berichtet, was sie persönlich bewegt. Am 26. Oktober hat das Bundeskabinett einen Bericht verabschiedet, der die Ergebnisse zusammenfasst.

Er zeigt deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger wollen ein gerechtes Land. Chancengleichheit, Zusammenhalt, Gleichstellung von Frauen und schließlich die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen – das gehört zu den wichtigsten Forderungen, die zur Sprache gekommen sind. Es geht also nicht nur um mehr Wachstum. Es geht auch um ein besseres, um ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum.

Auf diesem Weg haben wir schon einiges erreicht. Ein wichtiger Erfolg war, dass wir das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch entkoppelt haben. In den letzten Jahren ist die Energieproduktivität um 50 Prozent gestiegen. Zudem ist die Energieversorgung von Jahr zu Jahr „grüner“ geworden. Ein Drittel unseres Stroms stammt heute aus erneuerbaren Quellen.

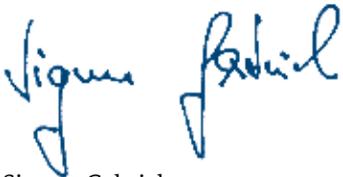
Um die Zukunftsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes zu sichern, müssen wir dringend mehr investieren: in Schulen und Kitas, in Straßen und Schienen und in modernste Datennetze. Hier hat die Bundesregierung bereits viel unternommen. Im kommenden Jahr gibt der Bund 33,3 Milliarden Euro für Investitionen aus – kein Ausgabenbereich des Bundeshaushaltes ist seit 2013 stärker gestiegen.

Wichtig war den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bürgerdialogs schließlich auch, dass die Politik innovative Ideen unterstützt. Hier setzt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Und gerade junge Unternehmen und mittelständische Betriebe werden bei ihren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gezielt gefördert.

Aber dennoch: Wir müssen noch mehr tun, damit „Wohlstand für alle“ kein leeres Versprechen ist. Hierfür ist der Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität Kompass und Handlungsauftrag.

Neben der Herbstprojektion der Bundesregierung und dem Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland ist die Digitalisierung ein weiterer Themenschwerpunkt der aktuellen Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“. So berichten wir unter anderem über das jüngst veröffentlichte „Aktionsprogramm Digitalisierung“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und über aktuelle Entwicklungen in der Förderinitiative Mittelstand 4.0.

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Diskussionsbericht zu einem Workshop über Herausforderungen bei der Neuauflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Abbildung 1: Die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen



Quelle: Vereinte Nationen

Nachhaltigkeit gewinnt als Leitprinzip für das politische Handeln der Bundesregierung zunehmend an Bedeutung. Mit der Neuauflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie strebt die Bundesregierung an, die im September 2015 von der Generalversammlung der UN verabschiedete 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen (Sustainable Development Goals, SDGs, siehe Abbildung 1) auf nationaler Ebene zu verankern.¹ Hierzu wird die erstmals im Jahr 2002 aufgelegte Nachhaltigkeitsstrategie durch neue Ziele ergänzt und mit weiteren Indikatoren hinterlegt. Die überarbeitete Strategie soll noch im November 2016 dem Kabinett vorgelegt und künftig als „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ fortgeführt werden.

In einem internen Workshop mit einem Impulsvortrag von Herrn Dr. Nils aus dem Moore vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)² diskutierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Herausforderungen, die mit diesem Prozess einhergehen. Argumente und Erkenntnisse aus dem Workshop werden im Folgenden dargestellt.

Zielkonflikte erkennen und ausbalancieren

Die Bundesregierung bezieht sich in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie auf eine Definition von Nachhaltigkeit, die sowohl

1 Diese 17 Ziele sollen bis 2030 erreicht werden. Sie werden in 169 Unterzielen konkretisiert.

2 Dr. Nils aus dem Moore leitet am RWI die Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und Governance“.

eine intertemporale als auch eine interdisziplinäre Komponente enthält. So soll eine nachhaltige Entwicklung den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht werden. Dabei sollen ökonomische, soziale und ökologische Belange in ausbalancierter Weise berücksichtigt werden. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit ermöglicht auf theoretischer Ebene eine ganzheitliche und ausgewogene Herangehensweise. Die praktische Umsetzung in eine konkrete politische Agenda erfordert allerdings Weitblick und Fingerspitzengefühl. So bestehen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitszielen vielfältige Wechselwirkungen, die zu politökonomischen Zielkonflikten führen können. Ein prominentes Beispiel hierfür ist das Ziel, den Konsum – zum Beispiel durch eine Steigerung des Marktanteils von Bio-Lebensmitteln – nachhaltiger zu gestalten. Da Bio-Lebensmittel in der Regel teurer sind als konventionelle Produkte, könnte dieses Ziel insbesondere das Realeinkommen der Bezieher kleiner Einkommen schmälern und damit in Konflikt zum Ziel, Ungleichheit zu verringern, geraten. Diesen und weitere Zielkonflikte gilt es zu erkennen und bei der weiteren Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsstrategie zu berücksichtigen. Hierzu kann etwa die Wissenschaft beitragen, indem sie Interdependenzen aufdeckt und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge gezielt erforscht.

Indikatoren und Zielwerte sorgfältig prüfen

Während die Vereinten Nationen noch darum ringen, die 169 Unterziele der SDGs zu formulieren und mit der Definition von Indikatoren die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Entwicklungen zu messen, hat die Bundesregierung bereits weitgehend konkrete Indikatoren und Zielvorgaben festgelegt. Damit nimmt Deutschland international eine Vorreiterrolle ein. Bei allen Vorteilen, die konkrete Zielvorgaben bieten, dürfen die damit verbundenen Schwächen nicht aus dem Blick geraten: Nicht für alle Lebensbereiche, die in der Nachhaltigkeitsstrategie angesprochen sind, stehen Daten zur Verfügung, anhand derer sich Entwicklungen messen lassen. Ein Beispiel hierfür ist das Maß für die Verbreitung von Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten. Mangels besserer Alternativen soll der Umsatzanteil der Mitglieder des Bündnisses für nachhaltige Textilien³ als Indikator dienen. Dabei stellt sich die berechnete Frage, wie repräsentativ der Textilsektor für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt ist und folglich, wie



aussagekräftig die Entwicklung dieses Indikators tatsächlich ist. Um die Aussagekraft der Indikatoren nicht zu überschätzen, ist es wichtig, solche Schwächen im weiteren Prozess zu thematisieren.

Neben der Frage nach den geeigneten Indikatoren liegt eine weitere Herausforderung in der Festlegung der „richtigen“ Zielwerte. Ohne Zweifel können konkrete Zielwerte dazu beitragen, Handlungsstrategien zielgenauer zu formulieren. Je konkreter ein (Unter-)Ziel ist, desto leichter fällt es zudem, Akteure zum Handeln zu motivieren. Das haben auch die Millennium Development Goals als Vorgänger der SDGs gezeigt. Dennoch stellt sich die Frage, welche Zielwerte tatsächlich geeignet sind, soziale, ökologische und wirtschaftspolitische Maßnahmen – im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bis zum Jahr 2030 – zu formulieren. Häufig lässt sich ein konkreter Zielwert nicht belastbar aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ableiten. Darüber hinaus stellt sich aber auch das grundsätzliche Problem, dass die Festlegung eines hinreichend ambitionierten, aber auch realistischen Zielwerts für einen künftigen Termin (z. B. 2030) entscheidend davon abhängt, auf welchem Wege und zu welchen Kosten (das heißt Zieleinbußen bei anderen Zielen) er erreicht werden kann. Dies kann sich aber im Zeitablauf zum Beispiel durch neue Technologien ändern.

³ Das Bündnis für nachhaltige Textilien wurde im Jahr 2014 als Multi-Stakeholder-Initiative (Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Standardorganisationen und Gewerkschaften) gegründet. Es zielt darauf, soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen entlang der Textillieferkette zu erreichen.

Die richtige Handlungsebene finden und individuelle Schwerpunkte setzen

Die Staatengemeinschaft steht vor der großen Herausforderung, für die einzelnen Ziele der Agenda 2030 die richtige Umsetzungsebene zu finden und auf dieser voranzuschreiten. Nicht alle Ziele haben für alle Länder die gleiche Relevanz. Bei der Umsetzung der Agenda werden die einzelnen Staaten deshalb notwendigerweise unterschiedliche Akzente setzen. Zum Beispiel hat das Ziel Nr. 1, bis zum Jahr 2030 Armut in jeder Form und überall zu beenden, für Deutschland augenscheinlich weniger Relevanz als für ein Entwicklungsland, jedenfalls wenn es im Sinn absoluter Armut zu verstehen ist.⁴ Das Ziel, Konsum verantwortlich zu gestalten,

wird wiederum auf der politischen Agenda eines Landes erst dann einen entsprechenden Stellenwert erhalten, wenn die Grundbedürfnisse der Bevölkerung gedeckt sind. Die unterschiedliche Gewichtung der Ziele liegt daher in der Natur der Sache. Sie sollte allerdings nicht dazu führen, dass sich die Staaten in ihren nationalen Umsetzungsstrategien auf Handlungsfelder fokussieren, in denen ihnen die Zielerreichung besonders leicht fällt, und dabei tatsächlichen Handlungsbedarf vernachlässigen.

Kontakt: Christina Ronhardt
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Synergieworkshop des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter dem Motto „Innovative Lösungen für die Digitalisierung und Vernetzung der Wirtschaft“



Die „Always-on“-Kultur unserer Gesellschaft – also einer Gesellschaft, die immer online ist – führt zu einem stark veränderten Konsumentenverhalten. Dieses ist von steigenden Qualitätsanforderungen, wachsender Individualisierbarkeit der Produkte, schneller und passgenauer Lieferung und immer höheren After-Sales-Erwartungen der Kunden geprägt. In der Folge sind in den letzten Jahren weltweit die größten Umwälzungen eingeleitet worden, mit denen Produzenten und Dienstleister jemals konfrontiert worden sind. Nicht mehr die Produkt- und Serviceangebote, sondern die mobilen, vernetzten und hochinformier-

ten Kunden stehen als gestaltende Kräfte im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Von ihrem Verhalten gehen branchenübergreifend starke Impulse für betriebliche Strukturanpassungen und die Vernetzung der Unternehmen aus, die derzeit unter dem Begriff „Wirtschaft 4.0“ subsumiert werden.

Laut einer aktuellen Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim weist bisher lediglich jedes fünfte Unternehmen einen fortgeschrittenen digitalen Reifegrad auf. Knapp die Hälfte der Unternehmen gehört zum Mittelfeld: Sie haben bisher vor-

⁴ Würde man das Ziel im Sinn relativer Armut verstehen, wäre es redundant zum Ziel, Ungleichheit zu reduzieren.



Unter der Moderation von Ulrich Walter diskutieren (von links) Dr. Dirk Kühling (Freie Hansestadt Bremen), Prof. Dr. Katharina Hölzle (Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Berlin), Fabian Jain (Zahnarztpraxis KU64), Prof. Dr. Volker Stich (Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Dortmund – Geschäftsstelle Aachen) und Dr. Markus Kühn (Handwerkskammer Saarland) den Weg zur intelligent vernetzten Produktion und Dienstleistung sowie die Bedeutung der Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren.

wiegend einzelne „Inseln“ der betrieblichen Abläufe digitalisiert und vernetzt. Fast ein Drittel aller kleinen und mittleren Unternehmen gehören zu den digitalen Nachzüglern, die in der digitalen Transformation ihrer Organisation und Prozesse bislang mehr Risiken – z. B. durch Datendiebstahl oder Cyberkriminalität – als Chancen sehen. Dies macht deutlich, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland eine fachliche und branchenübergreifende Unterstützung und besonders praxisnahe Hilfen bei der Digitalisierung ihrer Prozesse benötigen, um nicht ins wirtschaftliche Abseits zu geraten.

Synergieworkshop des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 29. September 2016 zu einem Synergieworkshop unter dem Motto „Innovative Lösungen für die Digitalisierung und Vernetzung im Mittelstand“ nach Berlin eingeladen.

Rund 200 Experten diskutierten im Rahmen der Veranstaltung intensiv über den Wandel in der Wirtschaft, der durch die Digitalisierung ausgelöst wird. Im Zentrum stand die Frage, wie die mittelständisch geprägte deutsche Wirtschaft noch stärker motiviert werden kann, die Chancen der Digitalisierung zur Erhaltung bzw. Stärkung der Wettbewerbsposition zu ergreifen.

Förderinitiative Mittelstand 4.0 zur Unterstützung bei der Digitalisierung wird ausgeweitet

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieser Unterstützungsbedarf für alle Branchen und bei allen bedeutenden Themen der Digitalisierung – wie z. B. Smart Data, betriebliche Prozesse, Machine-to-Machine-Kommunikation, Cloud Services, IT-Sicherheit – weiterhin groß ist. Deshalb werde die Förderinitiative Mittelstand 4.0 weiter verstärkt, wie die Leiterin des Referats Mittelstand-Digital im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Angelika Müller, in ihrem Eröffnungs-Statement erläuterte. Zusätzliche Konsortien sollen das bestehende Netzwerk aus zehn Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren sowie dem Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“ verstärken und insbesondere thematisch erweitern. Zu den bisherigen, stark auf Produktionsprozesse fokussierten Zentren sollen im Rahmen einer neuen Ausschreibung weitere Themenfelder und Branchen adressiert werden. Wichtige Beispiele seien u. a. im Dienstleistungsbereich die Gesundheitswirtschaft, der Tourismus, die Dienstleister in der Logistik sowie die Landwirtschaft. Projektskizzen können bis zum 23. Dezember 2016 eingereicht werden.¹

Auch durch die angeregte Podiumsdiskussion wurde der Bedarf an weiteren Zentren bestätigt. Vertreter der Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren Dortmund und Berlin verdeutlichten, wie weit der Unterstützungsbedarf für mittel-

1 Die neue Ausschreibung ist hier abrufbar: http://redaktion.bmwi.de/MD/Redaktion/DE/PDF/bekanntmachung-zur-f_C3_B6rderinitiative_property=pdf,bereich=md,sprache=de,rwb=true.pdf

ständige Unternehmen reicht. Für die Zukunft gilt, dass insbesondere das vielfach bereits vorhandene Wissen z. B. mit Hilfe der in den Zentren aktiven Pilotunternehmen in die Wirtschaft transferiert werden muss. Auch der Vertreter der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Dirk Kühling, sowie der Handwerkskammer Saarland, Dr. Markus Kühn, unterstrichen in ihren Beiträgen, welche große Rolle Pilotunternehmen mit ihren Positivbeispielen zukommt. Zudem verdeutlichte Fabian Jain, als Vertreter einer großen Praxisgemeinschaft von Zahnärzten, dass nur durch die vollständige Digitalisierung aller Prozesse – also auch das elektronische Buchen von Terminen, die elektronische Patientenakte und die vollständige Transparenz der Behandlungshistorie – Effizienzreserven ausgeschöpft werden können.

Wie wichtig elektronische Standards für die digitale Vernetzung sind, wurde im Vortrag von Dr.-Ing. Götz Marczinski deutlich. Der Leiter des eStandard-Projektes CoCoDeal warb für die stärkere Nutzung und Verbreitung bereits vorhandener eBusiness-Standards, die beispielsweise in den Förderprojekten zu Mittelstand-Digital erarbeitet worden sind. Digitalisierte Prozesse und Maschinen, die sich selbständig untereinander koordinieren, sind ohne gut gepflegte Stammdaten und harmonisierte eBusiness-Standards nicht zu implementieren.

Thomas Immich von centigrade hob hervor, dass erfolgreiche Produkte eine intelligente Kombination von Hardware, Software und Service darstellen. Nicht die Produktmerkmale, sondern deren Beitrag zur Erfüllung der Nutzerbedürfnisse seien erfolgsentscheidend. Entsprechend brauche es vor dem Festlegen von Spezifikationen zur Entwicklung zunächst die Analyse des Nutzers, seiner Tätigkeiten und Bedürfnisse. Beim anschließenden Design-Prozess könnten dann vielfältige Skizzierungs- und Visualisierungsmethoden zum Einsatz kommen, um Ideen auf ihre Praxistauglichkeit zu testen.

Während des Workshops stellte zudem Pia Sue Helferich von der Mittelstand-4.0-Agentur für Kommunikation die Angebote und Unterstützungsleistungen der vier verschiedenen Agenturen Cloud, Handel, Kommunikation und Prozesse vor. Die Mittelstand-4.0-Agenturen haben insbesondere die Kommunikation mit Multiplikatoren bei Verbänden, Kammern und Beratern als Zielgruppe im Fokus. Darüber hinaus unterstützen sie aber auch die Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren mit vielfältigem Fach- und Methodenwissen.



Details zur neuen Ausschreibung für weitere Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren werden in Bildern dokumentiert.

Neben dem fachlichen Austausch diente der Workshop auch dazu, mögliche zukünftige Partner für die neu beschriebenen Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren zu vernetzen und durch den Projektträger zu informieren. Die Teilnehmer des Synergieworkshops folgten daher aufmerksam den Ausführungen von Dr. Sven Nußbaum vom DLR Projektträger zur Erläuterung der neuen Ausschreibung. Zudem wurde das Angebot des Projektträgers intensiv in Anspruch genommen, Fragen der Interessenten und möglicher Konsortialpartner zu beantworten.

Kontakt: Juliette Melzow
Referat: Mittelstand-Digital
und Dr. Franz Büllingen, Leiter Begleitforschung
Mittelstand-Digital

Mehr Investitionen in Europa und der Welt: die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission



Die Investitionsoffensive für Europa

Nicht nur Deutschland, auch Europa braucht in erheblichem Umfang zusätzliche Investitionen, um sein Wachstumspotenzial nachhaltig zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Europäische Kommission hat daher im November 2014 ihre Investitionsoffensive für Europa vorgestellt. Ihr zentrales, innovatives Element bildet der so genannte „Europäische Fonds für Strategische Investitionen“ (EFSI), der als Garantieinstrument mit Mitteln aus dem Privatsektor bis Mitte 2019 zusätzliche Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro mobilisieren soll.¹

Am 14. September 2016 hat die Kommission vorgeschlagen, den EFSI um anderthalb Jahre bis Ende 2020 zu verlängern und sein Volumen so auszuweiten, dass bis zu diesem Datum europaweit zusätzliche Investitionen im Umfang von 500 Milliarden Euro angeschoben werden. Dies entspricht einem Aufwuchs um nahezu 200 Milliarden Euro gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Volumen. Darüber hinaus sollen aus Sicht der Kommission die beiden anderen Säulen der Investitionsoffensive, die technische Hilfe und die Beseitigung von Investitionshemmnissen auf europäischer wie mitgliedstaatlicher Ebene, ausgebaut beziehungsweise vorangetrieben werden.

Europäische Kommission und Europäische Investitionsbank (EIB) erwarten, dass die bislang genehmigten EFSI-Finanzierungen zu Investitionen von insgesamt 138 Mil-

liarden Euro in bislang 27 der 28 EU-Mitgliedstaaten führen (s. Abbildung 1; nur in Zypern liegt bisher kein EFSI-gefördertes Projekt vor). Mit Hilfe des EFSI wird beispielsweise in die Förderung von Innovationen, erneuerbaren Energien, Infrastrukturprojekten oder kleinen und mittleren Unternehmen investiert.²

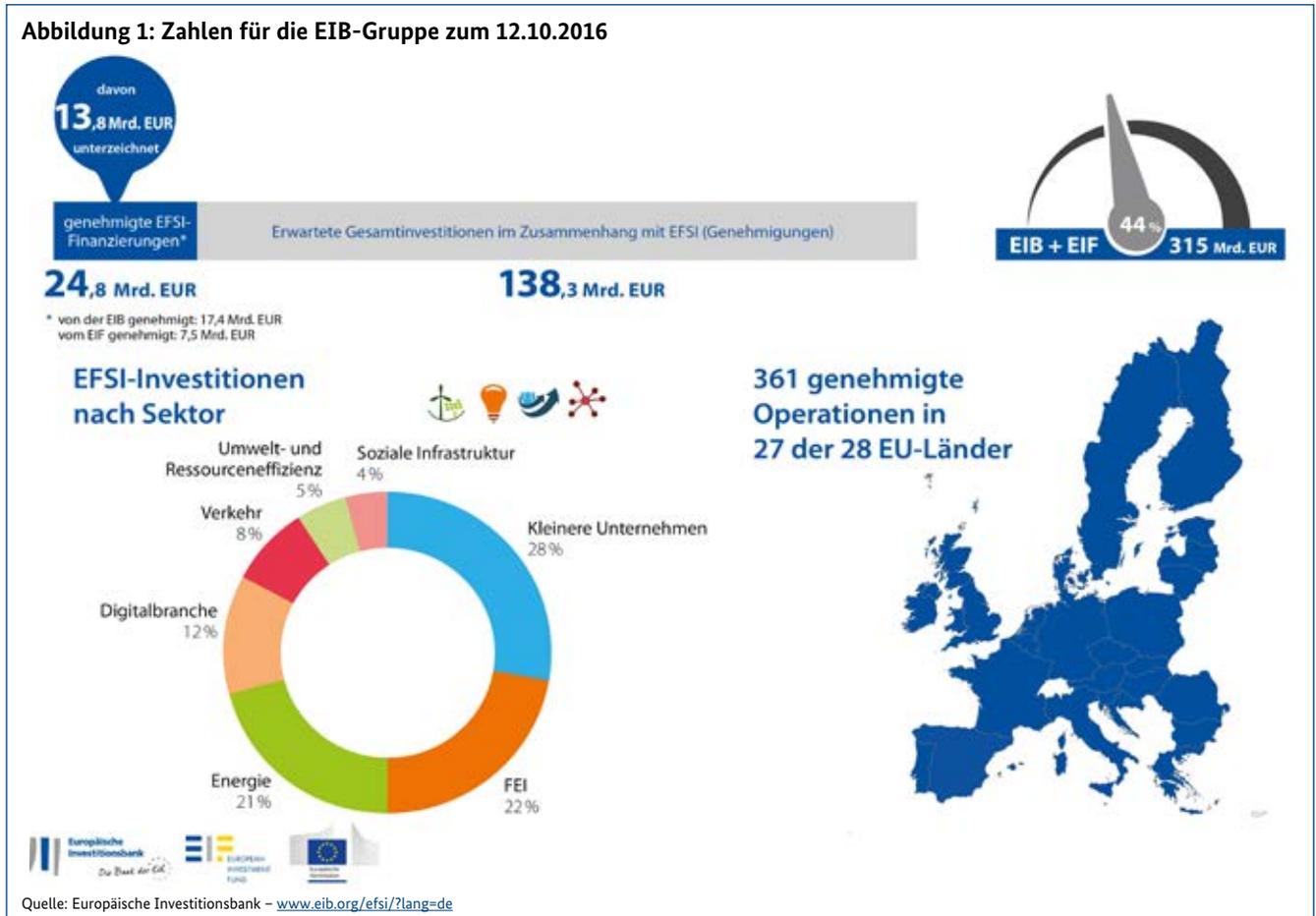
Künftig sollte bei der Auswahl der Projekte der Aspekt der Förderung deutlicher in den Fokus rücken. Es sollten tatsächlich zusätzliche Investitionen gefördert werden, die ohne den EFSI aufgrund von Marktversagen oder suboptimalen Investitionsbedingungen nicht zustande kämen. Die noch ausstehende Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit dem EFSI kann wichtige Hinweise geben, wie dies in Zukunft besser erreicht werden kann. Anders als von der Kommission vorgeschlagen, reicht die Zugehörigkeit zu bestimmten Bereichen oder Regionen als Nachweis der Zusätzlichkeit nicht aus. Entscheidend für die Förderung aus EFSI-Mitteln muss die Qualität der einzelnen Projekte sein.

Eine „Europäische Investitionsoffensive für Drittländer“

Um nachhaltige Entwicklung auch außerhalb Europas zu fördern und dadurch auch den Ursachen für Flucht und Migration zu begegnen, hat die Kommission ebenfalls am 14. September 2016 eine „Investitionsoffensive für Drittländer“ vorgeschlagen. Dieses neue Instrument soll dazu bei-

- 1 Die weiteren Säulen der Initiative bilden die Unterstützung bei der Umsetzung von Investitionsprojekten sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen (zu den Details der Investitionsoffensive siehe die Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vom Dezember 2015).
- 2 Beispielsweise konnte in Deutschland das von der KfW angebotene Existenzgründerprogramm „ERP-Gründerkredit – StartGeld“ mit Hilfe des EFSI auf ein Garantievolumen von einer Milliarde Euro bis Ende 2018 ausgeweitet werden (siehe Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vom Dezember 2015).

Abbildung 1: Zahlen für die EIB-Gruppe zum 12.10.2016



tragen, Investitionen in Afrika und der Nachbarschaft der EU anzukurbeln und Hemmnisse für private Investitionen zu beseitigen.

Die Kommission reagiert damit auf eine Forderung des Europäischen Rates, der im Juni 2016 die Nutzung „aller einschlägigen Finanzierungsinstrumente und -quellen“ gefordert hatte, um insbesondere Investitionen in den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern der in Europa ankommenden Migranten zu fördern.

Die Investitionsoffensive für Drittländer beruht auf dem Vorbild der Investitionsoffensive für Europa. Sie besteht ebenfalls aus drei Säulen, dem „Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung“ (EFSD) als zentralem Element, der Gewährung technischer Hilfe (etwa durch konkrete Beratung zu Investitionsprojekten) sowie der Verbesserung des Investitionsklimas durch notwendige Strukturreformen. Die Maßnahmen des EFSD, etwa Kredite, Beteiligungen und Risikokapital, sollen durch neuartige Garantien abgesichert werden, die mit Mitteln aus dem EU-Haushalt und dem Europäischen Entwicklungsfonds in Höhe von 750 Millionen Euro ausgestattet sind.

Insgesamt stehen 3,35 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung, um bis 2020 private und öffentliche Investitionen von rund 44 Milliarden Euro in Afrika sowie in der südlichen und östlichen Nachbarschaft der EU zu mobilisieren. Die Investitionsoffensive für Drittländer ist ein sinnvolles Instrument, um die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen und eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung in Afrika und der europäischen Nachbarschaft zu fördern. Um größtmögliche Wirksamkeit zu entfalten, müssen sich, so der Europäische Rat, die verschiedenen Instrumente in stimmiger Weise ergänzen. Dies betrifft insbesondere die von der EIB vorgeschlagene Investitions- bzw. „Resilienzinitiative“ für die südliche Nachbarschaft der EU und die Länder des westlichen Balkans, die ähnlich der Investitionsoffensive für Drittländer aufgebaut ist. Hier erfolgte der Startschuss im Oktober.

Kontakt: Joachim Smend
Referat: Europa 2020, Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bund-Länder

Einladung zur Gründerwoche Deutschland: Impulse für ein gründerfreundliches Klima



Vom 14. bis 20. November 2016 findet die Gründerwoche Deutschland statt. Zum siebten Mal führen die Partner der Gründerwoche – darunter Kammern, Wirtschaftsförderungen, Bildungseinrichtungen, Gründungsinitiativen und Unternehmen – unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie deutschlandweit vielfältige Veranstaltungen durch.

Ob Vortrag, Seminar oder Webinar, Workshop, Erfahrungsaustausch und Networking oder Unternehmensplanspiel: In der Aktionswoche wollen die Partner, von denen viele sich zum wiederholten Mal bei der Gründerwoche engagieren, Gründergeist wecken. Gemeinsam mit gründungsinteressierten und jungen Unternehmen diskutieren sie die vielfältigen Aspekte von Gründung und stellen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Existenzgründung vor.

Alle Veranstaltungsangebote finden Sie im zentralen Veranstaltungskalender:



bit.ly/gruenderwoche_veranstaltungskalender

Viele angehende Gründerinnen und Gründer interessieren sich besonders für Veranstaltungen, die von mehreren Partnern direkt vor Ort durchgeführt werden, weil sie Informationen und Angebote bündeln und das lokale und regionale „Gründungs-Ökosystem“ sichtbar machen. In der neuen Publikation „Netzwerke für ein besseres Gründungsklima“ zeigen zwölf erfolgreiche Beispiele anschaulich, wie sich Bürgermeister, Wirtschaftsförderer, Kammervertreter genauso wie Unternehmerinnen und Unternehmer oder Bildungseinrichtungen zusammengeschlossen haben, um das Gründungsklima vor Ort durch ein gemeinsames Engagement bei der Gründerwoche zu verbessern. Die Projekte reichen von einer lokalen Gründungsoffensive über Migrantinnen-Netzwerke bis hin zum generationsübergreifenden Austausch.

Download und Bestellung von „Netzwerke für ein besseres Gründungsklima“ unter:

bit.ly/existenzgruender_gruendungsklima

Wer Gründergeist und Gründungskultur fördern möchte, kann sich allein oder in Kooperation mit anderen Partnern in der Gründerwoche engagieren. Wer Anregungen für die Existenzgründung sucht oder sich über den Weg zum eigenen Unternehmen informieren möchte, ist herzlich eingeladen, die vielfältigen Veranstaltungen der Gründerwoche zu besuchen.

Auch in diesem Jahr macht die Gründerwoche besonders auf die Potenziale von weiblichem Unternehmertum und Gründerinnen aufmerksam. Dazu findet am 17. November 2016 der Aktionstag der BMWi-Initiative „FRAUEN unternehmen“ statt. Die „Vorbild-Unternehmerinnen“ der Initiative stehen an diesem Tag als Gesprächspartnerinnen bereit. Als Expertinnen geben sie Tipps aus der Unternehmerinnen-Praxis und machen Mut zur Selbständigkeit. Begleitend wird eine Telefon-Hotline für gründungsinteressierte Anruferinnen geschaltet.

Infos zum Aktionstag unter:



bit.ly/existenzgruenderinnen_aktionstag

Die Gründerwoche Deutschland ist Teil der Global Entrepreneurship Week (GEW), deren Partner weltweit in über 160 Ländern jeweils in der dritten Novemberwoche Veranstaltungen zur Förderung von Gründergeist, Innovation und Unternehmertum organisieren.

Auf der Website der Gründerwoche Deutschland finden Sie alle Informationen über die Initiative: Partner, Veranstaltungen, besondere Aktionen, Hinweise zum Stand der internationalen Gründungsforschung:

www.gruenderwoche.de

Kontakt: Holger Maus
Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs-
und Förderberatung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

November 2016	
07./08.11.	Eurogruppe/ECOFIN
07.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
08.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
11.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.11.	Handelsministerrat
16.11.	ECOFIN und Kohäsionsrat
21.11.	vs. Eurogruppe
28.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat/Industrie
Ende November 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung)
Dezember 2016	
02.12.	TTE-Rat (Telekommunikation)
05.12.	TTE-Rat (Energie) und Eurogruppe
06.12.	ECOFIN; Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
06.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
12.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.12.	Europäischer Rat
Ende Dezember 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung)
Januar 2017	
06.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
12.01.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
23./24.01.	Eurogruppe/ECOFIN
Ende Januar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

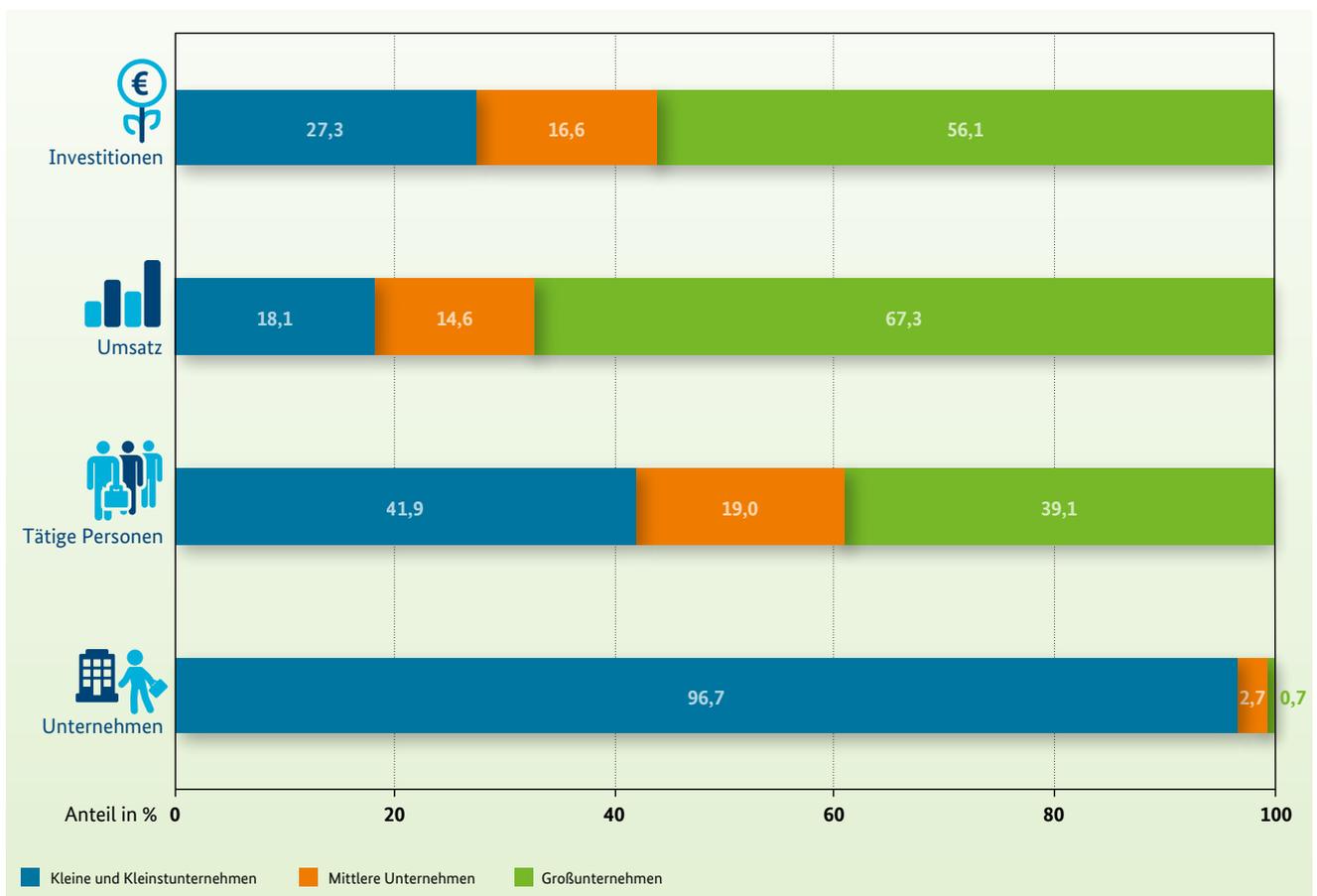


Grafik des Monats

Kleine und mittlere Unternehmen ...

... sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Über 99 Prozent der Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). In diesen Unternehmen arbeiten rund zwei Drittel aller Beschäftigten und sie erwirtschaften ein Drittel des Umsatzes aller Unternehmen. Immerhin 44 Prozent der Anlageinvestitionen werden von diesen Unternehmen getätigt. Gemessen am Umsatzanteil investieren sie also überdurchschnittlich viel.

Verteilung der Unternehmen, tätigen Personen, Umsatz und Investitionen auf Größenklassen* (2014)



* Erläuterungen/Abgrenzung: Kleine und Kleinstunternehmen – bis 49 Beschäftigte und bis zehn Millionen Euro Umsatz; mittlere Unternehmen – bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz; Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz. Die Statistik erfasst Unternehmen der nicht-finanziellen gewerblichen Wirtschaft mit Sitz in Deutschland, d. h. neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe sowie Handel- und Gastgewerbe und der Dienstleistungsbereich ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Tätige Personen umfassen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis zum Unternehmen sowie tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie mithelfende Familienangehörige.

Quelle: Statistik für kleine und mittlere Unternehmen, Statistisches Bundesamt (2016)

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft expandiert im zweiten Halbjahr langsamer als im starken ersten Halbjahr. Das Wachstumstempo bleibt aber solide.
- ▶ Die weltwirtschaftliche Dynamik bleibt verhalten und das außenwirtschaftliche Umfeld schwierig. Starke positive Impulse für die deutschen Exporte sind derzeit rar.
- ▶ Die Industrieproduktion ist noch zurückhaltend, die Nachfrage scheint aber wieder zuzunehmen. Die Bauwirtschaft befindet sich demgegenüber im Aufwind.
- ▶ Vom Arbeitsmarkt gehen weiterhin positive Impulse auch für den privaten Konsum aus.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist solide.¹ Das Wachstumstempo dürfte aber im zweiten Halbjahr etwas langsamer ausfallen als im starken ersten Halbjahr. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist zu Beginn des zweiten Halbjahres von Unwägbarkeiten geprägt. Nach der Brexit-Entscheidung sind der Verlauf des Austrittsprozesses und die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach wie vor ungewiss. Ein wirtschaftlicher Schock für die deutsche Wirtschaft zeichnet sich aus heutiger Sicht aber nicht ab. Aktuell erschweren Ferientageeffekte eine Interpretation der nationalen Konjunkturindikatoren für die Sommermonate.² Es liegt daher nahe, die Berichtsmonate Juli und August zusammen zu betrachten. Die Industrieproduktion war in diesem Zeitraum geringfügig niedriger als im bereits schwachen zweiten Quartal. Die Auftragslage hellte sich aber etwas auf. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen lagen nur geringfügig über dem Niveau des zweiten Vierteljahres. Die Stimmung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im September gemessen am ifo Konjunkturtest nach der Eintrübung im Vormonat aber wieder aufgehellt. Die Grundkonstitution des Baugewerbes bleibt gesund. Die überraschend verhaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt zu Beginn des zweiten Halbjahres deutet jedoch auf eine langsamere Gangart im Dienstleistungsbereich hin. Alles in allem dürften die Impulse im zweiten Halbjahr weniger

ausgeprägt ausfallen. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bleiben intakt.

Vor allem das außenwirtschaftliche Umfeld bleibt schwierig und das globale Wachstum zögerlich. Gemessen an der Industrieproduktion ist die Weltwirtschaft nach einer Belebung im zweiten Quartal schwach in das dritte Quartal gestartet. Im laufenden Jahr bewegte sich die industrielle Aktivität in den Industrieländern bislang allenfalls seitwärts, während Impulse vor allem von den Schwellenländern Asiens ausgingen. Insgesamt dürfte das diesjährige Wachstum der Weltwirtschaft etwas geringer ausfallen als im vergangenen Jahr. Der Internationale Währungsfonds geht gemäß seiner Prognose vom Oktober von einem Anstieg des globalen BIP von 3,1% in diesem und von 3,4% im Folgejahr aus. In den Vereinigten Staaten hat die Konjunktur im zweiten Quartal leicht angezogen. In Japan fiel das Wachstumstempo nach einer Beschleunigung im ersten Quartal jedoch wieder zurück. Auch im Eurogebiet verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Quartal leicht. Die Wirtschaft im Vereinigten Königreich scheint sich weiter relativ robust zu entwickeln. In den Schwellenländern bleibt die konjunkturelle Lage heterogen. Für die rohstoffproduzierenden Schwellenländer zeichnet sich Licht am Ende des Tunnels ab. In den Schwellenländern Asiens bleibt das Wachstum hoch, auch wenn das Expansionstempo abnimmt. Die Abwärtsrisiken im außenwirtschaftlichen Umfeld bleiben angesichts vielfältiger Risiken erhöht.

Dennoch sind die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik im August um 5,5% deutlich gestiegen. In den Monaten Juli/August lagen sie geringfügig über dem Niveau des zweiten Quartals (+0,2%). Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen im August um 3,0% zu und zeigten sich auch in den Monaten Juli/August insgesamt stärker als im zweiten Quartal. Im August ergab sich beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein positiver Saldo in Höhe von 16,6 Mrd. Euro. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich im August nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf 17,9 Mrd. Euro und damit 3,4 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Insgesamt deuten die Wachstumserwartungen für die wichtigsten Handelspartner auf eine nur moderate Verbesserung der deutschen Exportmöglichkeiten hin. Allerdings haben sich die Bestellungen aus dem Ausland nach einem Rückgang im zweiten Quartal etwas erholt.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Oktober 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im Jahresverlauf bisher nur verhalten entwickelt. Im August konnte die Industrieproduktion zwar kräftig um 3,3% ausgeweitet werden, insbesondere im Bereich der Investitionsgüter. Dies war die erwartete Gegenreaktion auf den schwachen Juli, der überdurchschnittlich stark durch die diesjährige Lage der Werksferien belastet war. Im Durchschnitt der Monate Juli und August lagen sowohl die Industrieproduktion als auch die Umsätze dennoch leicht unter dem Niveau des zweiten Quartals. Gleichwohl gibt es Signale einer allmählichen Belebung der Industriekonjunktur. So zogen die Auftragseingänge zuletzt etwas an und auch die Stimmung in den Unternehmen hat sich aufgehellt. Die ifo Geschäftserwartungen für das Verarbeitende Gewerbe kletterten im September auf den höchsten Stand seit einhalb Jahren. Die Bauproduktion fiel im August etwas schwächer aus als im Vormonat, dürfte sich aber angesichts der anhaltend positiven Rahmenbedingungen und der kräftigen Entwicklung der Auftragseingänge und Baugenehmigungen weiter dynamisch entwickeln.

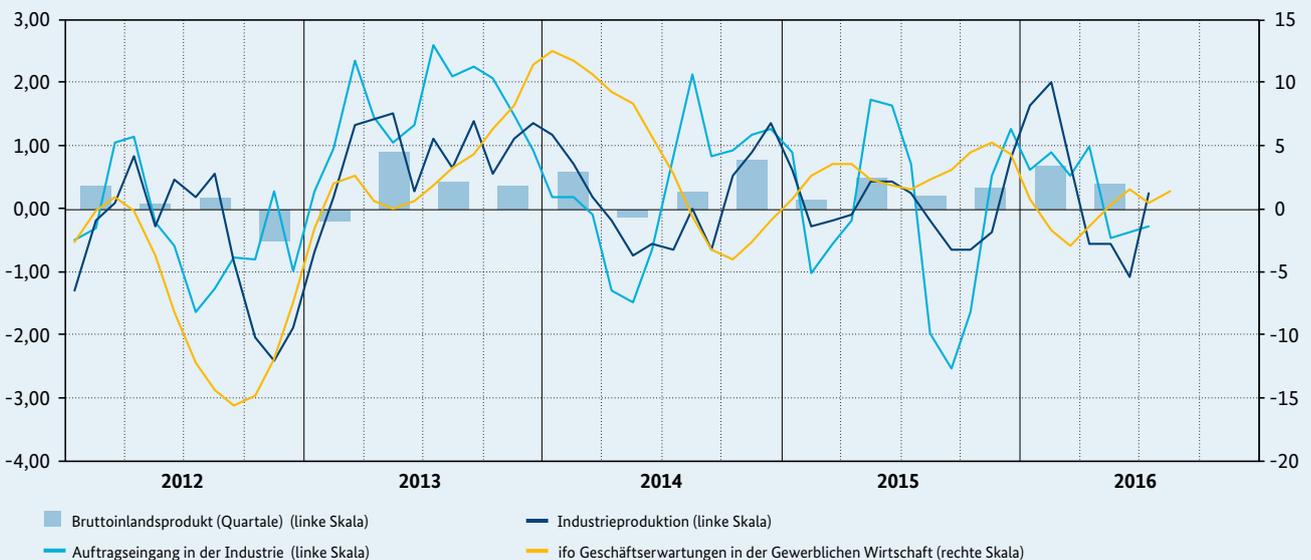
Der private Konsum bleibt wichtige Stütze der Konjunktur. Gemäß der aktuellen Herbstprojektion der Bundesregierung werden die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr preisbereinigt um 1,7% zunehmen und damit erneut einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Die Umsätze im Einzelhandel sind im August aller-

dings etwas schwächer ausgefallen als im Vormonat und auch der Kfz-Handel hat etwas an Dynamik verloren. Das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich im September aber wieder spürbar erholt. Die positive Situation am Arbeitsmarkt, der nach wie vor geringe Preisauftrieb und die gute Einkommensentwicklung – nicht zuletzt auch aufgrund der Rentenanpassungen im Juli – sorgen für eine anhaltend hohe Kauflaune der Verbraucher.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv, die Entwicklung war aber zuletzt uneinheitlich. Die Erwerbstätigkeit stieg im August auf 43,7 Mio. Personen. Dies bedeutet eine Zunahme um 1,2% gegenüber dem Vorjahr. Der Aufbau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurde am aktuellen Rand aber unterbrochen. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im September nach der Sommerpause wieder auf 2,61 Mio. Personen; saisonbereinigt blieb sie nahezu unverändert. Die Unterbeschäftigung, die auch Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasst, steigt seit einigen Monaten leicht an. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit mit zunehmendem Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt abschwächen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Vom Arbeitsmarkt gehen daher weiterhin positive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quelle: StBA, BBk, ifo Institut

Bundesregierung nimmt neu Maß

Im Rahmen ihrer Strategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ hat die Bundesregierung einen umfangreichen Bericht zur Lebensqualität vorgelegt.

Am 26. Oktober hat das Kabinett den Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland verabschiedet. Damit kommt die Bundesregierung dem Auftrag des Koalitionsvertrages nach und legt eine breite Bestandsaufnahme zur Lebensqualität in Deutschland vor. Der Bericht präsentiert 46 Indikatoren, die in zwölf Dimensionen des guten Lebens gegliedert sind. Die Ergebnisse basieren auf einem breiten und ergebnisoffenen Bürgerdialog.



Dass Wirtschaftswachstum eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für ein gutes Leben darstellt, ist keine neue Erkenntnis. So wurde bereits im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz des Jahres 1968 das Wirtschaftswachstum als eines von mehreren wirtschaftspolitischen Zielen verankert, die zum Teil im Konflikt zueinander stehen und deshalb schwer gleichzeitig zu erreichen sind. Doch auch die Kombination mehrerer makroökonomischer Kennzahlen, wie sie etwa im so genannten magischen Viereck angelegt ist, vermag allein kein umfassendes Bild der Lebenslage einer Gesellschaft zu vermitteln und war auch nie darauf ausgerichtet. Im Zuge der 1970er und 1980er Jahre traten zudem deutlich fundamentalere Konflikte, etwa zu sozialen und ökologischen Zielen, in den Vordergrund sowohl der politischen als auch der sozialwissenschaftlichen Debatten. Aus dieser Zeit stammen nicht nur zahlreiche Sozialindikatoren, sondern auch die Grundlagen der heutigen Umweltberichterstattung. Trotz zahlreicher neuer Ansätze der Wohlfahrtsmessung konnte sich in Deutschland aber kein Konzept in Form eines regierungsamtlichen Wohlstandsberichts durchsetzen.

Jenseits des Bruttoinlandsprodukts

Seit den späten 2000er Jahren hat die Debatte zur Messung von Lebensqualität und Fortschritt erneut Fahrt aufgenommen, wobei die Höhe des Wirtschaftswachstums wieder als Kristallisationspunkt dient. Die Finanzmarkt- und Schuldenkrise der Jahre 2008 und 2009 und die in vielen Ländern zunehmende materielle Ungleichheit haben die Diskussion zusätzlich befeuert. Für Teile der Öffentlichkeit stellt sich die Frage, ob zusätzliches Wirtschaftswachstum in entwickelten Volkswirtschaften überhaupt noch zur Lebensqualität beiträgt. Viele betonen die mittel- und langfristigen ökologischen Folgen eines allein auf Wirtschaftswachstum fokussierten Wohlstandsmodells und sehen es als notwendig an, dass neben dem materiellen Wohlstand andere Aspekte wie Gesundheit, Bildungschancen, Zugang zu kulturellen Gütern, Freiheit oder sozialer Zusammenhalt systematisch gemessen und stärker berücksichtigt werden. Eine derart differenzierte Wohlfahrtsmessung mache es möglich, das Wirtschaftswachstum nachhaltiger und inklusiver auszurichten. Dies entspricht auch der Position vieler internationaler Institutionen, allen voran der Organisation



für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen (VN), der Weltbank und der Europäischen Kommission.

Auch in Deutschland hat das Thema Lebensqualität in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen. Zwischen 2011 und 2013 diskutierte die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ die Frage einer zeitgemäßen Wohlfahrtsmessung intensiv und legte einen umfangreichen Schlussbericht vor. Neben vielen grundsätzlichen und fachlichen Erwägungen schlug die Kommission ein System zur Messung des gesellschaftlichen Wohlstands vor, die „W3-Indikatoren“. Dieser Indikatorensatz ordnet zehn Indikatoren drei Wohlfahrtsdimensionen zu: einer materiellen, einer sozialen und einer ökologischen Dimension. Der Bundestag forderte die Bundesregierung auf, zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Enquete-Kommission in ihr bestehendes Berichtswesen eingepasst werden können.

Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ rückt die Bundesregierung die Lebensqualität in den Fokus ihres Regierungshandelns und kommt dem Ersuchen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und des Bundestages nach. Dabei versteht die Bundesregierung Lebensqualität

als Leitbegriff einer Politik, die ökonomische, soziale und ökologische Ziele gleichzeitig verfolgt. Der am 26. Oktober vom Bundeskabinett verabschiedete Bericht zur Regierungsstrategie zielt darauf, die unterschiedlichen Aspekte von Lebensqualität in ihren sich positiv verstärkenden wie konkurrierenden Wechselbeziehungen sichtbar zu machen. Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive bedeutet dies, die Qualität des Wirtschaftswachstums noch stärker in den Blick zu nehmen. So gilt es im Interesse der gesellschaftlichen Lebensqualität neben einem angemessenen quantitativen Wirtschaftswachstum auch ein qualitativ hochwertigeres, weil inklusiveres oder ökologisch tragfähigeres Wirtschaftswachstum anzustreben (s. Jahreswirtschaftsbericht 2016, S. 61ff.).

Bundesregierung geht bei der Auswahl der Indikatoren neue Wege

Doch an welchen Kennzahlen jenseits des Bruttoinlandsproduktes sollte sich die Politik genau orientieren? Klar ist, dass es keinen abgeschlossenen, feststehenden Katalog von Wohlfahrtsdimensionen und Kriterien, die für eine ganze Gesellschaft und alle ihre Mitglieder relevant sind, geben kann. Was konkret unter Lebensqualität verstanden wird, ist abhängig von der jeweiligen Zeit und von individuellen Präferenzen. Um die wesentlichen Aspekte zu identifizieren, die die Lebensqualität der Gesellschaft heute ausmachen,

war es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in die Auswahl der Indikatoren eng miteinzubeziehen. Die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ stellte daher einen halbjährigen Konsultationsprozess an den Anfang des Projektes.

Um mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zum Thema Lebensqualität zu treten, hat die Bundesregierung eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen um Unterstützung gebeten. Insgesamt konnten zwischen April und Oktober 2015 in allen Bundesländern, in Großstädten ebenso wie in vielen kleineren Gemeinden, über 200 Bürgerdialoge durchgeführt werden. Zudem konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die Webseite www.gut-leben-in-deutschland.de beteiligen und individuelle Antworten auf die Leitfragen des Dialogs geben: „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ und „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“. Auch über Postkarten und Coupons, die bei Großveranstaltungen verteilt oder auflagenstarken Zeitschriften beigelegt wurden, war eine Teilnahme möglich. Insgesamt haben sich rund 15.750 Menschen am Bürgerdialog über die Lebensqualität in Deutschland beteiligt. Wenngleich dieser Ausschnitt der Gesellschaft nicht im streng wissenschaftlichen Sinne als repräsentativ für die gesamte Gesellschaft gelten darf, so geben die Ergebnisse doch einen guten Einblick und setzen den Grundstein für zukünftige, ggf. repräsentativere Erhebungen.

Was sagen die Bürgerinnen und Bürger?

Für viele Beobachter dürften die Ergebnisse des Bürgerdialogs nicht allzu überraschend ausgefallen sein. Was es zu einem guten Leben braucht, liegt eigentlich auf der Hand: Frieden, Gesundheit, einen guten und sicheren Arbeitsplatz. Auch ein stabiles Netz aus Freunden und Familie und ein gewisses Maß an finanziellem Wohlstand sind zweifellos grundlegend für ein erfülltes Leben. Aber genau darin, in der expliziten Benennung von Themen und Präferenzen liegt der Mehrwert des Berichts. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die im Bürgerdialog besonders häufig genannten Aspekte von Lebensqualität.

Abgesehen von einigen Themen, die aufgrund der aktuellen Ereignisse des Jahres 2015 besonders intensiv diskutiert wurden (z. B. Willkommenskultur und Integration), stimmen die Inhalte und auch die relative Häufigkeit der Nennungen im Wesentlichen mit repräsentativen Befragungen, wie sie etwa im Rahmen des Sozioökonomischen Panels durchgeführt werden, überein. Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive erscheint bemerkenswert, dass die Bürger der Wirtschaft bzw. der wirtschaftlichen Entwicklung zwar wenig Bedeutung beimessen, wohingegen Aspekte wie die Höhe der Bezahlung, der Zugang zu Gesundheitsleistungen, der Wohnraum und die Sicherheit der Arbeitsplätze als sehr relevant empfunden werden. Die teils kriti-

Abbildung 1: Häufig genannte Aspekte im Bürgerdialog



sche Haltung der Öffentlichkeit gegenüber dem Ziel des Wirtschaftswachstums, aber auch gegenüber konkreten wirtschaftspolitischen Projekten dürfte somit in Teilen schlicht der Abstraktheit der volkswirtschaftlichen Kennzahlen bzw. der zugrunde liegenden Prozesse geschuldet sein.

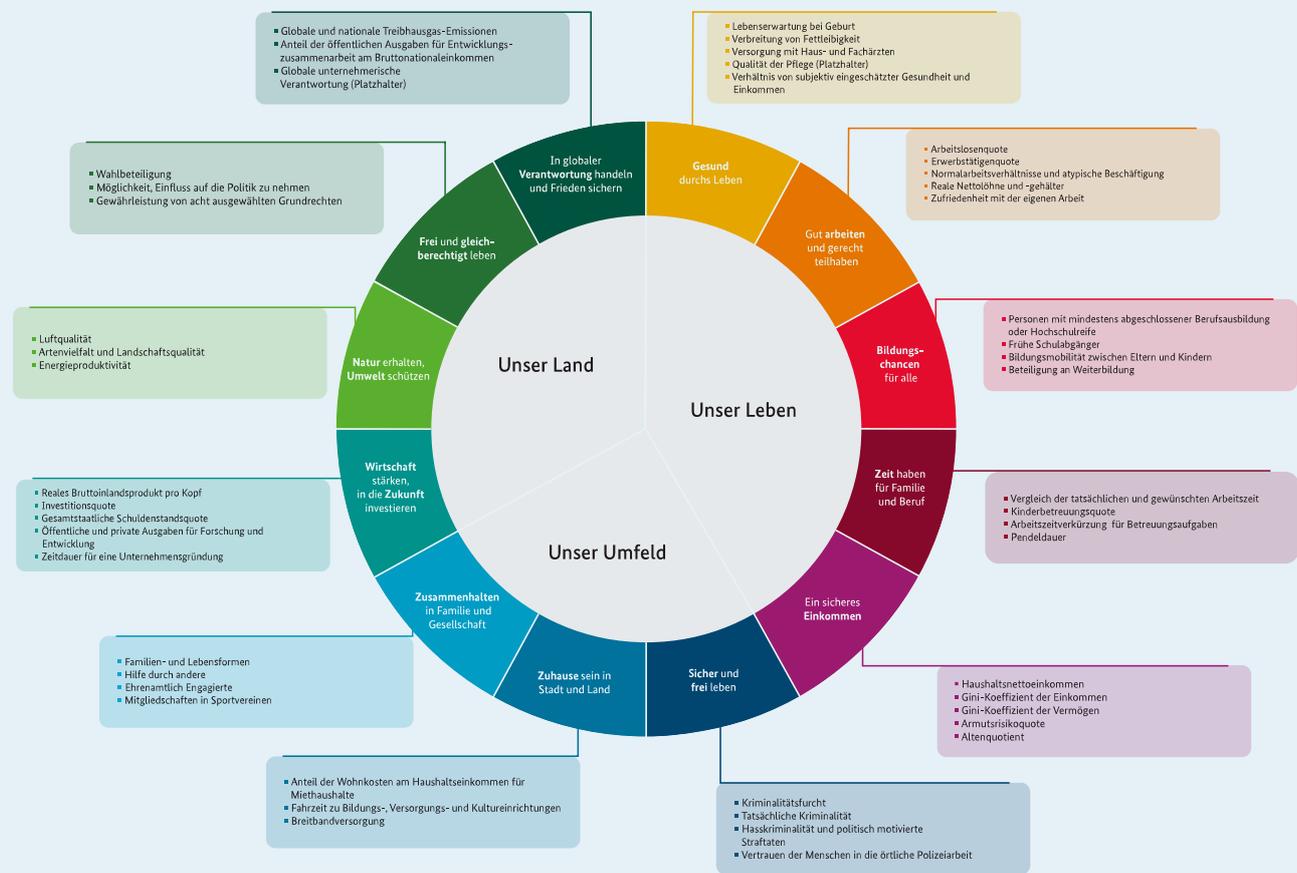
Zwölf Dimensionen, 46 Indikatoren

Auf der Basis der Ergebnisse des Bürgerdialogs hat die Bundesregierung – angereichert durch Forschungsergebnisse und unter Berücksichtigung bestehender Berichts- und Indikatoren-Systeme – zwölf Dimensionen der Lebensqualität und 46 Indikatoren ausgewählt. Die zwölf Dimensionen lassen sich in die Bereiche der unmittelbaren Lebensumstände („Unser Leben“), der Lebenswelt der Menschen („Unser Umfeld“) und in die nationalen und globalen Rah-

menbedingungen gliedern („Unser Land“). So fallen in den Bereich „Unser Leben“ etwa die Gesundheit, die Erwerbsarbeit oder die Einkommenssituation der Menschen, also Dimensionen, die direkt auf die Ebene der einzelnen Personen bzw. Haushalte angesiedelt werden können (s. Abbildung 2).

Zentrales Auswahlkriterium für die Indikatoren war der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf das, was Lebensqualität für sie selbst, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes bedingt. Insofern ging es vor allem darum, Indikatoren auszuwählen, die sich durch eine gewisse Bürger- und Alltagsnähe auszeichnen. Daher verzichtet der Bericht weitgehend auf so genannte Input-Indikatoren, d. h. Messgrößen, die finanzielle Aufwendungen für bestimmte Zwecke und nicht die erzielten Ergebnisse erfassen. Exemplarisch lässt sich dies an den Indikatoren zum Lebensumfeld illustrieren. So sind beispielsweise die Ausgaben des Bundes für die Ver-

Abbildung 2: Indikatoren



Die genaue Operationalisierung der einzelnen Inhalte kann den jeweiligen Kapiteln des Berichts entnommen werden.

Quelle: Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland



kehrinfrastruktur eine mögliche Messgröße für Mobilität. Für die Bürgerinnen und Bürger ist jedoch entscheidend, wie gut wichtige Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem eigenen Fahrzeug erreicht werden können. Nicht immer standen Daten zur Verfügung, um das Kriterium der Bürgernähe zu erfüllen. Teils war diese Perspektive auch nicht die aussagekräftigste für ein Thema. Ein grundsätzlicher Wechsel hin zur Perspektive der Bürgerinnen und Bürger ist gegenüber vorhandenen Berichts- und Indikatoren-Systemen aber erkennbar.

In der großen Mehrzahl der Fälle wurden objektiv messbare Indikatoren verwendet. Vereinzelt wurden aber auch subjektive Indikatoren, die die individuellen Wahrnehmungen befragter Bürgerinnen und Bürger wiedergeben, herangezogen, etwa beim Thema der inneren Sicherheit (Indikator Kriminalitätsfurcht). Für die meisten Inhalte, die den Bürgerinnen und Bürger wichtig waren, konnte eine Operationalisierung durch bestimmte Indikatoren vorgenommen werden. In zwei Fällen stehen Platzhalter für wichtige Aspekte von Lebensqualität, zu denen derzeit noch keine geeigneten Messgrößen vorliegen (Qualität der Pflege und globale unternehmerische Verantwortung).

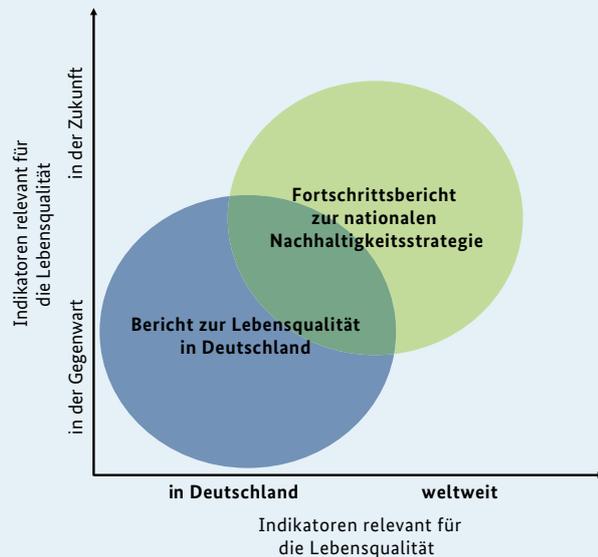
Alle Dimensionen und Indikatoren stehen grundsätzlich gleichberechtigt nebeneinander, d. h. die Bundesregierung nimmt bewusst keine Hierarchisierung, Gewichtung oder Aggregation vor. Dies führt auch dazu, dass der Bericht keine gesamtheitlichen Aussagen zum Stand der Lebensqualität in Deutschland enthält. Es findet also weder ein

Vergleich der allgemeinen Lebensqualität über die Zeit noch mit anderen Nationen statt. Um konkrete politische Handlungsbedarfe zu ermitteln, ist es aber ohnehin zweckmäßiger, einzelne Aspekte von Lebensqualität im Zeitablauf zu beobachten bzw. international zu vergleichen.

Einige Querschnittsthemen betreffen mehr als eine Dimension von Lebensqualität. Dazu gehören Freiheit, Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frau und Mann, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, regionale Unterschiede der Lebensqualität in Stadt und Land sowie das Thema der Nachhaltigkeit. Diese Querschnittsthemen werden im vorliegenden Bericht einerseits durch die soziodemografische Differenzierung zahlreicher Indikatoren abgebildet. Beispielsweise werden bei der Erwerbstätigkeit und mehreren Bildungsindikatoren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Andererseits gibt es auch einige Indikatoren, die einzelne Querschnittsthemen direkt aufgreifen, beispielsweise die Bildungsmobilität zwischen Generationen.

Die Gesamtschau über das Indikatoren-System macht thematische Schnittstellen und inhaltliche Zusammenhänge deutlich und ermöglicht eine sorgfältige Situationsanalyse sowie fundierte Diskussion über vordringliche Handlungsfelder. Dies gilt insbesondere deshalb, weil einige Indikatoren in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Maßnahmen, die sich positiv auf einen Indikator auswirken, können einen anderen Indikator negativ beeinflussen. Zudem ist die Gewichtung von Bedürfnissen in einer Gesellschaft Teil des demokratischen Prozesses.

Abbildung 3: Zum Verhältnis zwischen dem Bericht zur Lebensqualität und dem Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung



Quelle: BMWi

Der Bericht zur Lebensqualität enthält Parallelen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung. So entsprechen viele Indikatoren des Berichts zur Lebensqualität in Deutschland den Indikatoren, anhand derer die Bundesregierung die nachhaltigen Entwicklungsziele der VN im nationalen Kontext konkretisiert. Wesentliche Unterschiede ergeben sich aber daraus, dass der Bericht zur Lebensqualität in Deutschland vornehmlich Indikatoren enthält, die Auskunft über das Leben im „Hier und Jetzt“ geben, wohingegen die Nachhaltigkeitsberichterstattung naturgemäß Indikatoren verwendet, die entweder stark zukunftsgerichtet sind oder stärker in den Kontext internationaler bzw. globaler Herausforderungen gestellt werden (s. Abbildung 3).

Beide Perspektiven sind zweifellos wichtig und notwendig, um kurzfristige politische Antworten zu vermeiden. Die Bundesregierung hat durch den Bericht zur Lebensqualität einen neuartigen und vielversprechenden Beitrag zur Diskussion um Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt geleistet.

Noch'n Bericht? – Beziehung zur Nachhaltigkeitsstrategie

Der Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland stellt nicht nur eine in seiner Komposition originäre und weitreichende Bestandsaufnahme wesentlicher Wohlfahrtsindikatoren dar, er ist auch sehr bürgernah aufbereitet und somit für ein breites Publikum zugänglich. Er zeigt viele thematische Schnittstellen auf und spiegelt die wachsende Komplexität der Herausforderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer engen ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Zwar werden viele Inhalte in vielen themenspezifischen Berichten der Bundesregierung detaillierter und ausführlicher dargelegt. Der nunmehr vorliegende Bericht trägt jedoch dazu bei, die Vielzahl der politischen Ziele und auch die damit einhergehenden Konflikte aufzuzeigen. Darüber hinaus macht der Bericht deutlich, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland nicht allein auf wirtschaftliches Wachstum – eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts – gerichtet ist, sondern Lebensqualität und Wohlstand der Bevölkerung breit in den Blick nimmt. Dabei gibt der Bericht einen guten Überblick über wesentliche Orientierungsgrößen und Politikbereiche. Im Idealfall können die enthaltenen Indikatoren auch dazu beitragen, den Erfolg von Maßnahmen messbarer zu machen. Nicht zuletzt soll durch den Bericht der gesellschaftliche Diskurs über die Lebensqualität in Deutschland weiter angeregt und verstetigt werden.

Details zu den **Ergebnissen des Bürgerdialogs** sowie Hintergrundinformationen enthält die **Dokumentation** zur Regierungsstrategie. Eine weitere Vertiefung ermöglicht der **Abschlussbericht** der wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Lebensqualität, Dialogprozesse und Indikatoren-Forschung bieten die **Beiträge des wissenschaftlichen Beirats der Regierungsstrategie**. Sie beleuchten den historischen Hintergrund der Diskussion und zeigen, wie vielschichtig und komplex die Erfassung und Messung von Lebensqualität ist.

Die Links zur Dokumentation, zum Abschlussbericht sowie zu den Beiträgen des wissenschaftlichen Beirats finden sich unter: www.gut-leben-in-deutschland.de/static/LB/ueber-den-bericht

Ein **digitaler Bericht und das Indikatoren-System** findet sich auf der Webseite www.gut-leben-in-deutschland.de. Beide laden zur aktiven Nutzung ein, auch auf mobilen Endgeräten.

Kontakt: Johannes Vatter
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hat am 7. Oktober 2016 die Herbstprojektion der Bundesregierung vorgestellt.¹ Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumspfad. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent und auch für die kommenden beiden Jahre zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab.² Konjunkturmotoren bleiben die Binnenwirtschaft und die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt. Vom Außenhandel sind dagegen aufgrund der schwachen Weltkonjunktur (zunächst) kaum Impulse zu erwarten.



Das Wichtigste in Kürze

Seit der Frühjahrsprojektion vom April 2016 hat sich das weltwirtschaftliche Umfeld etwas weiter eingetrübt. Nicht zuletzt die Brexit-Entscheidung hat die außenwirtschaftlichen Perspektiven belastet. Aber auch in den Vereinigten Staaten hat sich das Wachstum zwischenzeitlich merklich verringert. Die konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern hat sich stabilisiert, bleibt aber verhalten. Die deutsche Binnenwirtschaft erweist sich hingegen als erfreulich robust. Insbesondere der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter dynamisch. Die Erwerbstätigkeit wird auch in den kommenden Jahren Beschäftigungsrekorde erzielen. Dies ermöglicht substanzielle Lohnsteigerungen und somit steigende Einkommen. Zusammen mit moderaten Preissteigerungsraten wird der private Konsum stimuliert und bleibt die wichtigste Wachstumsstütze. Zunehmende Einkommen und das geringe Zinsniveau beflügeln die Investitionen der

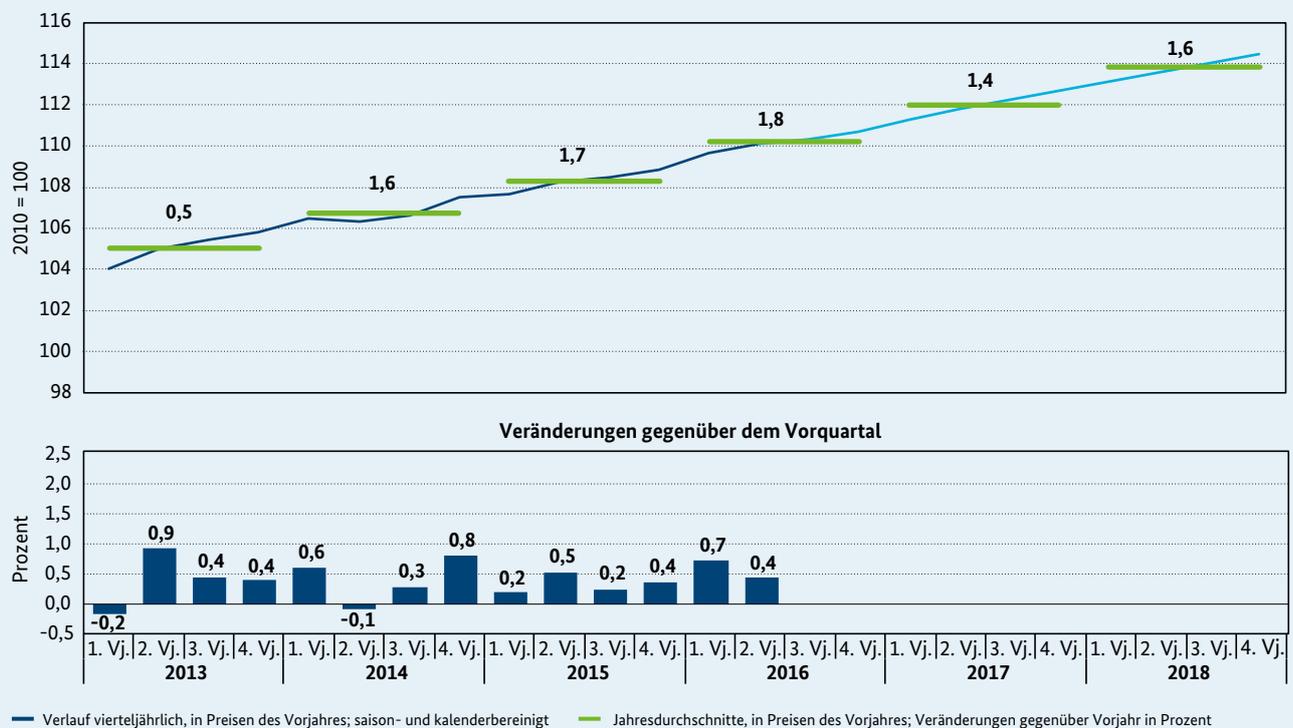
privaten Haushalte in Wohnbauten. Auch von der Finanzpolitik gehen deutlich expansive Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Dazu tragen unter anderem die zusätzlichen Ausgaben zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszuwanderung bei, aber auch die Mittel für öffentliche Investitionen wurden außerordentlich ausgeweitet. Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen werden aufgrund der eingetrübten außenwirtschaftlichen Absatzperspektiven sowie der damit gesteigerten Unsicherheit hingegen zunächst nur zögerlich ausgeweitet. Alles in allem kommen die wesentlichen Impulse für das Wachstum – rechnerisch betrachtet – aus dem Inland. Zusammengenommen dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr preisbereinigt um 1,8 Prozent zunehmen. Im kommenden Jahr wird mit einem Wachstum von 1,4 Prozent gerechnet, für das Jahr 2018 mit 1,6 Prozent. Das niedrigere Wachstum im Jahr 2017 spiegelt keine konjunkturelle Abschwächung wider. Es ist die rechnerische Folge einer unterschiedlichen

- 1 Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2016 in Nürnberg. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die Schätzung des Produktionspotenzials und die Mittelfristprojektion liefern die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen für die Berechnung des zulässigen Verschuldungsspielraums gemäß der in der Verfassung verankerten Schuldenregel.
- 2 Die Bundesregierung veröffentlicht erstmalig eine detaillierte Kurzfristprojektion für das übernächste Jahr. Dies entspricht den Anforderungen der Haushalts- und Finanzplanung. Die Unsicherheit der Projektion erhöht sich mit zunehmendem Zeithorizont.

Anzahl an Arbeitstagen. Berücksichtigt man dies, ist das Wachstum mit 1,8 Prozent im Jahr 2016 und je 1,6 Prozent in den Jahren 2017 und 2018 deutlich stetiger (siehe Tabellen 1 und 2). Die Bundesregierung ist mit ihrer Projektion damit etwas vorsichtiger als die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom 29. September, die für das Jahr 2016 ein etwas höheres Wachstum von 1,9

Prozent prognostizieren.³ Risiken für die konjunkturelle Entwicklung bestehen vor allem im außenwirtschaftlichen Umfeld. Je nach Verlauf der weiteren Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union könnte der Brexit-Prozess zu Unsicherheit bei den Marktteilnehmern führen und den Welthandel stärker belasten als unterstellt.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (Herbstprojektion 2016)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

Tabelle 1: Technische Details zur Projektion des Bruttoinlandsprodukts

	2015	2016	2017	2018
	in Prozent bzw. Prozentpunkten			
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate	1,7	1,8	1,4	1,6
Statistischer Überhang am Ende des Jahres ¹	0,5	0,5	0,6	0,6
Jahresverlaufsrate ²	1,3	1,7	1,8	1,6
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	1,5	1,8	1,6	1,6
Kalendereffekt ³	0,2	0,1	-0,3	0,0

1 Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt.

3 In Prozent des BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

3 Die Projektion der Bundesregierung liegt für das Jahr 2017 ungefähr in der Mitte (1,0 Prozent bis 1,7 Prozent) und für das Jahr 2018 eher am unteren Rand des Prognosespektrums (1,5 Prozent bis 2,1 Prozent).

Aktuelle Entwicklungen seit der Frühjahrsprojektion

Im Frühjahr ist die Bundesregierung noch von einem Wachstum von 1,7 Prozent in diesem Jahr ausgegangen. Insgesamt ist die Ausgangssituation aufgrund der Datenlage etwas günstiger als im Frühjahr angenommen. Das liegt zum einen daran, dass das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr mit +0,7 Prozent im ersten Quartal und +0,4 Prozent im zweiten Quartal kräftig gestiegen ist, zum anderen an Datenrevisionen des Statistischen Bundesamtes im August. Allerdings zeigt sich die Industrieproduktion im laufenden dritten Quartal wenig dynamisch. Auch die Auftragseingänge deuten nur auf eine moderate Belebung der Industriekonjunktur im weiteren Jahresverlauf hin. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich insgesamt gesehen erneut deutlich besser als erwartet – auch wenn sich die Entwicklung am aktuellen Rand etwas abgeschwächt hat. Das Brexit-Votum hat die Unsicherheit an den Finanzmärkten nur kurzfristig erhöht. Die Wachstumserwartungen für das Vereinigte Königreich wurden nach dem etwas überraschenden Votum allerdings deutlich und die für Europa leicht zurückgenommen. Die Weltwirtschaft und besonders die deutschen Absatzmärkte expandieren daher insgesamt langsamer als noch in der Frühjahrsprojektion erwartet. Auch sind Ölpreis und Wechselkurs des Euro zwar weiterhin niedrig, sie werden jedoch etwas höher angesetzt als noch im April (s. Kasten 1). Alles in allem erwartet die Bundesregierung daher im zweiten Halbjahr ein geringeres Wachstum als zuvor.

Kasten 1: Annahmen der Herbstprojektion 2016

In der Herbstprojektion wird davon ausgegangen, dass es u. a. im Zuge der Brexit-Entscheidung zu keinen negativen Entwicklungen kommt, in deren Folge die Verunsicherung im Projektionszeitraum sprunghaft steigt. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Finanzsektor stabil bleibt und es zu keiner weiteren Eskalation der geopolitischen Risiken kommt. Alle bereits beschlossenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sind in der Projektion berücksichtigt.

In Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen wird für die Weltwirtschaft ein Wachstum in Höhe von drei Prozent für dieses, 3 ¼ Prozent für das Jahr 2017 und 3 ¾ Prozent für das Jahr 2018 erwartet.

Der Ölpreis wird als technische Annahme für den Projektionszeitraum aus den Terminnotierungen abgeleitet. Diese sind im weiteren Verlauf leicht aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich der Ölpreis der Sorte Brent damit auf rund 43 US-Dollar im Jahr 2016, 52 US-Dollar im Jahr 2017 und 54 US-Dollar im Jahr 2018. Die Wechselkurse werden im Projektionszeitraum mit ihren jeweiligen Durchschnitt der letzten sechs Wochen vor der Prognoseerstellung als konstant unterstellt. Für den Wechselkurs ergibt sich damit für alle drei Jahre ein Wert von 1,12 US-Dollar je Euro. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank bis zum Ende des Projektionszeitraums konstant bei 0,00 Prozent bleibt. Für die Herbstprojektion wurde darüber hinaus unterstellt, dass dieses Jahr 330.000 und in den Folgejahren 230.000 Flüchtlinge im EASY-System erfasst werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine offizielle Prognose oder politische Zielsetzungen der Bundesregierung, sondern um eine rein technische Annahme, die für die Projektion erforderlich ist.

Außenwirtschaftliche Schwächephase

Im Projektionszeitraum dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft von drei Prozent allmählich auf 3 ¾ Prozent im Jahr 2018 beschleunigen. Dabei bleiben die Wachstumsperspektiven der einzelnen Regionen sehr heterogen. Die konjunkturelle Lage in den Schwellenländern hat sich stabilisiert. Insbesondere in den rohstoffexportierenden Ländern wie Brasilien und Russland wird mit einem Ende der Rezession gerechnet. In China dürfte sich das Wachstum allmählich verringern, dabei aber weiter über sechs Prozent liegen. Insgesamt dürften die Schwellenländer weiterhin deutlich stärker als die OECD-Länder wachsen. In den OECD-Ländern hat sich das Wachstum in diesem Jahr abgeschwächt. Dies lag vor allem an dem geringeren Wachstum in den Vereinigten Staaten. Das Wachstumstempo dürfte sich dort in den nächsten beiden Jahren etwas beschleunigen, aber eher moderat bleiben. Der Ausgang des Brexit-Referendums hat die Wachstumsperspektiven für das Vereinigte Königreich insbesondere im nächsten Jahr deutlich vermindert. Im Euroraum setzt sich das moderate Wachstum fort, auch wenn sich durch den Brexit die Wachstumserwartungen für das kommende Jahr etwas eingetrübt haben. Der niedrige Wechselkurs stützt die Exporte weiterhin. Insgesamt lässt das schwache Wachstum auf den wichtigsten deutschen Absatzmärkten nur ein sehr moderates Exportwachstum

zu. Für das laufende Jahr wird mit einem moderaten Zuwachs der Exporte von Waren und Dienstleistungen in Höhe von preisbereinigt 2,3 Prozent und im Jahr 2017 in Höhe von 2,1 Prozent gerechnet. Vor dem Hintergrund annahmegemäß etwas verbesserter weltwirtschaftlicher Perspektiven dürften die Exporte im Jahr 2018 mit 3,9 Prozent etwas dynamischer zunehmen. Viele Bereiche der Binnenwirtschaft sind nur geringfügig von der außenwirtschaftlichen Schwäche betroffen und setzen ihr robustes Wachstum fort. Dies lässt die Importe in allen Jahren des Projektionszeitraums schneller steigen als die Exporte. Die preisbereinigten Importe nehmen in diesem Jahr um 2,5 Prozent, im Jahr 2016 um 3,0 Prozent und im Jahr 2018 um 4,9 Prozent zu. Dies ermöglicht unseren Handelspartnern zusätzliche Exportchancen und fördert die konjunkturelle Erholung in Europa. Vom Außenhandel gehen daher für die deutsche Volkswirtschaft im Projektionszeitraum rein rechnerisch per Saldo kaum Impulse aus.

Auch in diesem Jahr dürfte sich durch den Rückgang der Importpreise, insbesondere für Rohstoffe, ein positiver Terms-of-Trade-Effekt ergeben. Dies lässt den Leistungsbilanzüberschuss in diesem Jahr auf 8,9 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt steigen. Bei gleichmäßiger Entwicklung der Im- und Exportpreise und annähernd neutralem Wachstumsbeitrag des Außenhandels dürfte der Leistungsbilanzüberschuss auf 8,4 Prozent im Jahr 2017 und 8,2 Prozent im Jahr 2018 zurückgehen.

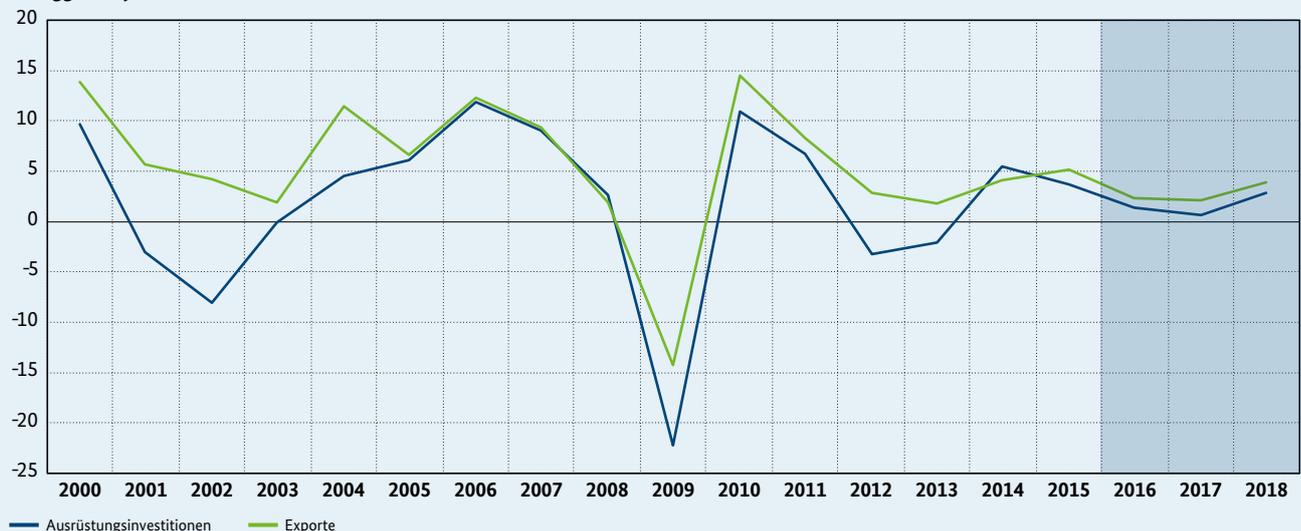
Dynamische Bauinvestitionen

Die Investitionen in Ausrüstungen sind stark durch die Entwicklung der Exporte beeinflusst (siehe Abbildung 2). Die gedämpften weltweiten Absatzmöglichkeiten lassen Produktion und Auslastung der Unternehmen nur geringfügig steigen. Erweiterungsinvestitionen werden daher nur zögerlich getätigt. Demnach nehmen die Ausrüstungsinvestitionen trotz günstiger Finanzierungsbedingungen in diesem Jahr um lediglich 1,4 Prozent und im nächsten Jahr nur um 0,7 Prozent zu. Mit anziehenden Exportmöglichkeiten im Jahr 2018 werden die Unternehmen ihre Investitionen in Ausrüstungen beschleunigt um preisbereinigt 3,5 Prozent ausweiten.

Die schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen bremst auch die privaten Investitionen in Nichtwohnbauten wie z.B. Fabrikgebäude. Der private Nichtwohnungsbau dürfte daher nur sehr schwach expandieren. Im Wohnungsbau sind hingegen deutliche Zuwächse zu beobachten. Der starke Anstieg der Auftragseingänge im Baugewerbe sowie die nach wie vor guten Rahmenbedingungen lassen darauf schließen, dass auch zukünftig die Wohnbauinvestitionen kräftig ausgeweitet werden. Gleiches gilt für die staatlichen Bauinvestitionen. Die Bundesregierung hat im mittelfristigen Projektionszeitraum zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe für Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt. Alles in allem steigen die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 3,3 Prozent, im Jahr 2017 um 2,7 Prozent und im Jahr 2018 um 3,5 Prozent.

Abbildung 2: Veränderung der realen Ausrüstungsinvestitionen und Exporte

in % ggü. Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen in diesem Jahr um real 2,5 Prozent und im kommenden Jahr um 2,0 Prozent ausgeweitet. Im Jahr 2018 nehmen die Bruttoanlageinvestitionen kräftiger um 3,1 Prozent zu. Somit steigt die Investitionsquote – die nominalen Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – auf 20,5 Prozent im Jahr 2018.

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter sehr dynamisch. Die Erwerbstätigkeit setzt ihren langjährigen Aufwärtstrend fort und wird in diesem Jahr erneut um über 500.000 Personen zunehmen. Auch in den Jahren 2017 und 2018 dürfte es beachtliche Beschäftigungserfolge geben. Damit steigt die Erwerbstätigkeit bis zum Jahr 2018 auf einen neuen Rekordwert von 44,3 Millionen Personen. Das sind noch einmal 1,3 Millionen Erwerbstätige mehr als noch im Jahr 2015.

Vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird kräftig ausgeweitet. In den Sommermonaten gab es zwar einen Rückgang (s. Abbildung 3), der jedoch auch auf

Sondereffekte wie die diesjährige Konstellation der Ferientage zurückzuführen ist. Alle wichtigen Indikatoren, wie z.B. das ifo Beschäftigungsbarometer oder die hohe Zahl der offenen Stellen, deuten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin. Gleichzeitig wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten, aber auch die Zahl der Selbständigen weiter rückläufig sein. Die maßgeblichen Beschäftigungsimpulse kommen weiterhin aus dem Dienstleistungssektor. Allein im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen dürften in den Jahren 2016 bis 2018 über eine halbe Million Beschäftigungsverhältnisse entstehen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen. Darin spiegelt sich auch die zunehmende Alterung der Gesellschaft wider. Die Industrie trägt angesichts ihrer stärkeren Abhängigkeit von der derzeit verhaltenen Weltkonjunktur nur in geringerem Maße zum Stellenaufbau bei.

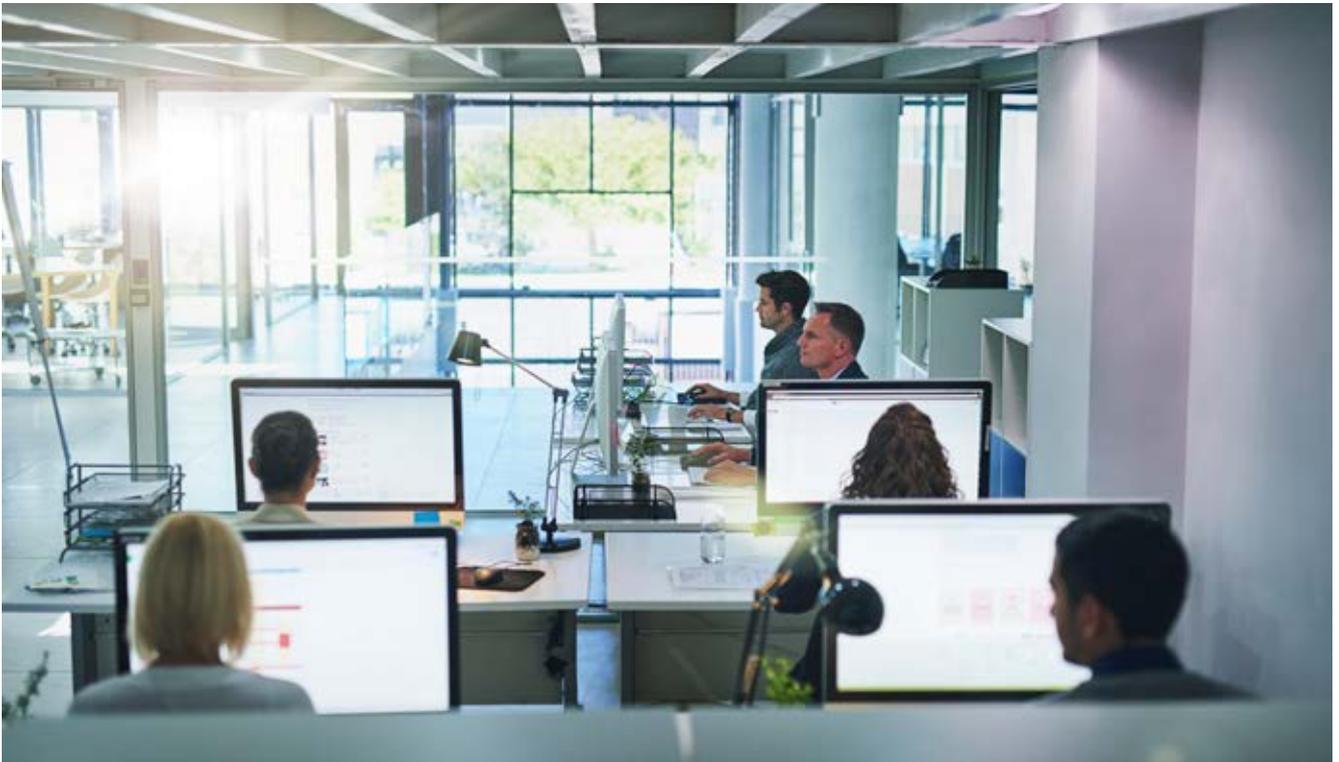
Mit der positiven Entwicklung der Beschäftigung setzt sich auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. In diesem Jahr wird die registrierte Arbeitslosigkeit um etwa 100.000 Personen sinken. Bis zum Jahr 2018 wird die Zahl der Arbeitslosen auf 2,63 Millionen Personen zurückgehen. Dies sind noch einmal etwa 160.000 Arbeitslose weniger als im Jahr 2015. Angesichts der vielen Flüchtlinge, deren Integration

Abbildung 3: Aktuelle Beschäftigungsentwicklung (saisonbereinigte Werte)

Veränderung ggü. Vormonat (in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut, eigene Berechnungen des BMWi



in den Arbeitsmarkt trotz aller Anstrengungen eine große Herausforderung darstellen wird, ist dies erfreulich. Es zeigt, dass sich der Arbeitsmarkt in einer hervorragenden Verfassung befindet und weiterhin sehr aufnahmefähig ist.

Der Anstieg der Beschäftigung fällt dabei wie in den vergangenen Jahren stärker aus als der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsaufwuchs wird zu einem großen Teil aus Zuwanderung und einer höheren Erwerbsneigung von Frauen und Älteren gespeist. Über die Hälfte des Anstiegs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im letzten Jahr geht auf das Konto ausländischer Bürger. Ohne diese Effekte würde das Erwerbspersonenpotenzial aufgrund der demografischen Entwicklung bereits in den kommenden Jahren spürbar sinken und die Produktionskapazitäten begrenzen.

Kerninflation steigt langsam an

Seit Mitte 2014 haben sich die Preise für Rohöl am Weltmarkt, in US-Dollar notiert, mehr als halbiert. Diese Abwärtsbewegung dominierte lange Zeit die außergewöhnlich schwache Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus. Auch im Jahr 2016 ist dieser Effekt noch spürbar. Während die allgemeine Inflationsrate bei 0,4 Prozent liegen dürfte, wird die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) etwa

1,2 Prozent betragen. In den Jahren 2017 und 2018 wird der Ölpreis jedoch annahmegemäß etwas über dem Niveau von 2016 liegen. Demnach dürften die binnenwirtschaftlichen Faktoren für die Preisentwicklung bestimmend sein. Solide Lohnsteigerungen dürften in den Preisen für Dienstleistungen sichtbar werden. Die preisdämpfende Wirkung des Energie- und Rohstoffpreisverfalls auf die Warenpreise dürfte auslaufen. Somit dürften auch die Preise für Waren etwas stärker anziehen. Alles in allem werden die Verbraucherpreise zwar stärker als in den Vorjahren, aber mit 1,6 Prozent im Jahr 2017 und 1,7 Prozent im Jahr 2018 nur moderat steigen.

Solide Einkommenszuwächse

Angesichts der weiterhin guten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften sich die Tarifvertragsparteien auf solide Lohnzuwächse einigen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer steigen in diesem Jahr um 2,4 Prozent und in den kommenden beiden Jahren um jeweils 2,5 Prozent an. Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs nehmen die Nettolöhne weniger stark zu als die Bruttogröße. Jedoch werden im kommenden Jahr Entlastungen beim steuerlichen Grundfreibetrag und beim Kinderfreibetrag positiv auf die Nettolöhne wirken. Die Zuwachsrate der Nettolöhne dürfte daher nur geringfügig unter derjenigen der

Bruttolöhne liegen. Die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer steigen in diesem Jahr real um 1,5 Prozent. In den kommenden beiden Jahren nehmen sie trotz des höheren Preisniveaustiegs weiter zu, wenn auch mit 0,7 Prozent und 0,6 Prozent weniger stark. Die Rentenanpassungen und die hohe Nettozuwanderung lassen die monetären Sozialleistungen im Projektionszeitraum kräftig steigen. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte entwickeln sich nicht zuletzt aufgrund der Niedrigzinsphase zunächst noch schleppend. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen somit in diesem Jahr um 2,5 Prozent, im kommenden Jahr um 2,8 Prozent und im Jahr 2018 um 2,9 Prozent zu.

Privater Konsum als Wachstumsmotor

Die Zunahme der privaten Konsumausgaben wird getragen von der guten Beschäftigung, den positiven Einkommenszuwächsen und der steigenden realen Kaufkraft der Konsumenten. Unter Berücksichtigung der niedrigen Inflationsraten erhöhen sich die privaten Konsumausgaben bei leicht sinkender Sparquote im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,7 Prozent. Mit anziehender Teuerung nimmt der private Konsum in den kommenden beiden Jahren um 1,3 Prozent zu. Er liefert damit über den gesamten Prognosezeitraum wesentliche Wachstumsimpulse.

Deutsche Wirtschaft auch mittelfristig in guter Verfassung

Das Produktionspotenzial wird im mittelfristigen Projektionszeitraum (2016 bis 2021) um durchschnittlich 1 ½ Prozent pro Jahr wachsen. Dazu trägt auch die zuletzt hohe Nettozuwanderung bei, die sich auf das Arbeitskräftepotenzial auswirkt. Die Produktionslücke zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktionspotenzial ist ab dem Jahr 2018 weitgehend geschlossen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich während des gesamten Projektionszeitraums im Korridor der Normalauslastung.

Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld

Die dargestellte Basislinie der Herbstprojektion stellt aus heutiger Sicht den wahrscheinlichsten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland dar. Diese Einschätzung ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Dies



gilt insbesondere für die Entwicklung im Vereinigten Königreich nach dem Brexit und dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Es wird angenommen, dass es u. a. im Zuge der Brexit-Entscheidung zu keinen negativen Entwicklungen kommt, in deren Folge die Verunsicherung abrupt steigt. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte, protektionistische Tendenzen, eine Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern sowie Risiken für die Finanzmarktstabilität – z. B. könnte eine Zinswende in den Vereinigten Staaten zu Kapitalbewegungen aus den Schwellenländern führen – zählen aus heutiger Sicht zu den Hauptrisikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Chancen für eine günstigere Entwicklung bestehen eher auf der binnenwirtschaftlichen Seite. Die beschlossenen Maßnahmen zur Erhöhung von Investitionen in Deutschland könnten stärker wirken als bisher angenommen. Im Euroraum könnte der Aufschwung im Zuge der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik kräftiger ausfallen. Darüber hinaus könnten die derzeit expansiven Impulse – nicht zuletzt durch Rohölpreise, Wechselkurs, Zinsen und Wirtschaftspolitik – stärker wirken als angenommen.

Kontakt: Mathias Kesting
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Eckwerte der Herbstprojektion 2016

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹	2015	Herbstprojektion		
		2016	2017	2018
Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben				
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)				
BIP (preisbereinigt)	1,7	1,8	1,4	1,6
Erwerbstätige (im Inland)	0,9	1,2	1,0	0,8
BIP je Erwerbstätigen	0,8	0,6	0,4	0,8
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,8	0,2	0,6	0,9
nachrichtlich:				
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ²	4,3	4,0	4,0	3,9
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	6,4	6,1	6,0	5,9
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,6	2,5	2,9	2,9
Staat	4,0	5,5	4,7	3,1
Bruttoanlageinvestitionen	3,2	3,9	3,7	4,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	-20,2	-34,1	-36,0	-35,7
Inlandsnachfrage	2,6	2,9	3,4	3,4
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	229,5	250,5	248,6	249,2
Außenbeitrag (in % des BIP) ⁷	7,6	8,0	7,7	7,5
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	3,7	3,4	3,1	3,2
Verwendung des BIP preisbereinigt (real)				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,0	1,7	1,3	1,3
Staat	2,7	3,7	2,3	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	2,5	2,0	3,1
Ausrüstungen	3,7	1,4	0,7	2,9
Bauten	0,3	3,3	2,7	3,5
Sonstige Anlagen	1,9	2,7	2,2	2,1
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	-0,5	-0,4	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	1,6	1,9	1,6	1,8
Exporte	5,2	2,3	2,1	3,9
Importe	5,5	2,5	3,0	4,9
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,2	0,1	-0,1	-0,1
Bruttoinlandsprodukt (real)	1,7	1,8	1,4	1,6
Preisentwicklung (2010 = 100)				
Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴	0,6	0,7	1,6	1,7
Inlandsnachfrage	0,9	1,0	1,8	1,6
Bruttoinlandsprodukt ⁵	2,0	1,5	1,7	1,6
Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BNE)				
(Inländerkonzept)				
Arbeitnehmerentgelte	3,7	3,7	3,5	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	3,6	2,4	3,1
Volkseinkommen	3,8	3,6	3,2	3,3
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,6	3,1	3,2
nachrichtlich (Inländerkonzept):				
Arbeitnehmer	1,2	1,4	1,1	0,9
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,8	3,6	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,7	2,4	2,5	2,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	3,1	2,5	2,8	2,9
Sparquote in % ⁶	9,7	9,7	9,6	9,6

1 Bis 2015 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: August 2016.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

4 Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2015: 0,3%; 2016: 0,4%; 2017: 1,6%; 2018: 1,7%.

5 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2015: 1,6%; 2016: 1,6%; 2017: 2,0%; 2018: 1,5%.

6 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

7 Saldo der Leistungsbilanz: 2015: +8,4%; 2016: +8,9%; 2017: +8,4%; 2018: +8,2%.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Auf der Konferenz „Digitaler Wandel“ am 22. September 2016 in Berlin präsentierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sein neues Aktionsprogramm Digitalisierung.

Bechtolsheim, Boekhout, Baas und viele mehr – die Liste der Redner auf der BMWi-Konferenz „Digitaler Wandel“ sorgte für neue Blickwinkel auf die Digitalisierung. Insbesondere Andreas von Bechtolsheim, Pionier im Silicon Valley, wies auf zentrale Voraussetzungen hin, die Deutschland für eine erfolgreiche Digitalisierung erfüllen müsse. Das BMWi nutzte die Konferenz als Gelegenheit, um dem Fachpublikum sein neues Aktionsprogramm Digitalisierung vorzustellen.



Aufmerksames Publikum bei der Keynote von Roland Boekhout, Vorstandsvorsitzender ING DiBa

Branchenübergreifende Diskussionen beleben das Geschäft

Die vom BMWi ausgerichtete High-Level-Konferenz „Digitaler Wandel – Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten in Finanzbranche, Gesundheitswesen und Contentwirtschaft“ verfolgte wie schon im Jahr 2015 den Ansatz, Teilnehmer branchenübergreifend miteinander ins Gespräch zu bringen. Im Kontext von IT-Gipfel und Digitaler Agenda beschäftigte sich der hochrangige Kongress mit Chancen, Herausforderungen und Handlungsfeldern angesichts des digitalen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft.

Im letzten Jahr waren schwerpunktmäßig die Branchen Handel, Mobilität und Kreativ- und Medienwirtschaft vertreten, in diesem Jahr waren die Finanzbranche, das Gesundheitswesen und die Contentwirtschaft in das Axica Konferenzzentrum am Pariser Platz in Berlin eingeladen. Insgesamt 250 Teilnehmer aus den drei geladenen Branchen und dem politischen Raum verfolgten die insgesamt fünf Keynotes und drei Paneldiskussionen mit großem Interesse.

Die Finanzindustrie fürchtet FinTechs nicht

Gleich zu Beginn rüttelte der Vorstandsvorsitzende der ING DiBa, Roland Boekhout, mit seiner Keynote das Publikum auf. Er appellierte an die Finanzbranche, die Chancen der Digitalisierung nicht zu verpassen. Beispielsweise sei Deutschland im Bereich Bezahlung per Smartphone im Vergleich zu anderen Ländern geradezu rückständig. Auch stünde seine Branche vor der Aufgabe, neue Technologien wie das Video-Ident-Verfahren attraktiv zu vermarkten. Obwohl dieses Verfahren es für Verbraucher deutlich einfacher und bequemer mache, etwa ein Bankkonto zu eröffnen, werde es erst von wenigen genutzt.

Das Panel, zusammengesetzt aus Chris Bartz (Venture Partner FinLeap), Dirk Elsner (Manager DZ BANK), Markus Pertlwieser (CDO Deutsche Bank) und Jens Wiechers (Vorstandsmitglied Dogecoin Foundation), diskutierte zunächst die einschneidende Wirkung von neuen Finanztechnologie-Unternehmen, kurz FinTechs, auf die klassische Finanzwelt. Die beiden Vorstände der etablierten Banken sahen die vielen neuen Geschäftsmodelle eher als Bereicherung denn

als Gefahr für die Branche. Man arbeite sogar seit längerer Zeit mit FinTechs zusammen. Insgesamt seien die Möglichkeiten grundlegender Innovationen durch FinTech groß. Fortschritte seien etwa durch den Einsatz von Blockchain-Technologien¹ im Bereich Sicherheit und Schnelligkeit von Online-Banking-Verfahren zu erwarten.

Im Gesundheitswesen gibt es noch (Digitalisierungs-)Luft nach oben

Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der Techniker Krankenkasse, spitzte den Fortschrittsdruck im Bereich digitale Gesundheitsindustrie zu: Wenn der regulatorische Rahmen nicht bald an die neuen Herausforderungen angepasst werde, verpasse Deutschland schlicht den Anschluss und überlasse es amerikanischen Konzernen, den Gesundheitsmarkt zu revolutionieren. Es sei höchste Zeit, u. a. das Sozialgesetzbuch fit für das digitale Zeitalter zu machen. Die Zukunft könne in der Etablierung einer elektronischen Gesundheitsakte liegen. Zugriff hätte zunächst allein der Patient. Er könnte die Daten aber bei Bedarf seinen behandelnden Ärzten oder seiner Krankenkasse zur Verfügung stellen. Beim Thema Datenschutz, im digitalen Gesundheitsbereich oft als größte Bremse genannt, griff er das vorangegangene Panel auf: Die Sicherheitsmechanismen der Finanzbranche zum Schutz der Kundendaten müssten auch für Gesundheitsdaten ausreichen. Zudem hätten Patienten oftmals keine Scheu, ihre Daten im Tausch gegen eine bessere medizinische Versorgung offenzulegen.

Im darauffolgenden Panel konnte Herr Baas seine Ideen mit Michael Meyer (Vizepräsident Strategie Siemens HealthCare), Friedrich Köhler (Leiter des Zentrums für kardiovaskuläre Telemedizin Charité Berlin) und Juliane Zielonka (Startupbootcamp Digital Health Berlin) diskutieren. Die Notwendigkeit zeitnaher regulatorischer Anpassungen teilten alle Panelteilnehmer. Insbesondere müsse die im eHealth-Gesetz vorgesehene Möglichkeit zur Abrechnung telemedizinischer Leistungen schnell umgesetzt werden.

Dennoch bewege sich sehr viel im Bereich der Start-ups im Gesundheitssektor. Zwar stießen auch neue Geschäftsmodelle irgendwann an die Grenzen der Gesundheitsmarktregulierung, jedoch lieferten sie wichtige Anstöße für Innovationen.



Der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse Jens Baas macht Druck: Der Gesundheitssektor habe im Bereich Digitalisierung den Anschluss verloren.

Die Content-Wirtschaft sieht sich als Vorreiter für das intelligente Zuhause

Die Herausforderungen für Telekommunikationsunternehmen erklärte Claudia Nemat, Vorstandsmitglied Deutsche Telekom, in ihrer Keynote. Für sie ist die Frage entscheidend, welche Technologien in den Zukunftsfeldern Unterhaltung und intelligentes Zuhause – das so genannte Smart Home – die Zukunft prägen. Beispielsweise habe die deutsche Telekommunikationsindustrie den Trend beim Instant-Messaging falsch eingeschätzt und könne daher am Erfolg von WhatsApp und iMessage nicht teilhaben. Starke Einbußen im SMS-Geschäft seien die Folge gewesen. Große Potenziale sieht Frau Nemat im Bereich der künstlichen Intelligenz. Auf dieses Zukunftsthema wolle sie die Aktivitäten der Telekom ausrichten.

¹ Siehe zu den Anwendungspotenzialen der Blockchain-Technologie auch Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Oktober 2016, S. 24 ff.



Gute Stimmung: Staatssekretär Rainer Sontowski, Silicon-Valley-Pionier Andreas von Bechtolsheim und Dieter Gorny, Beauftragter der Bundesregierung für kreative digitale Ökonomie.

Auch das anschließende Panel mit Conrad Albert (Vorstandsmitglied und General Counsel ProSiebenSat.1 Media), Dieter Gorny (Vorstandsvorsitzender BVMI und Beauftragter für kreative digitale Ökonomie), Jan Krog (Gründer und CEO naon PipesBox GmbH) und Peter Kerckhoff (Leiter Content Telekom) erarbeitete Zukunftsvisionen für das Smart Home, dem digitale Inhalte (Content) zum Durchbruch verhelfen könnten. Ein Beispiel sei das komplett vernetzte Zuhause mit automatisch öffnender Haustür, sanft angehendem Licht, ertönender Musik und duftendem Kaffee beim Betreten der Wohnung. Noch scheiterten viele Smart-Home-Lösungen an fehlenden Standards oder seien zu kompliziert. Gefordert sei, noch konsequenter aus Nutzersicht zu denken. Die Musikindustrie, mittlerweile ein Vorreiter in Sachen digitale, nutzerzentrierte Geschäftsmodelle, könne hier als gutes Beispiel dienen. Nicht zufällig seien große Digitalkonzerne gerade dabei, sich als Plattformen nicht nur für digitale Inhalte, sondern auch für Smart-Home-Anwendungen zu positionieren.

Nachhilfe aus den USA – Andreas von Bechtolsheim gibt konkrete Tipps für den deutschen Digitalisierungsfortschritt

Die Keynote von Andreas von Bechtolsheim war ohne Zweifel ein Highlight der Konferenz. Er zeigte anhand konkreter Beispiele, welche Herausforderungen die deutsche Digitalisierungslandschaft bewältigen muss, um zum Pioniergeist des Silicon Valley aufschließen zu können.

Andreas von Bechtolsheim ...

... ist ein deutscher Unternehmer und Business Angel, der im Silicon Valley lebt. Bereits mit 18 Jahren gewann er den Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ in Physik und siedelte noch während seines Informatikstudiums 1975 in die USA über. Dort beschäftigte er sich unter anderem mit der Entwicklung von hochleistungsfähigen Prozessoren. Im Jahr 1982 war er Mitbegründer der Firma Sun Microsystems, die die Computersprache Java entwickelt hat und mittlerweile für 7,4 Milliarden US-Dollar vom Unternehmen Oracle übernommen wurde. Mit 100.000 US-Dollar war er 1998 einer der ersten Investoren bei Google. Nach Googles Börsengang wurde der Wert seiner Beteiligung auf 500 Millionen US-Dollar geschätzt. Er spricht über Google als „die tollste Idee, die mir je untergekommen ist“.

Für Erheiterung sorgte er mit seiner Feststellung, dass offensichtlich weder Berufserfahrung noch Bildungsabschluss für eine gelungene Unternehmensgründung ausschlaggebend seien – die derzeit fünf größten Unternehmen nach Marktkapitalwert (Apple, Microsoft, Facebook, Google, Amazon) seien von jungen Männern größtenteils ohne Erfahrung und zum Teil sogar vor ihrem Universitätsabschluss gegründet worden. Entscheidender Wettbewerbsvorteil sei es vielmehr, neue, bahnbrechende Technologien einzuführen. Auch sei hier nicht unbedingt relevant, der

erste Anbieter auf dem Markt zu sein – es komme auf die Qualität der Umsetzung an. Dies könne man gut an den Beispielen Google und Facebook sehen. Sie waren nicht die erste Suchmaschine beziehungsweise das erste soziale Netzwerk. Aber ihre Angebote waren am besten durchdacht und trafen am besten die Bedürfnisse der Nutzer, so dass sie ihre Konkurrenz schnell überholten.

Deutschland könne hier vom Silicon Valley lernen – aus 10.000 Unternehmensideen entwickelten sich nur 100 Erfolgsgeschichten. Daher sei es wichtig, Gründungen attraktiv zu machen, vielseitig zu fördern und vor allem ein Scheitern nicht als Rückschlag zu begreifen. Hier müssten Deutschland und Europa gerade auch im Bereich Wagniskapital mehr Geld und Investoren anlocken.

In einem Schlussappell legte er die großen Vorteile eines einheitlichen Marktes dar, wie es ihn in den USA gebe. Dies müsse die EU mit einem einheitlichen digitalen Binnenmarkt ebenfalls schnell erreichen.

Staatssekretär Sontowski stellt mit dem Aktionsprogramm Digitalisierung die Aktivitäten und Initiativen des BMWi vor

In Vertretung von Bundesminister Sigmar Gabriel erläuterte Rainer Sontowski, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, anschließend die vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Digitalisierung. Viele der bereits aufgeworfenen Hemmnisse und Probleme der Digitalisierung, wie den nicht mehr zeitgemäßen regulatorischen Rahmen oder den mangelnden Zugang zu Wagniskapital, griff der Staatssekretär in seiner Rede auf und sicherte den Akteuren die Unterstützung des BMWi zu.

Dabei widmete er sich vor allem dem neuen „Aktionsprogramm Digitalisierung“, das die „Digitale Strategie 2025“ des BMWi konkretisiert und in nächste Schritte übersetzt – teils in Form laufender oder gerade in Angriff genommener Maßnahmen und Initiativen des BMWi, teils in Form von Vorschlägen an andere Bundesministerien. Teil des Maßnahmenbündels ist die „German Digital Hub Initiative“, die im Aktionsprogramm erstmals vorgestellt wurde und zum IT-Gipfel der Bundesregierung am 16. und 17. November 2016 in Saarbrücken starten wird. Die Idee dahinter: Digitale Ökosysteme, in denen etablierte Unternehmen mit Start-ups zusammenarbeiten – so genannte „Hubs“ –, können Innovationssprünge befördern und Deutschland zu einem Anziehungspunkt für Gründer aus aller Welt werden lassen. Das BMWi will die überregionale Vernetzung der

großen deutschen Hubs durch eine eigens eingerichtete „Hub-Agency“ unterstützen und durch schlagkräftige internationale Werbung die Ansiedlung von neuen innovativen Unternehmen und Investoren sowie die Anwerbung von Fachkräften befördern.

Das Aktionsprogramm Digitalisierung widmet sich auch dem Thema Wagniskapital. Die Bundesregierung hat ihre Aktivitäten in diesem Bereich deutlich ausgeweitet und versucht, einerseits durch Fördermaßnahmen und andererseits durch gezielte Anreize die Wagniskapitalinvestitionen in Deutschland zu erhöhen.

Weiterführende Infos zum Aktionsprogramm Digitalisierung unter:



bit.ly/de_digital_aktionsprogramm



Ein Video der Konferenz ist abrufbar unter:



bit.ly/Video_Digitaler_Wandel

Kontakt: Nils Börnsen und Florentine Kessler-Grobe
Referat: Ökonomische Fragen der Digitalen Agenda und gesellschaftliche Entwicklungen, Digitale Souveränität

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

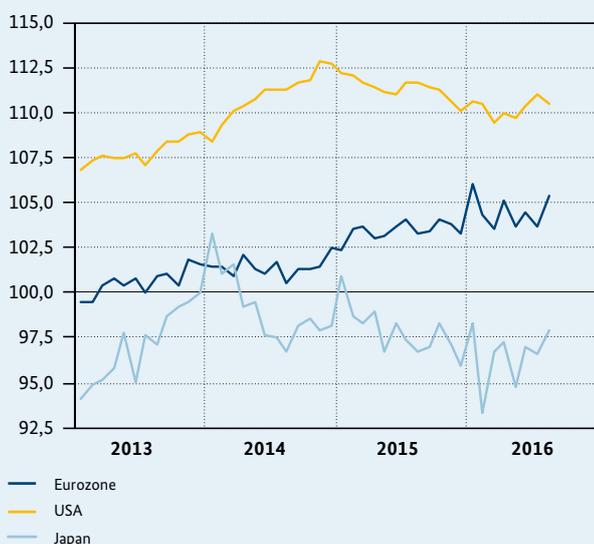
Weltwirtschaft: Verhaltene Aufwärtsdynamik.

Die Weltwirtschaft wächst gegenwärtig nur wenig dynamisch.¹ Der IWF geht aktuell von einem Wachstum von 3,1% für dieses Jahr und von 3,4% für nächstes Jahr aus.

In den Vereinigten Staaten deutet sich nach dem schwachen ersten Halbjahr eine moderate Wachstumsbelebung an. Im Euroraum scheint sich das robuste Wachstum fortzusetzen trotz Unsicherheit über die Ausgestaltung des Brexits. Die Wachstumsaussichten für Japan weisen trotz in Aussicht gestellter Konjunkturprogramme weiterhin auf keine konjunkturelle Belebung hin. In den Schwellenländern zeichnet sich generell eine leichte Belebung ab. In China hält die Normalisierung des Wachstumstempos an. In Brasilien und Russland wird für das nächste Jahr mit einer Rückkehr des Wachstums gerechnet.

Ein gemischtes Bild zeichnen die monatlichen Indikatoren zur Weltwirtschaftslage: Die weltweite Industrieproduktion ging im Juli leicht zurück, befindet sich aber über dem Niveau des ersten Halbjahres. Auch das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima hat sich im dritten Quartal etwas eingetrübt. Der Einkaufsmanager-Index von Markit ist im September hingegen gestiegen und liegt leicht über der Wachstumsschwelle.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

USA: Anzeichen für leichte Belebung.

Das Wirtschaftswachstum in den USA scheint sich in der zweiten Jahreshälfte zu steigern. Steigende Auftragseingänge zu Beginn des zweiten Halbjahres geben Anzeichen dafür. Auch die Exporte haben zu Beginn der zweiten Jahreshälfte zugenommen.

Die Industrieproduktion ist im August um 0,4% zurückgegangen. Dennoch befindet sich die Industrieproduktion auf einem höheren Niveau als im zweiten Quartal. Zudem haben sich die Auftragseingänge verbessert. Auch die Frühindikatoren spiegeln ein positives Bild wider: Im September ist der Markit-Einkaufsmanager-Index für Industrie und Dienstleistungen deutlich gestiegen. In der Industrie zeichnet sich ein ähnliches Bild. Der Einkaufsmanager-Index hat im September einen Jahreshöchstwert erreicht. Die dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt scheint sich etwas abzuschwächen. Zwar setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort, doch mit geringeren Raten als in den Vormonaten. Die Arbeitslosigkeit ist im August und September leicht angestiegen, bleibt aber weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Arbeitsmarkt erweist sich insgesamt dennoch robust. Dies spiegelt sich positiv in den privaten Konsumausgaben wider. Diese haben das Wachstum im zweiten Quartal nahezu vollständig getragen und konnten den Rückgang bei den Investitionen mehr als ausgleichen. Für das laufende dritte Quartal erwartet das Modell der Zentralbank von Atlanta ein leicht beschleunigtes Wachstum von ca. 0,5%.

Für das Jahr 2016 geht der IWF aktuell von einem Wachstum in Höhe von 1,6% und für das Folgejahr von einem Wirtschaftswachstum von 2,2% aus. Im Frühjahr war der IWF noch von deutlich höheren Wachstumsraten ausgegangen.

Japan: Wenig dynamisch.

Die japanische Konjunktur entwickelt sich derzeit wenig dynamisch. Nach einem relativ starken Anstieg des japanischen BIP im ersten Quartal ist das BIP im zweiten Quartal nur noch um knapp 0,2% gewachsen.

Die Industrieproduktion ist im August zwar relativ stark um 1,6% gestiegen. Dennoch stagniert die industrielle

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Oktober 2016 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2
Euroraum	0,4	0,4	0,4	0,5	0,3
USA	0,6	0,5	0,2	0,2	0,4
Japan	-0,5	0,5	-0,4	0,5	0,2

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Euroraum	10,1	10,1	10,1	10,1	-
USA	4,7	4,9	4,9	4,9	5,0
Japan	3,2	3,1	3,0	3,1	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Euroraum	-0,1	0,1	0,2	0,2	0,4
USA	1,0	1,0	0,8	1,1	-
Japan	-0,4	-0,3	-0,5	-0,5	-

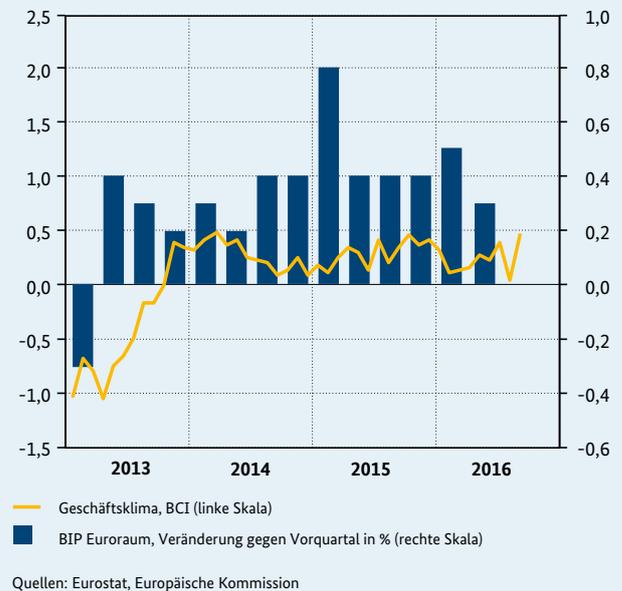
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Erzeugung seit Herbst 2014. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, denn die Auftragseingänge sind im August den dritten Monat in Folge gesunken. Der Markit-Einkaufsmanager-Index ist im September nur leicht über die Wachstumsschwelle gestiegen. Indes erwarten die Unternehmen laut TANKAN-Bericht der Zentralbank für das dritte Quartal 2016 eine leichte Erholung der industriellen Dynamik. Die japanischen Exporte haben sich in den letzten Monaten gut entwickelt. Trotz Rückgangs im August liegen sie aktuell ca. 3 % über dem Niveau zu Jahresbeginn. Die gute Exportentwicklung wird durch die vorübergehende Abwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar sowie dem Euro begünstigt. Der tendenzielle Beschäftigungsaufbau im ersten Halbjahr setzt sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte fort und stabilisiert die konjunkturelle Lage. Der IWF erwartet für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,5 %. Für das Jahr 2017 verringerte der IWF seine Wachstumserwartungen trotz angekündigter Konjunkturprogramme um 0,3 Prozentpunkte auf nunmehr 0,6 %.

Euroraum und EU: Moderate Aussichten.

Der moderate Aufschwung in der Eurozone setzt sich fort. Nach einem kräftigen Wachstum im ersten Quartal ist die Wirtschaft im Euroraum im zweiten Quartal moderat um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Die Industrieproduktion im Euroraum ist im August recht kräftig gestiegen (+1,6%). Der Rückgang des Vormonats wurde damit mehr als ausgeglichen. Die Stimmungsindikatoren signalisieren eine leichte Aufwärtsentwicklung. So nahm der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission im September deutlich zu. Auch der Einkaufsmanager-Index von Markit signalisiert, trotz leichtem Rückgang im September, eine Fortsetzung des moderaten Wachstums. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stagniert jedoch seit Monaten bei 10,1%. Der Abbau der Arbeitslosigkeit setzt sich somit nicht fort. Der IWF erwartet für das Eurogebiet eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,7% im Jahr 2016. Für das Jahr 2017 wird ein Wachstum von 1,5% erwartet. Die Auswirkungen der Brexit-Entscheidung blieben somit bisher moderat. Auch für das Vereinigte Königreich selbst wird für das Jahr 2016 ein kräftiges Wachstum von 1,8% erwartet. Im nächsten Jahr verringert sich sein Wachstum aus Sicht des IWF auf 1,1%.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die Wirtschaft befindet sich im Aufschwung, expandiert aber im zweiten Halbjahr etwas ruhiger.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist solide.² Das Wachstumstempo dürfte aber im zweiten Halbjahr etwas langsamer ausfallen als im starken ersten Halbjahr. Insgesamt rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8%. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist zu Beginn des zweiten Halbjahres von Unwägbarkeiten geprägt. Nach der Brexit-Entscheidung sind der Verlauf des Austrittsprozesses und die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach wie vor ungewiss. Ein wirtschaftlicher Schock für die deutsche Wirtschaft zeichnet sich aus heutiger Sicht aber nicht ab. Aktuell erschweren Ferientageeffekte eine Interpretation der nationalen Konjunkturindikatoren für die Sommermonate.³ Es liegt daher nahe, die Berichtsmonate Juli und August zusammen zu betrachten. Die Industrieproduktion war in diesem Zeitraum geringfügig niedriger als im bereits schwachen zweiten Quartal. Die Auftragslage hellte sich aber etwas auf.

Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen lagen nur geringfügig über dem Niveau des zweiten Vierteljahres. Die Stimmung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im September gemessen am ifo Konjunkturtest nach der Eintrübung im Vormonat aber wieder aufgehellt. Die Grundkonstitution des Baugewerbes bleibt gesund. Die überraschend verhaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt zu Beginn des zweiten Halbjahres deutet jedoch auf eine langsamere Gangart im Dienstleistungsbereich hin. Alles in allem dürften die Impulse im zweiten Halbjahr weniger ausgeprägt ausfallen. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bleiben intakt.

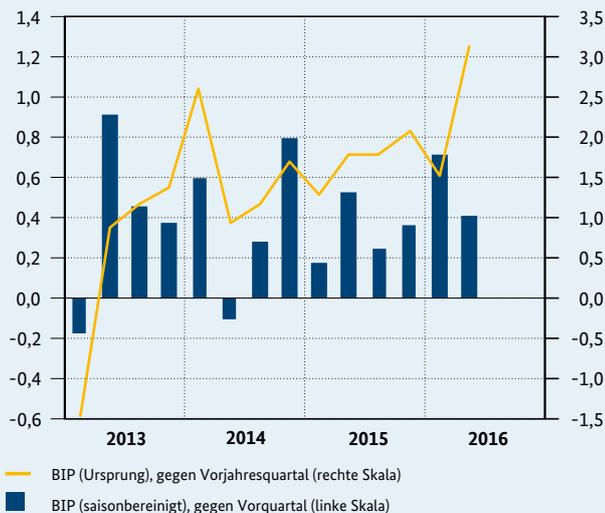
2. Produzierendes Gewerbe

Es gibt erste Signale einer Belebung der Industriekonjunktur.

Das Geschäftsklima in der Bauwirtschaft erreicht ein Rekordniveau.

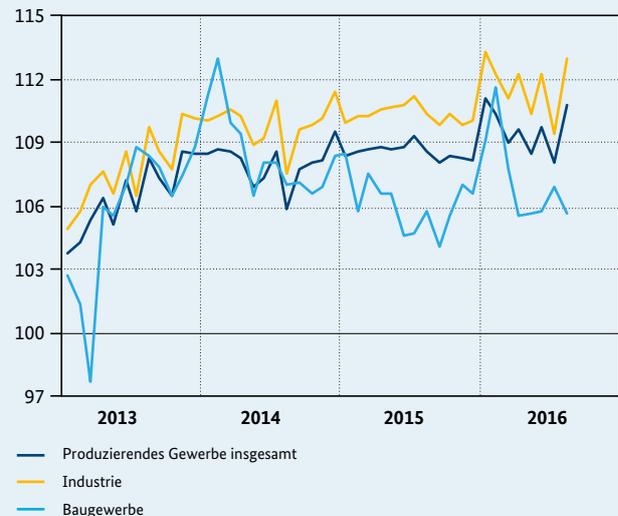
Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich in den vergangenen Monaten recht verhalten entwickelt.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Oktober 2016 vorlagen.

³ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Nach dem milden Winter fiel die Frühjahrsbelegung der Bauproduktion im zweiten Quartal wie erwartet deutlich schwächer aus als üblich, aber auch die Industrieproduktion blieb zurückhaltend. Im August wurde die Produktion im Produzierenden Gewerbe dann aber deutlich um 2,5% ausgeweitet. Auftragseingänge und Stimmungsindikatoren senden Signale einer allmählichen Belegung.

Die Industrieproduktion wurde im August recht kräftig um 3,3% erhöht. Vor allem die Herstellung von Investitionsgütern fiel höher aus als im Vormonat (+4,7%), unter anderem im Maschinenbau, der Kfz-Branche und in der Pharmaindustrie. Daneben wurde auch die Produktion von Konsumgütern (+3,3%) und Vorleistungen (+1,6%) ausgeweitet.

Das starke August-Ergebnis sollte dabei nicht überbewertet werden. Nach dem deutlichen Rückgang im Vormonat (-2,5%), der unter anderem auf die diesjährige Lage der Werksferien zurückzuführen ist, war eine entsprechende Gegenbewegung zu erwarten. Im Durchschnitt der Monate Juli und August lag das Produktionsvolumen noch immer leicht unter dem Niveau des zweiten Quartals. Zudem deuten die jüngsten Kfz-Produktionszahlen des Verbandes der Automobilindustrie eine schwächere Industrieproduktion im September an, sodass insgesamt allenfalls mit einer Seitwärtsbewegung im dritten Quartal zu rechnen ist.

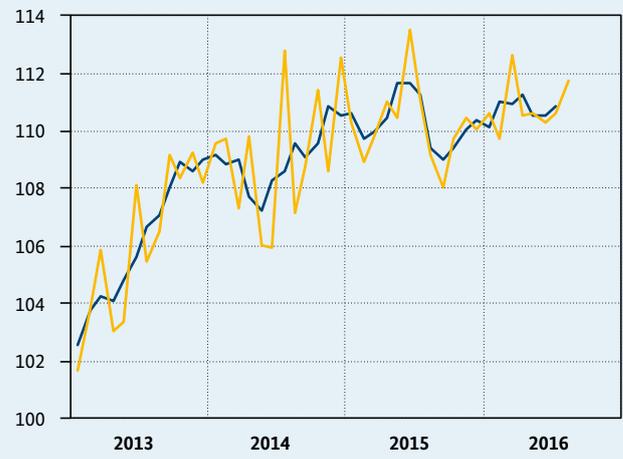
Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Produktion					
Insgesamt	2,0	-0,5	1,7	-2,5	3,3
Vorleistungsgüter	1,4	-0,7	-0,7	-0,8	1,6
Investitionsgüter	2,3	-0,8	4,0	-4,0	4,7
Konsumgüter	2,3	0,2	1,1	-2,3	3,3
Umsätze					
Insgesamt	0,9	-0,5	-0,8	-1,6	4,2
Inland	1,2	-1,3	0,1	-2,4	3,4
Ausland	0,7	0,2	-1,8	-1,0	5,0
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,9	-0,5	-0,3	0,3	1,0
Inland	-0,8	1,0	0,9	-3,2	2,6
Ausland	2,1	-1,4	-1,1	2,8	-0,2
Vorleistungsgüter	-1,8	1,5	-0,6	0,5	1,7
Investitionsgüter	2,3	-1,4	0,0	0,6	0,3
Konsumgüter	1,7	-2,3	-0,5	-4,2	2,9

Quellen: StBA, BBk

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



— Monate
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

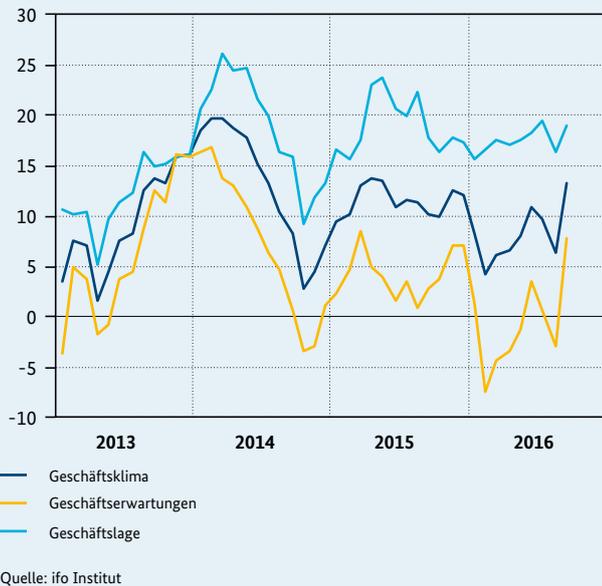
Quellen: StBA, BBk

Die Industrieumsätze zeichnen ein sehr ähnliches Bild. Der schwachen Entwicklung im Juni und Juli folgte eine kräftige Gegenbewegung im August (+4,2%). In der Tendenz bleibt die Umsatzentwicklung aber verhalten. Im Dreimonatsvergleich zeigen sich sowohl im Bereich der Investitionsgüter (-1,4%) als auch bei den Konsum- und Vorleistungsgütern (-0,7% bzw. -0,4%) leicht rückläufige Umsatzzahlen. Dies gilt für das Inlands- und Auslandsgeschäft gleichermaßen.

Allerdings senden die jüngsten Zahlen zum Auftragseingang ein Signal der Belegung. Die Auftragseingänge in der Industrie nahmen im August um 1,0% zu, nach einem Plus von 0,3% im Vormonat. Ohne Einbeziehung von Großaufträgen, die für die kurzfristige Produktionsentwicklung weniger relevant sind, ergab sich im August sogar ein Plus von 1,6%.

Im Durchschnitt der Monate Juli und August fielen die Auftragseingänge damit wieder besser aus als im zweiten Quartal, vor allem im Bereich der Investitionsgüter. Dabei profitieren die Industrieunternehmen zuletzt vor allem von einer steigenden Nachfrage aus dem Ausland. Die Auftragseingänge aus dem Euroraum sind im Juli und August um 5,6% bzw. 4,1% gestiegen. Die Bestellungen aus dem Inland zogen im August zwar ebenfalls an, bleiben in der Tendenz aber sehr verhalten. Der Auftragsbestand blieb von Juli auf August mit einer Reichweite von 5,1 Monaten konstant.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Positive Signale senden auch die Stimmungsindikatoren. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe stieg im September kräftig und erreichte den höchsten Stand seit fast eineinhalb Jahren. Die überraschende Eintrübung im August wurde mehr als wettgemacht. Sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen haben sich deutlich verbessert.

Die Bauwirtschaft hat sich nach der Abschwächung im Frühjahr etwas belebt. Die Bauproduktion ging im August zwar um 1,2% zurück, liegt aber im Durchschnitt der Monate Juli und August über der im zweiten Quartal (+0,6%). Zudem geht der Rückgang im August hauptsächlich auf ein schwaches Produktionsergebnis für das Ausbaugewerbe zurück, das üblicherweise stark revisionsanfällig ist. Das Bauhauptgewerbe dagegen, das die Bereiche Hoch- und Tiefbau umfasst, konnte seine Produktion im August den vierten Monat in Folge ausweiten.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bewegen sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Zuletzt gingen diese zwar zurück (Juli: -4,6%). Sie übersteigen damit aber noch immer deutlich den Vorjahresstand (+14,1%). Vor allem im Hochbau bleibt das Bestellvolumen auf einem hohen Niveau, während der Auftragseingang im Tiefbau seit Jahresbeginn wieder rückläufig ist.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Insgesamt	3,0	-3,6	0,1	1,1	-1,2
Bauhauptgewerbe	1,4	-5,3	0,7	1,1	0,8
Ausbaugewerbe	4,6	-1,4	-0,4	1,0	-3,3

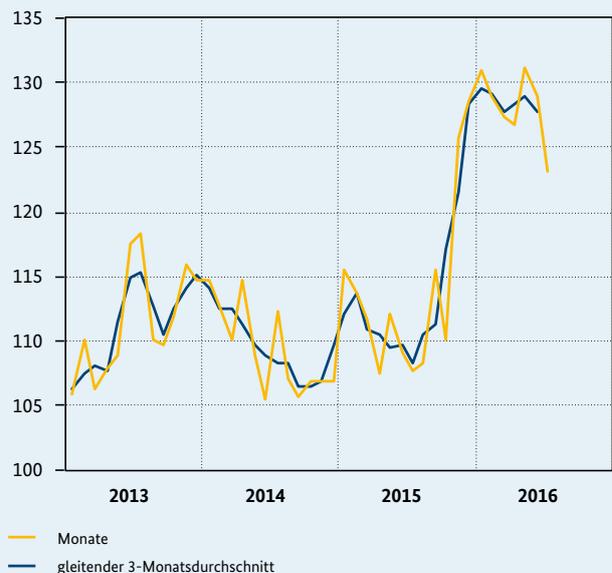
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Insgesamt	6,3	-0,1	3,6	-1,8	-4,6
Hochbau	4,7	6,1	11,4	-4,3	-4,1
Wohnungsbau*	13,2	-0,6	10,8	1,2	-10,7
Gewerblicher*	-1,5	15,9	15,6	-8,1	-0,1
Öffentlicher*	1,0	-5,9	-2,3	-8,1	3,6
Tiefbau	8,2	-6,8	-5,1	1,7	-5,1
Straßenbau*	25,2	-12,1	-6,8	5,7	0,0
Gewerblicher*	-1,1	-0,8	-6,1	-1,6	-7,4
Öffentlicher*	0,1	-6,6	-1,7	0,4	-9,2
Öffentlicher Bau insg.	11,0	-9,1	-4,2	1,3	-2,6

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Angesichts der guten Rahmenbedingungen und einer guten Auftragslage ist die Stimmung im Baugewerbe weiterhin sehr gut. Das ifo Geschäftsklima folgt seit eineinhalb Jahren einem Aufwärtstrend und erreichte im September einen neuen Rekordwert. Vor allem die aktuelle Geschäftssituation wird von den befragten Bauunternehmen so gut eingeschätzt wie noch nie.

3. Privater Konsum

Der private Konsum leistet einen spürbaren Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

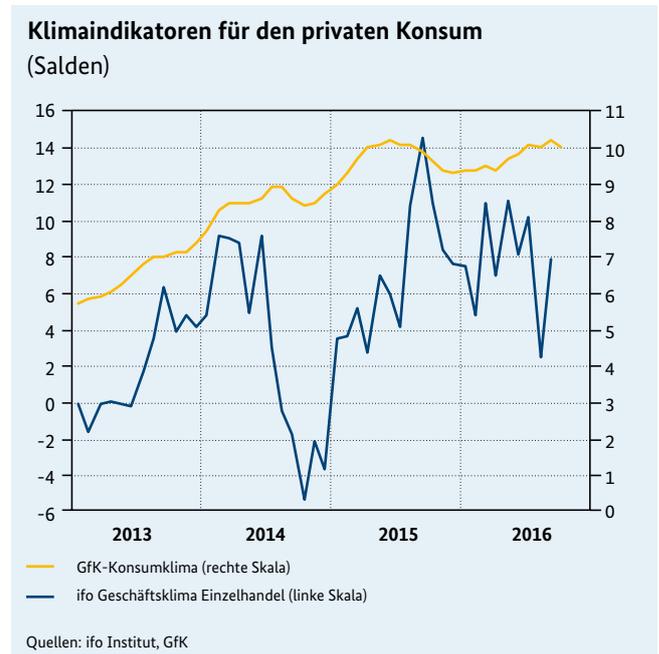
Die Stimmung unter den Verbrauchern ist ungebrochen hoch.

Der private Konsum wird die tragende Säule der Konjunktur in Deutschland bleiben. Für das Jahr 2016 rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg der privaten Konsumausgaben von 1,7 %, was einen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2016 von 0,9 Prozentpunkten ergibt. Auch in den kommenden Jahren dürfte sich der private Verbrauch deutlich positiv entwickeln.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) fielen im August zwar etwas schwächer aus als im Vormonat (-0,3 %), waren aber zuvor positiv ins dritte Quartal gestartet. In der

Tendenz entwickeln sich die Erlöszahlen weiterhin günstig; sie lagen auch im Durchschnitt der Monate Juli und August über dem Niveau des zweiten Quartals. Der Umsatz im Kfz-Handel blieb in den vergangenen Monaten dagegen volatil. Nach einem leichten Anstieg im Juni (+0,9 %) gab es im Juli wieder eine Gegenbewegung in ähnlicher Größenordnung (-1,3 %). In der Tendenz hat sich die Dynamik bei den Kfz-Umsätzen deutlich abgeschwächt und der positive Trend der letzten Jahre scheint zumindest unterbrochen. Allerdings muss dies nicht zwangsläufig eine Abschwächung des privaten Konsums anzeigen, da in den Umsatzzahlen auch gewerbliche Käufe enthalten sind. Für eine anhaltend dynamische Konsumkonjunktur spricht, dass die privaten Kfz-Zulassungszahlen im dritten Quartal so stark zugelegt haben wie seit mehr als drei Jahren nicht mehr.

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich im September deutlich von der Stimmungseintrübung im Vormonat erholt. Dies gilt sowohl für die Einschätzung der aktuellen Lage als auch der Geschäftserwartungen. Im Durchschnitt des dritten Quartals lag das Geschäftsklima leicht unter dem Durchschnitt der Vorquartale, da sich die Geschäftserwartungen der Befragten etwas verschlechtert haben. Insgesamt bleibt die Stimmung unter den Händlern aber überdurchschnittlich gut. Das GfK Konsumklima bewegt sich angesichts der positiven Rahmenbedingungen weiterhin auf sehr hohem Niveau, obwohl die Konjunkturerwartungen der Verbraucher etwas schlechter ausfielen als in den Umfragen der Vormonate.

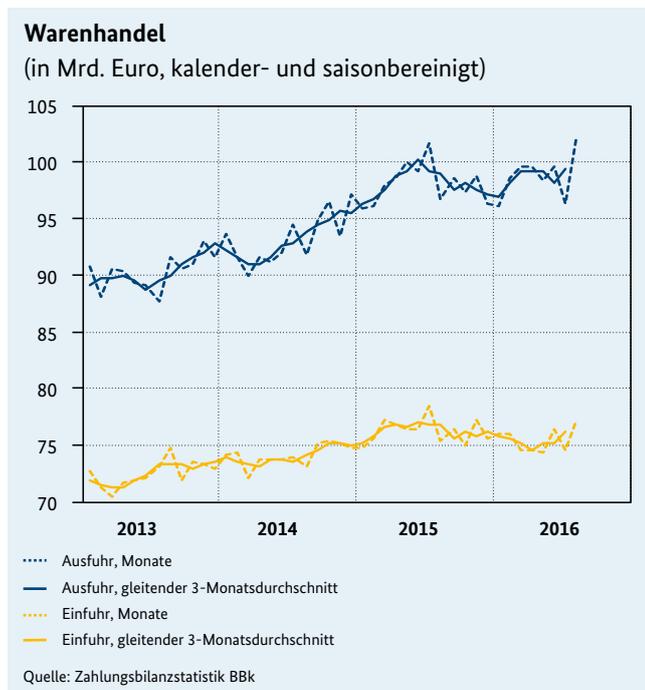


4. Außenwirtschaft

Die Exporte haben sich im August deutlich erholt.

Die Exportperspektiven bleiben jedoch begrenzt.

Im August 2016 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 116,6 Mrd. Euro ausgeführt.⁴ Saisonbereinigt wurden 5,5 % mehr Waren und Dienstleistungen ausgeführt als im Vormonat. Gegenüber den Ausfuhren im zweiten Quartal ergibt sich im Juli/August jedoch nur ein moderater Anstieg um 0,2 %. Die Ausfuhrpreise sind im gleichen Zeitraum geringfügig angestiegen, so dass sich die Ausfuhren im Berichtsmonat preisbereinigt seitwärts entwickelt haben dürften. Die deutschen Ausfuhren wurden im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr insbesondere in die EU-Länder überdurchschnittlich ausgeweitet. Hingegen waren die Ausfuhren von Waren in die Absatzmärkte außerhalb der EU-28, wie beispielsweise in die Vereinigten Staaten, rückläufig. Die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich entwickelten sich im ersten Halbjahr bereits vor der Brexit-Entscheidung unterdurchschnittlich.



Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen nahmen im August im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt ebenfalls deutlich um 3,0 % zu. Im Juli/August lagen die Einfuhren um 0,8 % über denen des zweiten Quartals. Aufgrund des kräftigen Preisverfalls beim Rohöl seit dem Sommer 2014 waren die Einfuhrpreise lange rückläufig. Seit März steigen die Einfuhrpreise tendenziell wieder an. Im Juli/August lagen sie etwas über dem Preisniveau im zweiten Quartal, sodass sich die Einfuhren in realer Betrachtung ebenfalls nahezu seitwärts entwickeln.

Im August ergab sich insgesamt erneut eine positive Bilanz des Handels mit Waren und Dienstleistungen in Höhe von 16,6 Mrd. Euro in Ursprungswerten. Der Leistungsbilanzsaldo lag nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank bei 17,9 Mrd. Euro um 3,4 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert. Kumuliert ergab sich im laufenden Jahr ein Leistungsbilanzüberschuss von 175,4 Mrd. Euro, rund 19 Mrd. Euro mehr als vor einem Jahr. Für diesen Anstieg sind auch geringere Kosten für importiertes Rohöl verantwortlich.

Außenhandel*

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	0,9	0,8	-2,9	5,5
Einfuhr	-0,8	-0,6	2,3	-2,1	3,0
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	0,6	2,1	1,1	-10,0	9,8
Eurozone	1,5	2,4	0,0	-6,0	8,8
EU Nicht-Eurozone	4,7	6,2	5,8	-8,8	11,8
Drittländer	-2,4	-0,3	-0,4	-13,7	9,6
Einfuhr	0,4	0,1	0,3	-6,5	5,3
Eurozone	1,1	0,7	3,3	-4,4	4,1
EU Nicht-Eurozone	4,6	4,6	3,5	-4,8	7,5
Drittländer	-2,9	-3,3	-5,4	-10,1	5,5

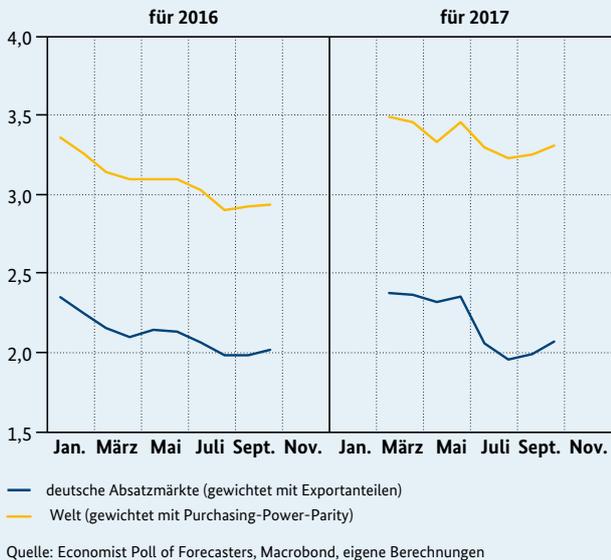
Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

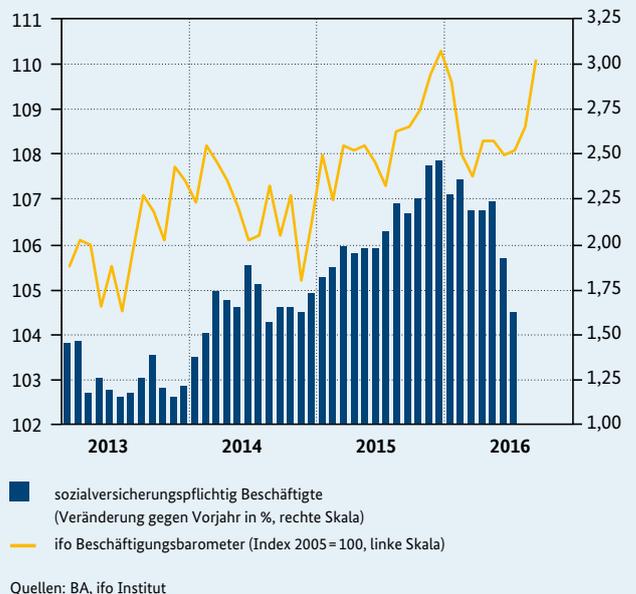
Das Bild der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft ist nach wie vor gemischt. Die Bestellungen aus dem Ausland sind im August leicht zurückgegangen. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich dagegen im September recht deutlich erholt. Insgesamt deuten die Indikatoren zusammen mit den verhaltenen Wachstumserwartungen für die wichtigsten Handelspartner auf derzeit begrenzte Exportperspektiven hin.

4 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Entwicklung der Erwartungen des jährlichen Wachstums der Weltwirtschaft und der deutschen Absatzmärkte (Veränderung des realen BIP gg. Vj. in %)



ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



5. Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung stieg im August auf nunmehr 43,74 Mio. Erwerbstätige weiter an.

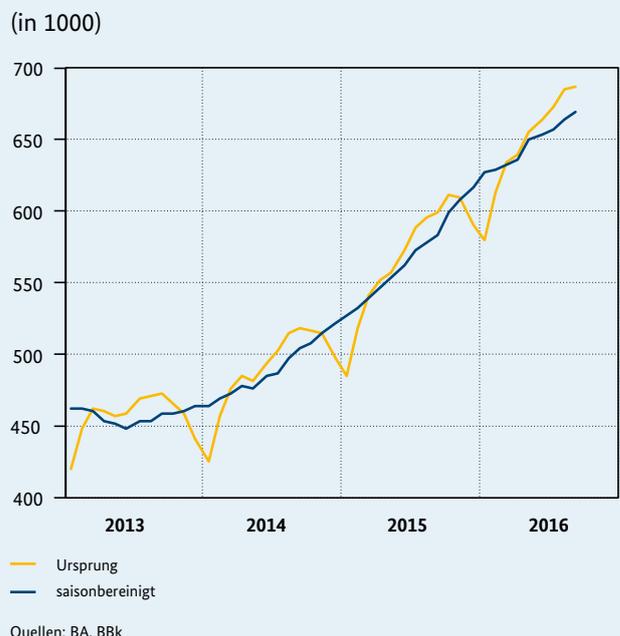
Die Arbeitslosigkeit sank im September saisonüblich, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich stabil positiv. Die Erwerbstätigkeit stieg im August weiter an. Der Aufbau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist am aktuellen Rand allerdings unterbrochen. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im September jahreszeitlich bedingt, saisonbereinigt blieb sie aber nahezu unverändert. Die Flüchtlingsmigration spiegelt sich zunehmend in einer höheren Unterbeschäftigung wider, da hier auch Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasst sind. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit mit vermehrtem Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt etwas abschwächen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Die Frühindikatoren signalisieren weiterhin gute Aussichten für den Arbeitsmarkt. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg im September den dritten Monat in Folge kräftig auf 110,1 Punkte und liegt damit weit über seinem langfristigen Durchschnitt. Nahezu alle Branchen sind auf Mitarbei-

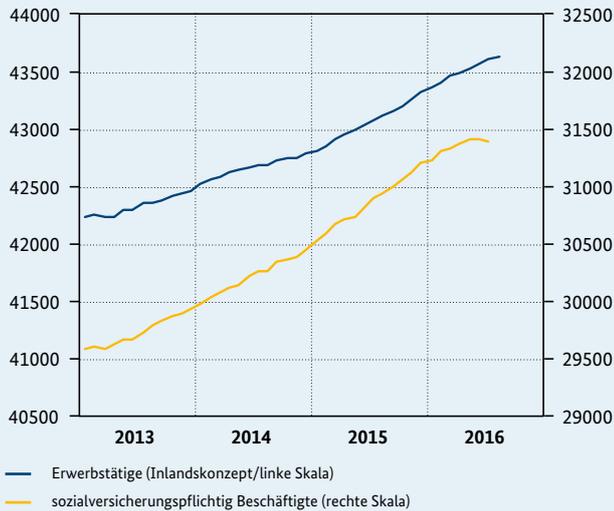
tersuche. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt weiterhin sehr gute Beschäftigungsaussichten an. Der Teilindikator Arbeitslosigkeit befindet sich über dem neutralen Wert und deutet einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit an. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – stieg im September von einem hohen Niveau aus weiter an.

Gemeldete Arbeitsstellen



Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich der positive Trend fort. Im August erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 15.000 Personen. In Ursprungszahlen stieg sie auf 43,74 Mio. Erwerbstätige, soviel wie in keinem August zuvor. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,2% zu.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ist grundsätzlich vor allem auf die in der Tendenz steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Nach den Ursprungszahlen lag sie bei 31,24 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 1,6%. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm allerdings nach einem überraschenden Rückgang im Juni auch im Juli saisonbereinigt um 18.000 Personen ab. Auffallend war der Rückgang insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und bei den Arbeitnehmerüberlassungen. Dabei könnte auch eine Rolle gespielt haben, dass die Saisonbereinigung Verschiebungen bei Ferienmonaten und Werksferien innerhalb des Sommerquartals nicht ausgleicht. Da die Frühindikatoren positive Signale senden, dürfte sich die positive Grundtendenz bei der Beschäftigung bald wieder in den Daten zeigen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im September saisonbereinigt um 1.000 Personen, nach einem Rückgang um 6.000 im August. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war, wie in den Vormonaten, vom Anstieg entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Diese kommen auch anerkannten Asylbewerbern zugute. Nach Ursprungs-

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,674	2,651	2,661	2,684	2,608
gg. Vorjahr in 1.000	-98	-108	-112	-111	-100
gg. Vorperiode in 1.000*	-29	-16	-6	-6	1
Arbeitslosenquote	6,1	6,0	6,0	6,1	5,9

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio.	43,1	43,5	43,7	43,7	43,7
gg. Vorjahr in 1.000	541	528	533	535	506
gg. Vorperiode in 1.000*	147	119	46	38	15

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio.	31,1	31,4	31,4	31,4	31,2
gg. Vorjahr in 1.000	-226	289	688	592	496
gg. Vorperiode in 1.000*	161	111	48	-11	-18

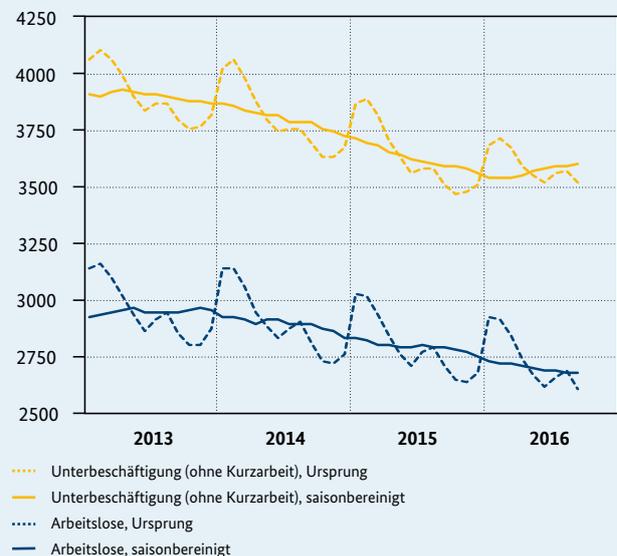
Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

zahlen sank die Arbeitslosigkeit jahreszeitlich bedingt auf 2,61 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 100.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asyllandern nahm im August gegenüber dem Vorjahr um 109% auf 172.000 Personen zu. Die Arbeitslosenquote insgesamt sank auf 5,9%.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

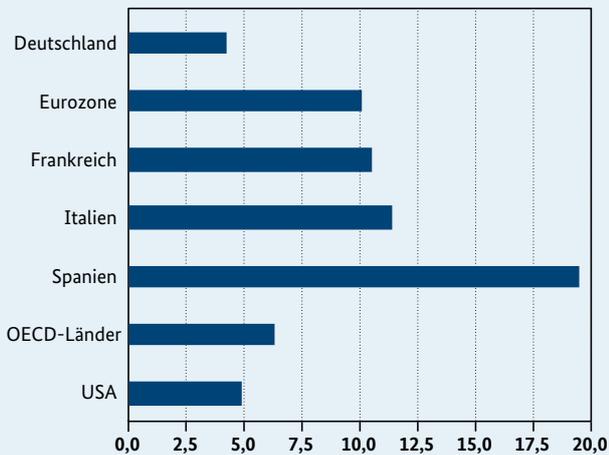
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: August 2016)



Quelle: Eurostat

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im August bei 4,2%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im September auf 3,52 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Unterbeschäftigung um 15.000 Personen. Auch in saisonbereinigter Betrachtung nahm sie um 10.000 Personen gegenüber dem Vormonat zu.

6. Preise

Der Rohölpreis bewegt sich in einem schmalen Korridor.

Die Dynamik der Verbraucherpreise bleibt gering. Im September stieg die Inflationsrate leicht auf 0,7%.

Die Preisentwicklung in Deutschland wird nach wie vor von den niedrigen Weltmarktpreisen für Energie bestimmt. Der dämpfende Effekt der Energiepreise dürfte im laufenden Jahr weitgehend auslaufen, so dass ab dem nächsten Jahr mit einem beschleunigten Preisauftrieb auf allen Wirtschaftsstufen zu rechnen ist. Dazu dürften auch die steigenden Löhne beitragen.

Rohölpreis der Sorte Brent

(je Barrel)



Quelle: Macrobond

Der Rohölpreis konnte nach einer viermonatigen Erholung seinen Aufwärtstrend zur Jahresmitte 2016 nicht mehr fortsetzen. Seit Mitte Juli schwankt er im Bereich zwischen 45 und 52 US-Dollar je Barrel und lag in der ersten Oktoberdekade sogar knapp über Vorjahresniveau.

Die Einfuhrpreise sanken von Juli auf August nach dreimalig leichtem Anstieg geringfügig um 0,2%. Vor allem Vorleistungsgüter (z. B. Erze) und Mineralölerzeugnisse wurden gegenüber dem Vormonat preiswerter. Erdöl und Steinkohle stiegen dagegen im Preis. Der Vorjahresabstand bei den Einfuhrpreisen verkleinerte sich im August weiter auf -2,6%. Insbesondere die Preise für Energieprodukte, z. B. für Erdgas, Rohöl und Mineralölerzeugnisse, lagen noch immer signifikant unter ihrem Niveau von vor zwölf Monaten. Dies wirkte sich besonders bei Preisen für Vorleistungsgüter aus. Die Importpreise ohne Energie verringerten sich um 1,5% gegenüber dem Vorjahr.

Im Auslandsabsatz senkten die deutschen Exporteure ihre Preise im August leicht um 0,1% im Vergleich zum Vormonat. Während die Preise für Energie, Vorleistungs- und Investitionsgüter fielen, nahmen sie bei Konsumgütern geringfügig zu. Binnen Jahresfrist gingen die Ausfuhrpreise mit einer Rate von 0,9% zurück, vor allem weil die Preise für Energie und Vorleistungsgüter im Vergleich zum Vorjahr sanken. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich aus deutscher Sicht im August 2016 mit +1,7% gegenüber dem Vorjahreswert weiter, jedoch weniger stark als in den Vormonaten.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Im Inlandsabsatz sanken die Erzeugerpreise im August, erstmals seit Februar, um 0,1% im Vergleich zum Vormonat. Dabei verteuerten sich Investitions- und Konsumgüter geringfügig. Vorleistungsgüter und Energie wurden günstiger. Auf Jahressicht sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 1,6%, wobei die Preise für Gebrauchs-, Investitions- und Verbrauchsgüter etwas höher waren. Die Preise für Energie (-5,5%) und Vorleistungsgüter (-1,6%) ermäßigten sich erneut.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Aug.	Sept.	Aug.	Sept.
Insgesamt	0,0	0,1	0,4	0,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,2	0,0	1,2	1,2
Nahrungsmittel	-0,4	0,1	0,9	0,4
Bekleidung und Schuhe	1,2	6,3	-1,3	-0,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,1	-3,1	1,4	1,1
Pauschalreisen	0,5	-12,0	-0,5	-0,8
Energie	-0,9	0,7	-5,9	-3,6
Haushaltsenergie	-0,5	0,2	-4,2	-3,7
Strom	0,0	0,0	0,7	0,7
Kraftstoffe	-1,6	1,5	-9,1	-3,5
Dienstleistungen	0,1	-0,6	1,3	1,3
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,2	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise stiegen von August auf September um 0,1%. Saisonüblich höhere Preise gab es bei Bekleidung und Schuhen im Zuge der Umstellung auf die Winterkollektion, auch Kraftstoffe wurden teurer. Pauschalreisen waren dagegen nach Ende der Hauptferienzeit preiswerter. Die Inflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist, betrug im September +0,7%. Das war die stärkste Teuerung seit Mai 2015. Dämpfend wirkte noch die Preisentwicklung bei Energie (-3,6%), z. B. bei Kraftstoffen. Die Preise bei Dienstleistungen, darunter Wohnungsmieten, stiegen mit jeweils +1,3% stärker als die Inflationsrate. Die Kerninflationsrate, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, lag wie im August bei 1,2%.

7. Monetäre Entwicklung

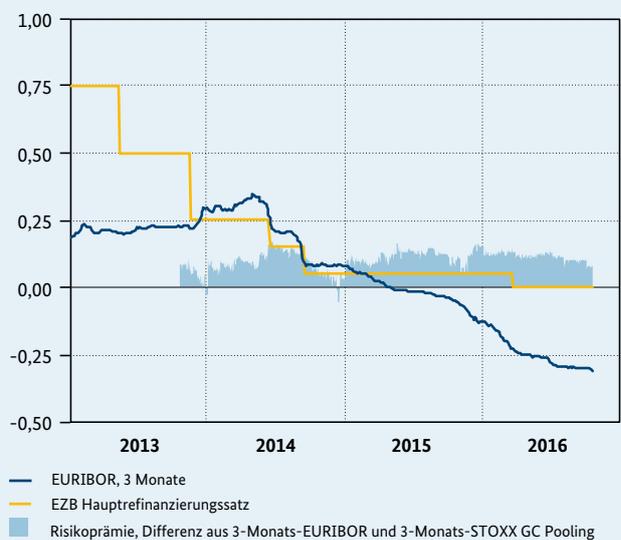
Die Kreditentwicklung im Euroraum erholt sich weiter.

Der Euro wertete gegenüber dem britischen Pfund auf.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist unverändert expansiv ausgerichtet. Seit Mitte März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt seitdem ein Negativzins in Höhe von -0,4% an.

Geldmarktsätze in der Eurozone

(in %)



Quelle: Macrobond

EZB Bilanzsumme

(in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Der besicherte Interbankenzins liegt bei -0,4 %. Der unbesicherte Interbankenzins liegt mit -0,3 % nur geringfügig höher. Zusätzliche Liquidität soll der Markt zudem durch die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) erhalten, das bislang bis mindestens März 2017 geplant ist. Seit März 2016 beläuft sich das monatliche Volumen des Ankaufprogramms auf 80 Mrd. Euro und wurde somit um monatlich rund 20 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

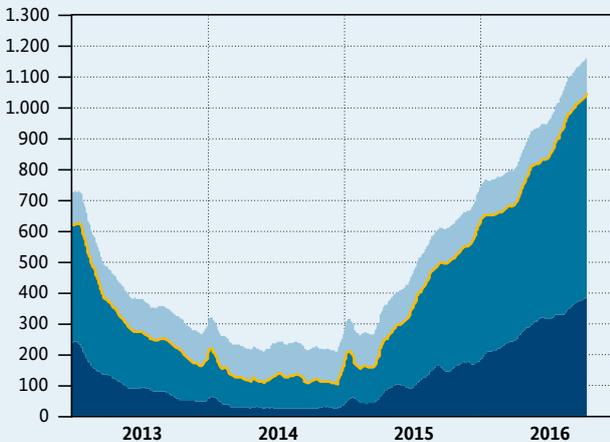
Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 3,45 Bio. Euro Mitte September ausgeweitet. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an. Während diese Ende April bei 752 Mrd. Euro lag, stieg sie bis Ende September auf 1.025 Mrd. Euro.

Nachdem im Juni die Rendite für zehnjährige Staatsanleihen aufgrund des zunehmenden Staatsanleihekaufs nach dem Brexit-Votum erstmals in den negativen Prozentbereich gefallen ist, pendelt die Rendite für die deutschen Staatsanleihen derweil um das Null-Prozent-Niveau. Aktuell liegt sie bei 0,06 %, wobei die Rendite im Monatsdurchschnitt für September weiterhin im negativen Bereich bei -0,05 % lag. Für die Länder im Euroraum ist die Zinsrendite für zehnjährige Staatsanleihen insgesamt leicht gestiegen, die Zinsdifferenzen innerhalb des Euroraums bleiben bestehen. Während für französische Staatsanleihen der Zins ebenfalls aktuell nur bei 0,3 % liegt, beträgt die Rendite zehnjähriger portugiesischer Anleihen 3,3 %, für spanische Anleihen 1,1 % und für italienische 1,5 %. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind leicht gestiegen.

Die amerikanische Notenbank hatte im Dezember 2015 zuletzt die Zinsen auf 0,5 % angehoben. Angesichts des verlangsamten Wachstums in den Vereinigten Staaten erwarten die Finanzmärkte weniger und geringere Zinserhöhungsschritte der amerikanischen Notenbank. Eine Zinserhöhung im Dezember wird für möglich gehalten.

Liquidität im Eurobankensystem

(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



- Einlagenfazilität
- Überschuss-Reserven
- Mindestreserven
- Überschuss-Liquidität

Quellen: EZB, Macrobond

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



- Deutschland
- Spanien
- Irland
- Griechenland
- Portugal
- Italien

Quelle: Macrobond

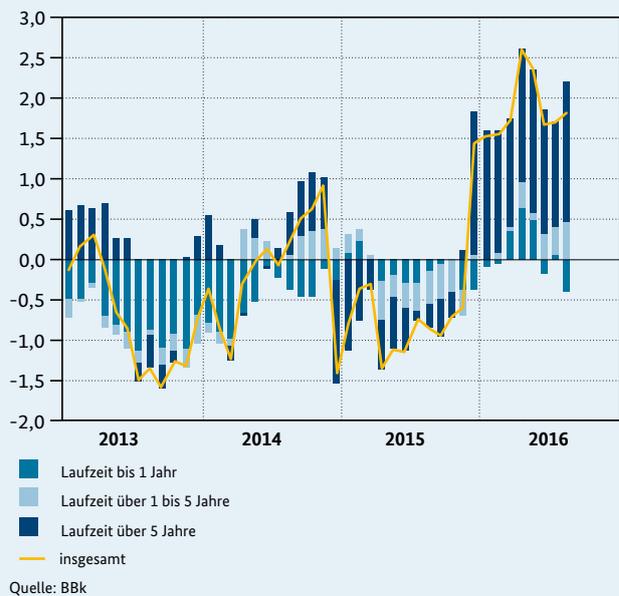
Die britische Notenbank hat den Leitzins nach dem Brexit-Referendum auf einen historischen Tiefstand von 0,25% gesenkt. Aufgrund der Befürchtungen eines harten Brexits hat der Euro gegenüber dem britischen Pfund von Mitte September bis Mitte Oktober um 5,5% aufgewertet. Hingegen wertete der Euro im Vormonatsvergleich gegenüber allen anderen wichtigen Währungen ab. Am deutlichsten war die Abwertung gegenüber dem US-Dollar (-2,2%) sowie dem chinesischen Renminbi (-1,5%), aber auch gegenüber dem japanischen Yen (-0,2%) kam es zu leichten Abwertungen.

Gemäß langfristigen Untersuchungen der Deutschen Bundesbank folgt die Vergabe von Unternehmenskrediten mit zeitlicher Verzögerung dem Wirtschaftswachstum. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seit Dezember 2015 wieder zugenommen. Auch im August lagen die Buchkredite 1,8% über dem Niveau des Vorjahres. Damit hat sich die Kreditvergabe im Vergleich zum Frühjahr etwas verlangsamt. Die moderate Steigerung der Buchkredite entspricht den Ergebnissen des Bank Lending Surveys der EZB vom Juli 2016, nach der die Banken in Deutschland von einer steigenden, wenngleich etwas geringer als erwartet ausfallenden Kreditnachfrage der Unternehmen ausgehen.

Die Kreditvergabe an private Haushalte expandiert deutlich dynamischer und nahm im August um 2,9% gegenüber dem Vorjahr zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,7%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt werden.

Auch die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich weiter erholen. Im August war das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften 1,9% höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,8%. Gemäß des Bank Lending Surveys gehen die Banken im Euroraum auch für das dritte Quartal von einer ansteigenden Kreditnachfrage aus.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich tendenziell weiter. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland zahlen im Mittel 1,2 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Der Anstieg der Geldmenge M3 des Euroraums setzte sich auch im August fort. Im Dreimonatsdurchschnitt lag die Jahresrate bei 5,0%. Der Anstieg geht wie im vorherigen Monat vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist angesichts des EAPPs der EZB um 8,9% gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

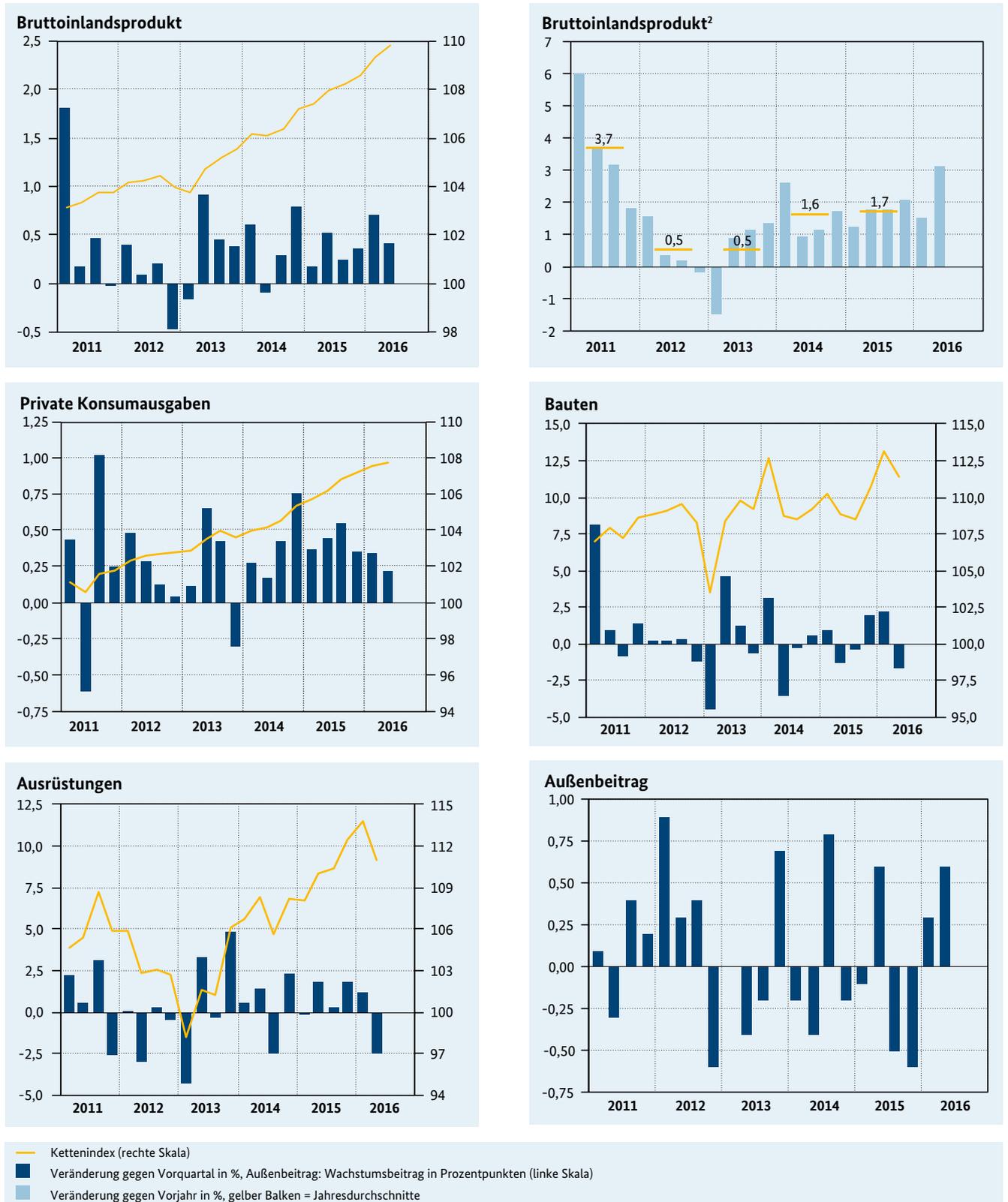
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013		2014		2015				2016		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Inländische Verwendung	- 0,4	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 0,3	0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2
Private Konsumausgaben ³	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,5	+ 2,2	- 1,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,7	- 1,5
Ausrüstungen	+ 4,9	+ 0,6	+ 1,5	- 2,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,2	- 2,4
Bauten	- 0,6	+ 3,2	- 3,5	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 1,3	- 0,3	+ 2,0	+ 2,3	- 1,6
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7
Exporte	+ 2,2	- 0,3	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,6	0,0	- 0,7	+ 1,6	+ 1,2
Importe	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	- 0,5	+ 0,9	+ 0,3	0,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2
Private Konsumausgaben ³	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3
Ausrüstungen	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2
Bauten	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1
Außenbeitrag	+ 0,7	- 0,2	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,6	+ 0,3	+ 0,6

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,1
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,4
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 4,4
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,8	+ 4,4	+ 6,4	+ 4,0	+ 4,4
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	0,0	+ 0,1	+ 3,1	+ 2,4	+ 5,1
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 6,7	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,6	+ 4,9
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 4,9	+ 6,0	+ 5,0	+ 3,1	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013	2014		2015				2016			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,6	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,6	+ 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	- 0,1
Baugewerbe	+ 0,7	+ 2,1	- 2,9	- 0,6	- 0,7	+ 2,1	- 1,6	- 0,7	+ 1,1	+ 2,6	- 0,6
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 2,6	- 3,0	- 2,4	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,4	- 1,1	+ 3,0	- 0,1
Unternehmensdienstleister	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,5	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5

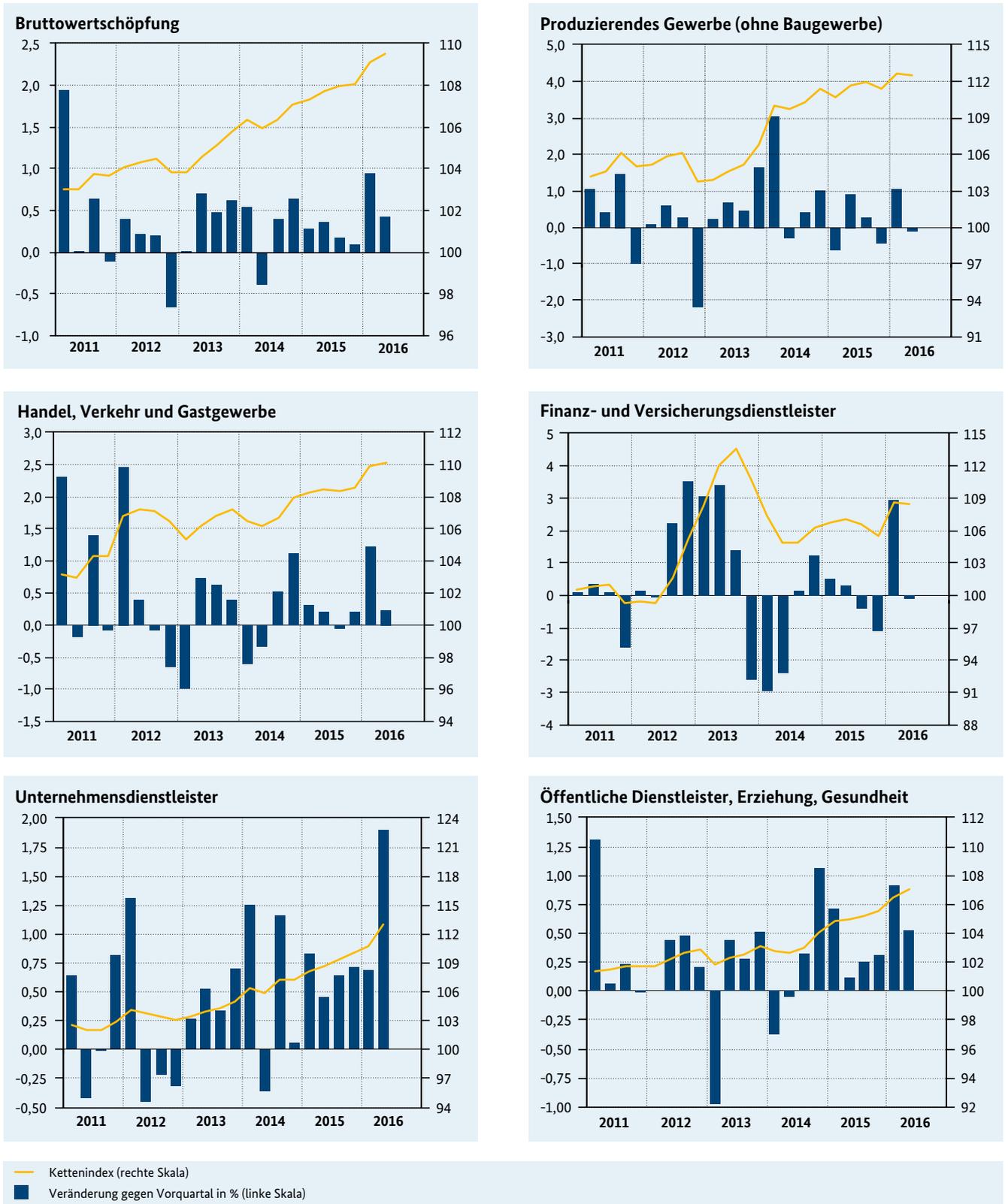
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 3,3
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,9
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,9
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	0,0
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,0
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2016	+ 1,8	+ 1,4
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2016	(+ 1,7) ^a	(+ 1,4) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2016	+ 1,9	+ 1,0
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2016	+ 1,9	+ 1,7
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09/2016	+ 1,9	+ 1,2
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	09/2016	+ 1,8	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,8	+ 1,6
EU	Europäische Kommission	05/2016	+ 1,6	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

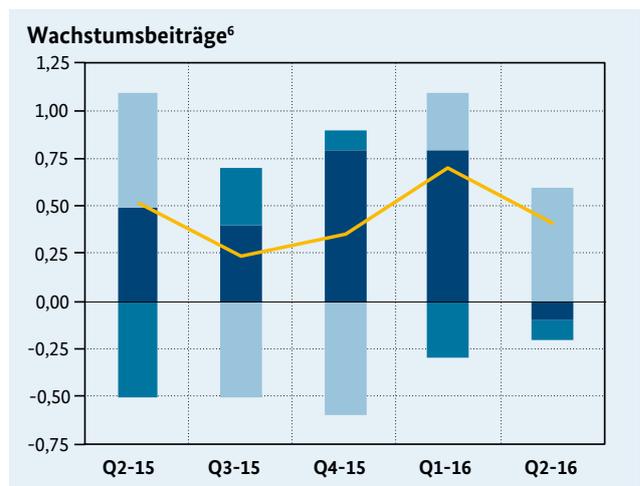
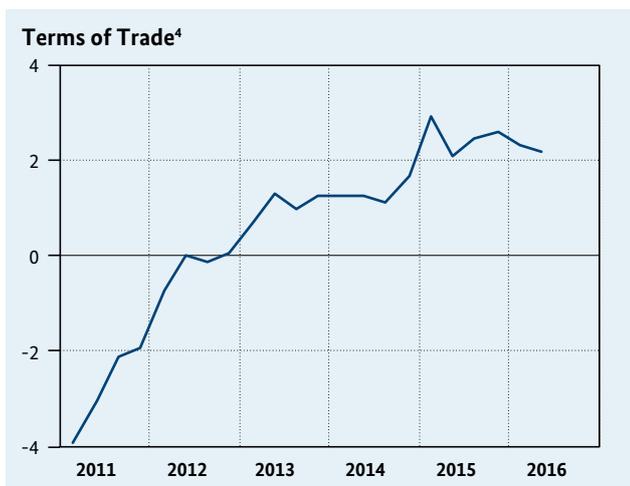
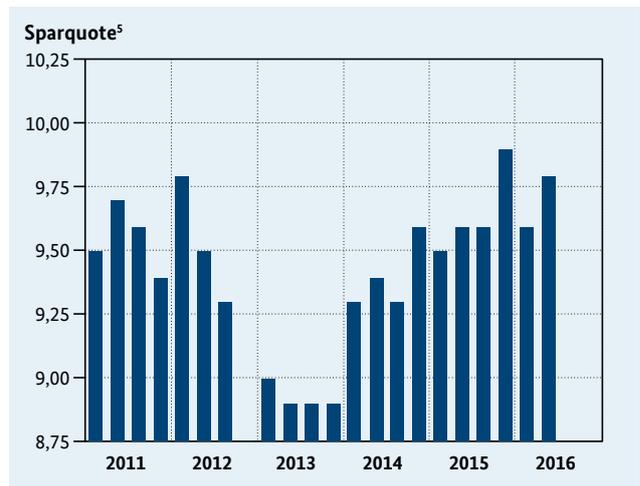
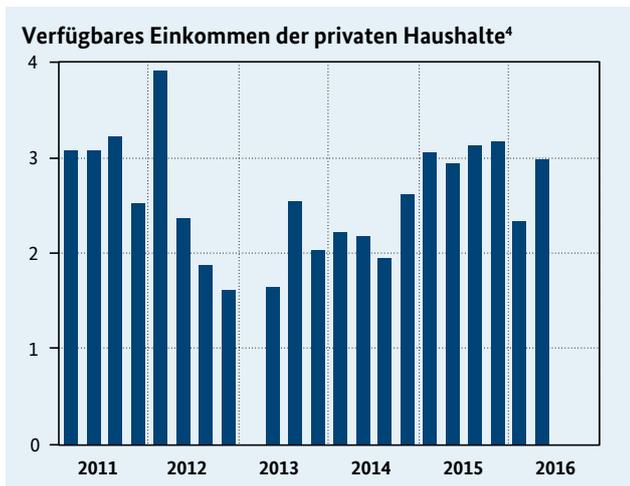
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013		2014			2015				2016		
	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 1,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,5	+ 0,5	0,0	+ 1,3	- 2,1	- 0,6	+ 0,6	+ 1,2	- 0,5	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2
USA	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,0	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
China	+ 8,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2012	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,5	+ 6,4	+ 7,6	+ 7,1	+ 6,7	+ 8,0	+ 7,7	+ 8,3	+ 8,3	+ 9,2	+ 8,3	+ 9,8	+ 9,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,5
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
USA	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 2,2	- 1,9	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,6
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4

				2015				2016								
	2013	2014	2015	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	10,6	10,6	10,5	10,4	10,4	10,3	10,2	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,9	10,2	9,4	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,7	8,7	8,6	8,6	8,6	8,6	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	3,1	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9	5,0
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,6	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	-
Japan	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,8	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	-
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

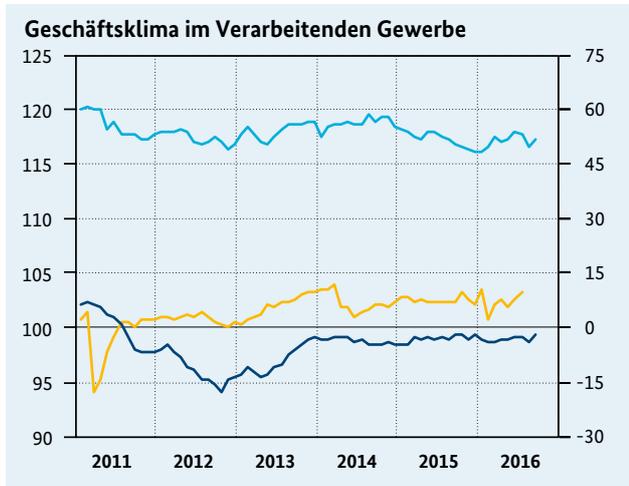
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015	2016			2016					
	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3.Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,2	99,8	99,5	99,4	99,5	-	99,5	99,6	99,7	99,7	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	109,4	112,9	114,8	115,4	115,6	116,2	-	115,8	116,7	116,3	-	-	-
CPB Welthandel ²	109,7	112,8	114,5	115,1	115,0	114,1	-	113,6	114,6	113,4	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	2429	2037	2311	2235	2383	2385	2156	2195	2286	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-9,0	-3,8	-3,1	-2,4	-3,8	-3,4	-2,9	-3,7	-2,8	-2,6	-4,3	-1,7	-
Industrieproduktion ⁴	101,5	103,3	105,0	106,1	107,1	106,8	-	106,0	107,0	106,3	107,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,2	1,0	0,9	0,6	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,8	-10,2	-6,2	-6,4	-8,3	-7,8	-8,2	-7,0	-7,2	-7,9	-8,5	-8,2	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,6	51,3	48,6	49,8	51,8	51,2	51,3	53,2	52,6	49,4	51,5	-
Industrieproduktion ⁷	101,9	104,9	105,2	104,6	104,1	104,0	-	103,7	104,3	104,9	104,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	1,9	1,8	1,6	1,8	1,6	1,5	1,6	1,6	-
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	98,0	96,0	96,0	94,8	100,9	92,4	97,4	96,7	101,8	104,1	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	102,5	102,6	102,0	102,4	-	101,9	102,6	103,3	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	97,9	97,1	96,1	96,2	-	94,6	96,8	96,5	98,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,3	0,0	-0,2	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	41,3	42,2	41,4	41,2	42,1	40,9	41,8	41,3	42,0	43,0	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	49,9	49,7	49,5	50,1	50,2	50,1	50,0	49,9	50,4	50,4	-
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,1	-	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,0	2,8	2,9	2,8	3,0	2,8	-	2,7	2,7	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	105,9	103,9	102,8	101,2	-	99,8	102,9	106,8	105,6	-	-

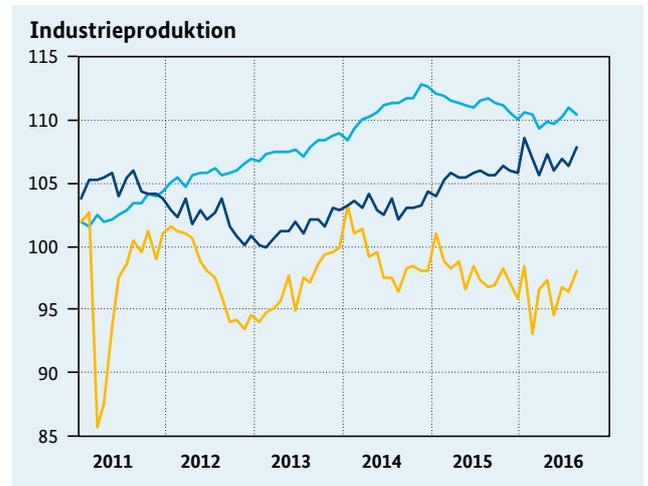
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

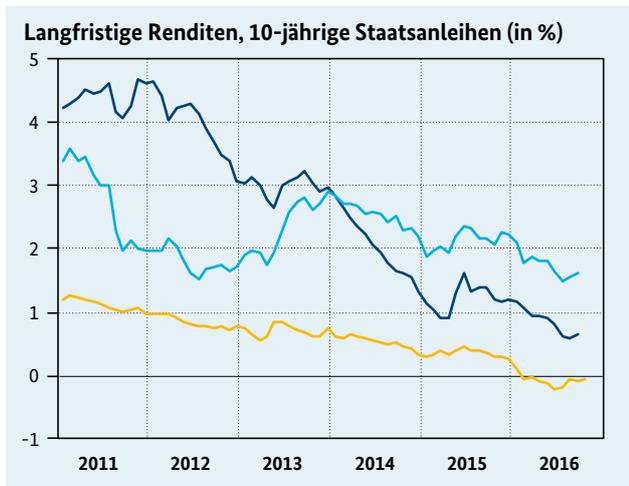
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



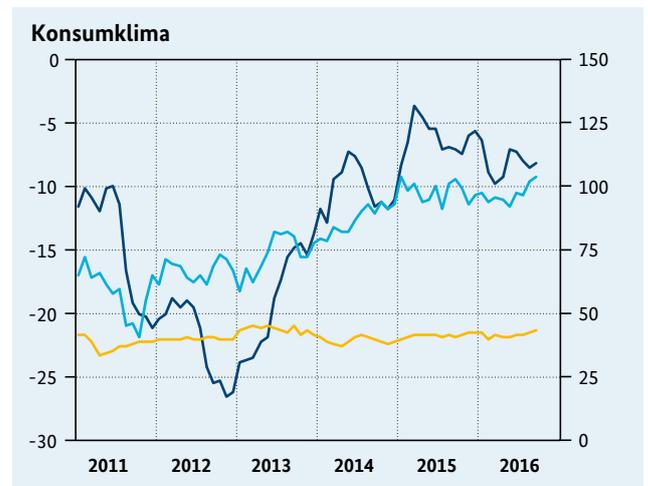
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

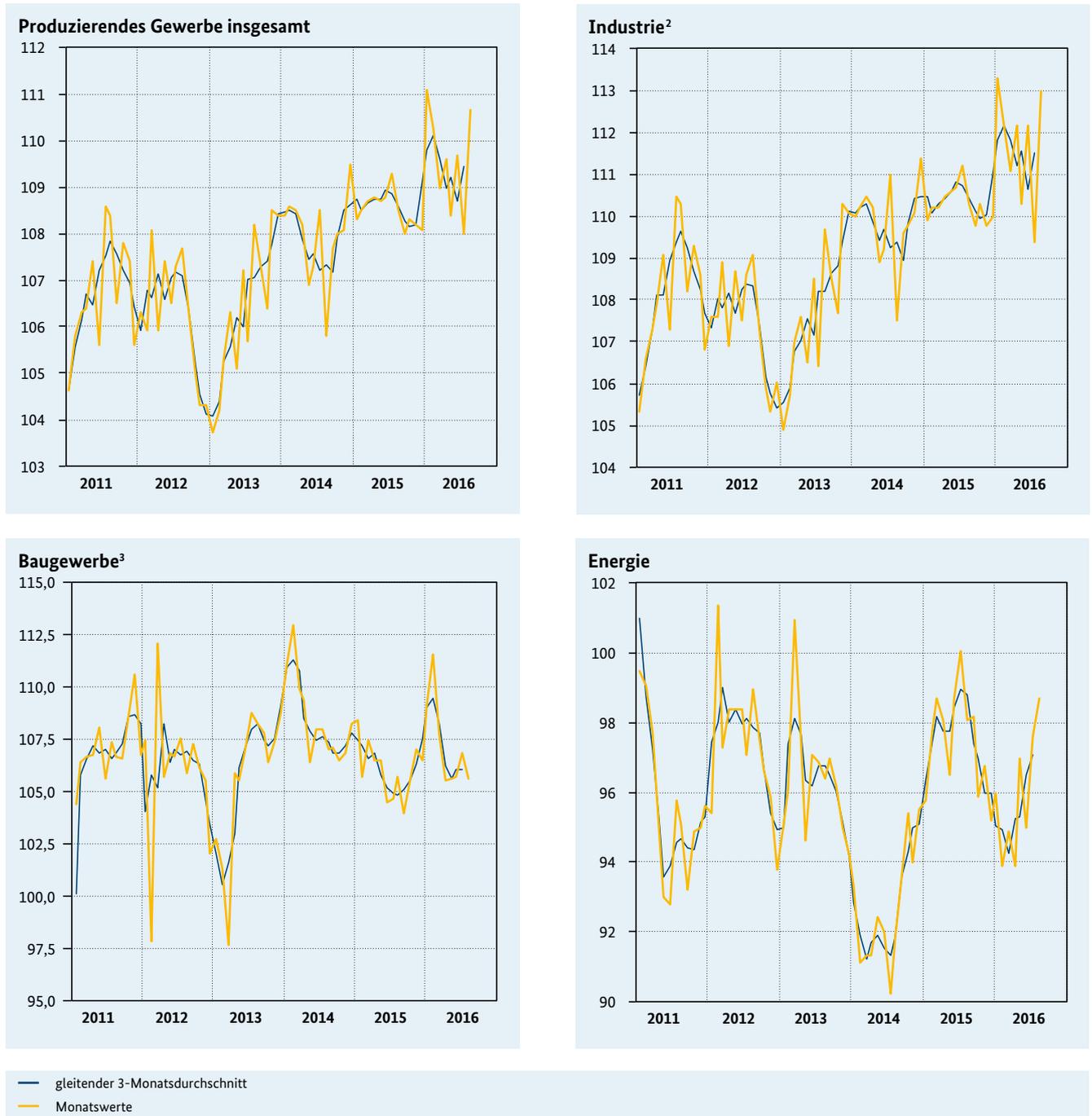
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,4	108,0	108,5	108,6	108,2	110,1	109,2	109,0	109,6	108,4	109,7	108,0	110,7
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	-0,2	-0,4	1,8	-0,8	-1,2	0,6	-1,1	1,2	-1,5	2,5
	gg. Vj. in %	0,1	1,4	0,6	1,0	-0,3	1,5	0,6	0,3	0,8	-0,3	1,1	-1,3	1,9
Industrie²	Index	107,7	109,9	110,3	110,4	110,0	112,2	111,6	111,1	112,2	110,3	112,2	109,4	113,0
	gg. Vp. in %	0,2	2,0	0,4	-0,2	-0,4	2,0	-0,5	-1,0	1,0	-1,7	1,7	-2,5	3,3
	gg. Vj. in %	0,3	1,9	0,5	0,9	-0,4	1,8	0,9	0,8	1,6	-0,3	1,5	-1,6	2,2
Vorleistungsgüter	Index	104,4	106,3	106,2	105,9	106,1	107,6	106,9	106,9	107,5	107,0	106,2	105,4	107,1
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	-0,4	0,2	1,4	-0,7	-1,3	0,6	-0,5	-0,7	-0,8	1,6
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,2	-0,3	1,3	0,6	0,7	1,1	0,8	-0,2	-0,5	1,0
Investitionsgüter	Index	113,9	116,6	117,7	118,1	117,5	120,2	119,2	118,4	120,4	116,3	121,0	116,2	121,7
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	0,1	-0,5	2,3	-0,8	-1,2	1,7	-3,4	4,0	-4,0	4,7
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	1,6	-0,2	2,5	1,3	1,0	2,0	-1,7	3,2	-2,6	3,4
Konsumgüter	Index	100,5	101,9	102,1	102,4	101,2	103,5	103,7	103,2	103,1	103,5	104,6	102,2	105,6
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	-0,5	-1,2	2,3	0,2	0,0	-0,1	0,4	1,1	-2,3	3,3
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	0,9	-1,2	1,6	0,8	0,5	1,4	0,7	0,4	-1,4	2,4
Baugewerbe	Index	105,6	108,5	106,0	104,8	106,3	109,5	105,6	107,7	105,5	105,6	105,7	106,9	105,6
	gg. Vp. in %	-0,3	2,7	-2,3	-0,9	1,4	3,0	-3,6	-3,5	-2,0	0,1	0,1	1,1	-1,2
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-2,2	-0,8	2,7	-0,3	0,1	-0,9	-0,8	1,0	2,1	0,0
Bauhauptgewerbe ³	Index	113,8	119,8	119,0	117,1	121,2	122,9	116,4	120,4	115,9	116,3	117,1	118,4	119,3
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	-0,6	3,5	1,4	-5,3	-5,1	-3,7	0,3	0,7	1,1	0,8
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	-1,3	1,5	3,3	-1,0	0,2	-1,7	-1,6	0,2	1,4	1,8
Ausbaugewerbe	Index	98,2	98,2	94,3	93,6	92,9	97,2	95,8	96,1	96,1	95,8	95,4	96,4	93,2
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-1,5	-0,7	4,6	-1,4	-1,6	0,0	-0,3	-0,4	1,0	-3,3
	gg. Vj. in %	-2,7	0,0	-3,9	-3,5	-2,9	2,1	0,8	0,1	0,2	0,2	1,9	2,8	-2,1
Energie⁴	Index	96,4	92,7	97,5	98,8	96,0	94,9	95,3	94,9	93,9	97,0	95,0	97,6	98,7
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	1,0	-2,8	-1,1	0,4	1,1	-1,1	3,3	-2,1	2,7	1,1
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	7,5	1,1	-2,7	-2,4	-3,9	-4,2	0,4	-3,6	-2,5	0,6
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,8	108,6	110,3	110,2	110,4	111,4	110,8	110,7	111,8	110,7	109,8	108,0	112,5
	gg. Vp. in %	0,0	2,6	1,6	-0,5	0,2	0,9	-0,5	-0,7	1,0	-1,0	-0,8	-1,6	4,2
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,5	1,9	0,8	1,6	0,1	1,0	1,0	-0,3	-0,4	-2,8	2,2
Inland	Index	103,2	104,5	105,0	104,9	105,2	106,5	105,1	105,4	105,7	104,7	104,8	102,3	105,8
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	-0,3	0,3	1,2	-1,3	-1,0	0,3	-0,9	0,1	-2,4	3,4
	gg. Vj. in %	-1,4	1,3	0,5	1,1	0,7	1,5	-0,2	0,1	0,9	-0,6	-0,8	-3,1	1,0
darunter: Investitionsgüter	Index	107,6	111,0	113,7	113,2	114,9	116,5	114,7	114,4	117,0	112,7	114,4	109,2	115,3
	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	-0,4	1,5	1,4	-1,5	-1,5	2,3	-3,7	1,5	-4,5	5,6
	gg. Vj. in %	-1,6	3,1	2,4	2,3	2,1	2,9	0,8	0,7	4,2	-1,2	-0,4	-4,7	2,2
Ausland	Index	108,5	113,0	115,8	115,9	115,9	116,7	116,9	116,4	118,3	117,2	115,1	114,0	119,7
	gg. Vp. in %	1,4	4,1	2,5	-0,6	0,0	0,7	0,2	-0,4	1,6	-0,9	-1,8	-1,0	5,0
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	2,8	0,9	1,7	0,3	1,9	1,2	0,0	-0,1	-2,6	3,3
darunter: Eurozone	Index	97,1	102,0	106,4	107,0	107,8	109,1	109,3	109,2	110,2	109,6	108,2	108,0	112,1
	gg. Vp. in %	-1,8	5,0	4,3	0,6	0,7	1,2	0,2	0,0	0,9	-0,5	-1,3	-0,2	3,8
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	4,6	3,9	4,6	2,9	5,7	4,5	3,2	1,0	-0,2	6,2
		2013		2014		2015				2016				
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	83,0	83,7	83,9	83,9	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,1	84,4	84,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	109,4	110,0	111,0	110,5	112,6	110,5	110,6	110,3	110,6	111,7
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	-2,0	0,5	0,9	-0,5	2,6	-1,9	0,1	-0,3	0,3	1,0
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	-0,3	-0,7	1,2	-1,2	2,4	-0,4	0,0	-3,0	-0,6	2,1
Inland	Index	101,8	103,4	105,3	104,7	105,9	105,0	106,0	105,5	107,2	104,9	105,8	102,4	105,1
	gg. Vp. in %	1,0	1,6	1,8	0,4	1,1	-0,8	1,0	0,3	1,6	-2,1	0,9	-3,2	2,6
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	2,6	2,1	-1,1	1,5	-2,9	1,9	0,6	2,2	-4,4	1,6
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	113,2	113,4	115,8	114,2	118,3	113,2	115,3	114,0	117,2	117,0
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	-3,7	0,2	2,1	-1,4	4,4	-4,3	1,9	-1,1	2,8	-0,2
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-2,5	-2,7	2,9	-3,1	6,7	-2,1	-0,4	-6,4	2,3	2,7
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	109,3	105,6	106,8	109,3	106,9	109,4	113,9	104,5	110,4	114,9
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	2,0	-3,4	1,1	2,3	1,5	2,3	4,1	-8,3	5,6	4,1
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	6,3	-0,1	5,8	1,6	4,8	2,6	8,0	-4,9	1,1	2,2
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	115,9	118,9	122,0	117,5	126,3	115,8	116,2	120,6	121,9	118,5
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	-7,2	2,6	2,6	-3,7	6,2	-8,3	0,3	3,8	1,1	-2,8
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	-7,4	-4,2	1,3	-5,9	8,0	-4,9	-5,2	-7,2	3,2	3,0
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,6	100,3	102,7	100,9	102,4	100,8	105,1	101,4	100,8	101,3	103,0
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,5	-1,0	2,4	-1,8	1,5	-1,1	4,3	-3,5	-0,6	0,5	1,7
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-1,2	0,0	-0,8	1,1	-0,5	4,7	0,0	-1,2	0,7	2,9
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	98,2	100,0	98,0	99,5	98,6	103,7	97,2	97,5	97,9	98,6
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	-0,5	1,8	-2,0	1,5	0,4	5,2	-6,3	0,3	0,4	0,7
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	-0,4	0,9	-1,3	0,7	-1,4	5,4	-2,2	-1,1	0,0	0,3
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	102,7	105,9	104,3	106,0	103,3	106,8	106,4	104,7	105,2	108,1
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	-1,5	3,1	-1,5	1,6	-2,7	3,4	-0,4	-1,6	0,5	2,8
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	-2,1	-1,1	-0,6	1,6	0,4	4,0	2,4	-1,3	1,4	6,1
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	116,1	115,0	117,7	116,1	121,0	114,2	117,0	117,0	117,7	118,1
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	-2,5	-0,9	2,3	-1,4	5,2	-5,6	2,5	0,0	0,6	0,3
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	0,1	-1,7	2,2	-2,7	4,1	-3,6	-0,1	-4,2	-1,3	1,7
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	111,8	112,6	112,6	112,9	113,0	111,5	112,3	115,0	108,1	112,7
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	1,3	0,7	0,0	0,3	0,0	-1,3	0,7	2,4	-6,0	4,3
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	5,4	2,9	-0,9	2,4	-4,6	-1,2	2,4	5,9	-7,7	3,5
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	118,7	116,5	120,8	118,0	125,9	115,9	119,9	118,2	123,6	121,5
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	-4,7	-1,9	3,7	-2,3	8,3	-7,9	3,5	-1,4	4,6	-1,7
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-2,9	-4,2	4,2	-5,5	9,9	-5,0	-1,5	-9,1	2,8	0,7
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	107,5	111,8	113,7	111,1	112,6	111,3	111,3	110,7	106,1	109,2
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	-3,1	4,0	1,7	-2,3	2,2	-1,2	0,0	-0,5	-4,2	2,9
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,2	0,5	4,1	4,5	0,3	4,3	0,8	0,8	-0,6	-1,5	2,2
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,0	101,6	101,6	103,3	102,6	102,9	106,9	100,1	94,9	97,9
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	-0,7	0,6	0,0	1,7	2,5	0,3	3,9	-6,4	-5,2	3,2
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,0	2,2	0,2	1,6	1,4	2,2	4,6	-1,9	-6,2	-3,6
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	113,1	120,5	124,0	117,7	121,1	118,4	115,0	119,8	115,7	118,8
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	-4,7	6,5	2,9	-5,1	1,9	-2,2	-2,9	4,2	-3,4	2,7
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	-0,6	5,4	7,9	-0,6	6,7	-0,3	-2,0	0,4	2,0	6,9
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,4	109,9	108,6	110,2	110,8	109,7	110,7	109,1	109,5	110,6	109,2	110,9
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,4	-2,3	1,5	0,5	-1,0	-0,4	-1,4	0,4	1,0	-1,3	1,6
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	0,4	-0,3	1,1	-1,2	2,1	-1,6	-1,1	-1,0	-0,6	2,6

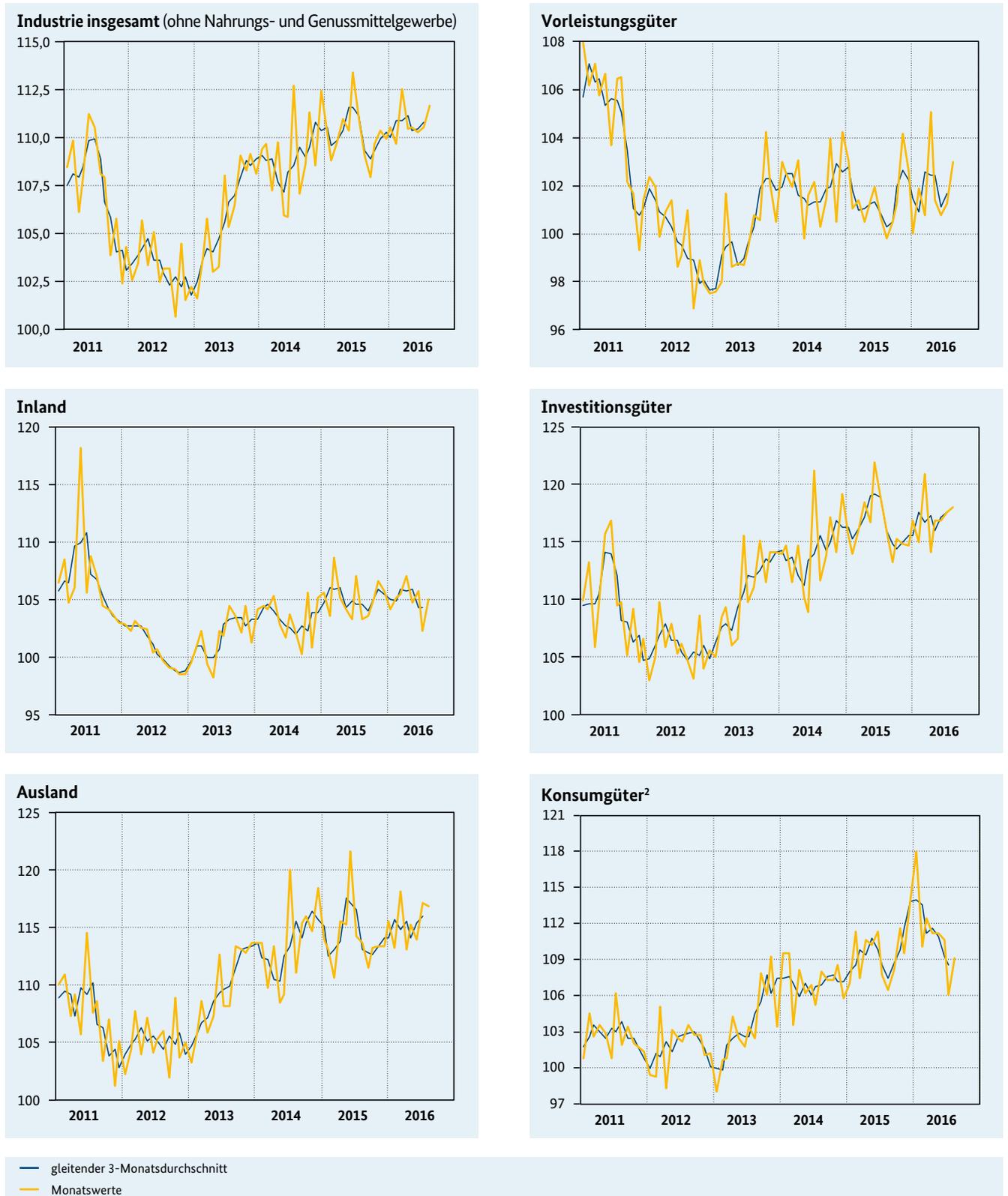
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

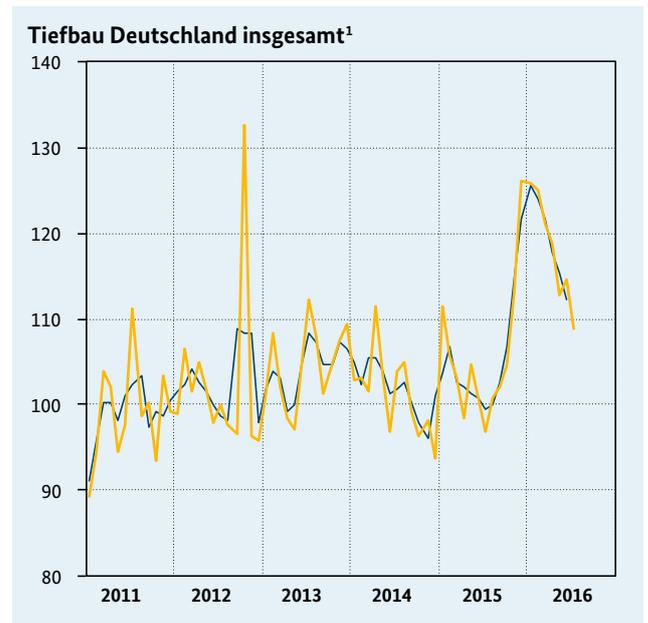
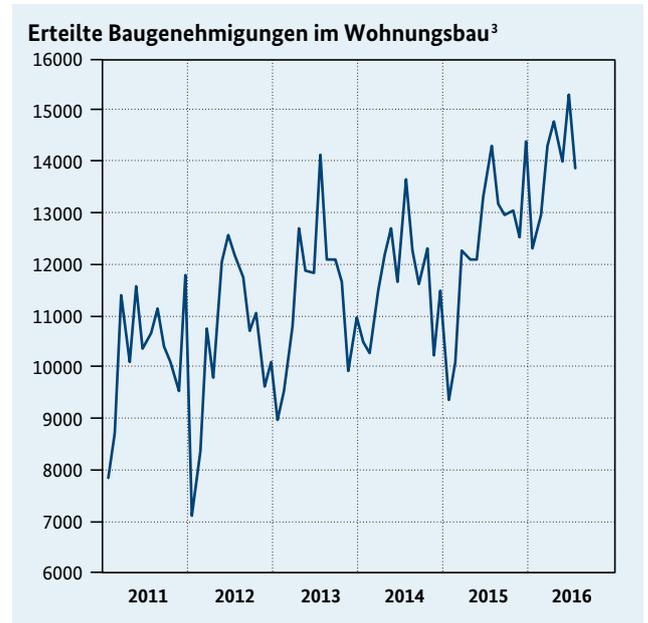
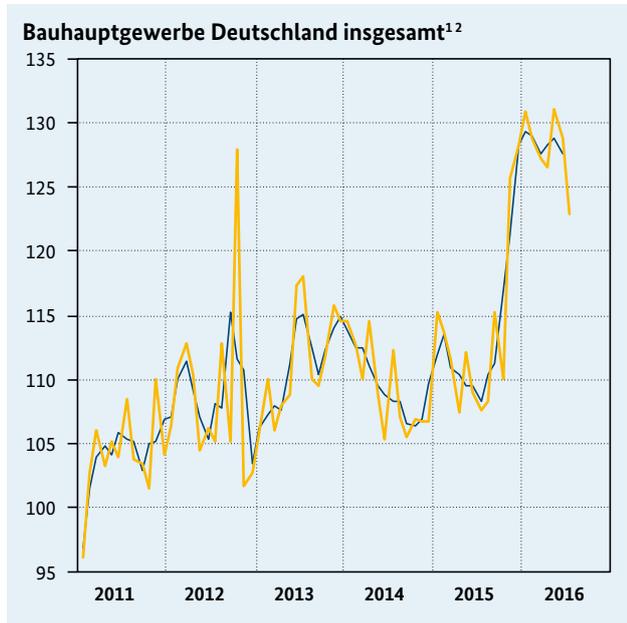
					2015		2016		2016						
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	111,3	109,3	113,7	110,4	121,5	129,1	129,0	129,0	127,4	126,7	131,3	129,0	123,1
		gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	0,8	10,1	6,3	-0,1	-1,5	-1,2	-0,5	3,6	-1,8	-4,6
		gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	1,7	13,2	14,0	17,7	14,2	14,7	17,9	16,9	18,3	14,1
Hochbau		Index	118,0	117,4	121,8	120,9	128,2	134,2	142,4	133,0	133,6	134,4	149,7	143,2	137,3
		gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	2,8	6,0	4,7	6,1	-2,2	0,5	0,6	11,4	-4,3	-4,1
		gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	5,9	8,6	11,6	21,1	9,7	11,0	15,4	25,3	22,3	15,5
Wohnungsbau		Index	131,0	134,9	149,9	156,1	152,6	172,8	171,8	166,6	177,7	159,6	176,8	179,0	159,8
		gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	9,2	-2,2	13,2	-0,6	-4,3	6,7	-10,2	10,8	1,2	-10,7
		gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	27,8	7,9	17,1	20,2	13,8	18,3	12,7	22,6	25,4	3,7
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	111,6	108,7	107,8	103,5	116,2	115,1	127,9	116,3	111,8	121,9	136,3	125,4	126,1
		gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	-1,5	12,3	-0,9	11,1	-0,7	-3,9	9,0	11,8	-8,0	0,6
		gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	-6,0	9,0	7,8	21,7	7,1	6,0	17,3	27,2	20,4	24,7
Tiefbau		Index	104,7	101,3	105,7	99,9	114,7	124,1	115,6	125,1	121,2	119,0	112,9	114,8	108,9
		gg. Vp. in %	2,1	-3,2	4,3	-1,5	14,8	8,2	-6,8	-0,7	-3,1	-1,8	-5,1	1,7	-5,1
		gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	-2,9	19,6	16,6	14,1	19,3	18,5	20,8	7,9	13,7	12,8
Straßenbau		Index	103,6	99,2	101,2	100,8	102,8	128,7	113,1	136,0	111,8	116,3	108,4	114,6	114,6
		gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	2,3	2,0	25,2	-12,1	-1,6	-17,8	4,0	-6,8	5,7	0,0
		gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	2,4	7,0	22,6	14,7	17,9	13,2	20,9	7,4	15,9	20,9
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	105,3	102,5	108,4	99,4	122,0	121,3	117,1	118,5	126,9	120,7	115,7	114,9	105,5
		gg. Vp. in %	0,4	-2,7	5,8	-3,6	22,7	-0,6	-3,5	-0,1	7,1	-4,9	-4,1	-0,7	-8,2
		gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	-6,4	25,6	13,6	13,7	20,2	21,5	20,7	8,2	12,3	7,2
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	114,2	112,9	112,7	107,4	120,9	119,3	130,2	115,6	120,9	126,9	135,8	127,9	124,4
		gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	-2,6	12,6	-1,3	9,1	-4,8	4,6	5,0	7,0	-5,8	-2,7
		gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	-6,0	10,2	6,8	18,2	4,9	9,0	18,0	17,9	18,6	17,9
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,5	95,4	100,3	95,2	109,6	121,7	110,6	127,7	113,9	113,3	108,5	109,9	107,0
		gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	0,0	15,1	11,0	-9,1	3,4	-10,8	-0,5	-4,2	1,3	-2,6
		gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	-2,3	21,2	20,4	15,9	24,8	18,6	20,9	13,0	13,9	17,0
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	76490	78378	83649	22345	22875	22101	25466	7532	8232	8515	8073	8878	7976
		gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	6,4	18,3	23,2	24,3	32,1	15,0	27,7	23,7	21,7	5,4
Wohngebäude		Mio. €	43680	46466	51214	13829	14001	13636	15393	4486	4966	5076	4894	5423	4996
		gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	10,6	22,4	27,4	21,4	30,1	20,7	24,2	19,6	20,4	3,8
Nichtwohngebäude		Mio. €	32809	31913	32435	8516	8874	8465	10073	3046	3267	3438	3179	3456	2980
		gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,6	0,2	12,5	17,0	29,0	35,1	7,4	33,1	30,5	23,8	8,2
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23624	24145	24360	6505	6717	6321	7558	2376	2384	2582	2436	2541	2086
		gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	-0,3	14,5	24,2	24,9	64,2	6,3	28,3	26,1	20,6	-3,7
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	9185	7768	8074	2011	2157	2144	2515	670	882	857	743	915	894
		gg. Vj. in %	20,9	-15,4	3,9	1,8	6,9	-0,1	42,9	-16,9	10,2	50,2	47,0	33,6	51,6
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	137	141	150	40,6	40,1	39,7	44,3	13,0	14,4	14,8	14,0	15,4	13,9
		gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	7,8	17,6	24,6	17,6	28,1	16,5	22,2	15,6	15,2	-2,9
		gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	4,4	7,7	8,5	-6,0	-3,1	-2,8	-0,8	-6,0	4,9	-9,6
ifo Konjunkturtest⁴															
			2013	2014	2015	2015	2016	2016							
						4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,8	73,8	73,3	78,0	64,7	76,1	80,9	72,5	76,8	79,0	80,6	81,2	80,8
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	28,4	8,6	13,8	3,3	35,0	14,0	5,0	23,0	10,0	9,0	7,0	5,0	3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	10,2	6,6	8,5	9,1	8,6	10,4	9,6	5,7	11,9	-
Geschäftslage	Salden	9,3	13,5	15,5	15,2	15,4	16,9	17,0	17,2	18,0	18,2	14,6	18,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,2	3,2	5,3	-1,7	0,4	1,5	0,3	3,0	1,3	-2,8	5,9	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	11,4	6,2	8,5	9,8	8,0	10,8	9,7	6,4	13,3	-
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	17,1	16,5	17,7	18,2	17,6	18,3	19,3	16,3	18,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	5,9	-3,6	-0,4	1,8	-1,3	3,5	0,6	-3,0	7,8	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	10,7	6,6	8,3	11,5	6,6	12,2	12,6	8,0	14,0	-
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	17,0	16,6	18,3	17,9	16,9	21,5	20,3	14,0	19,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	4,7	-2,9	-1,2	5,4	-3,2	3,3	5,2	2,2	8,9	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	11,4	4,3	8,6	7,0	10,4	8,7	5,3	4,3	11,4	-
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	15,6	15,2	18,7	17,3	21,2	17,3	18,5	16,1	17,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	3,0	7,3	-5,9	-0,9	-2,8	0,3	0,5	-7,1	-6,8	5,6	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	11,2	8,5	7,4	9,4	6,4	9,6	7,8	6,1	14,3	-
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	18,9	18,1	16,4	16,8	16,4	16,0	14,8	15,7	19,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	3,7	-0,7	-1,3	2,3	-3,2	3,4	1,0	-3,1	9,0	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,1	-2,9	1,0	-0,1	3,0	6,7	3,6	4,8	5,4	5,6	9,1	-
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-0,9	3,4	8,3	11,4	8,7	11,2	10,1	9,8	14,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,9	-1,3	2,8	-3,5	-2,1	2,1	-1,3	-1,4	0,9	1,4	4,0	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,8	22,6	28,6	34,3	27,5	27,2	29,8	25,2	27,7	27,5	29,8	32,2	-
Geschäftslage	Salden	23,0	32,5	38,9	44,1	39,3	40,7	37,9	37,9	41,8	36,1	37,8	39,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	10,7	13,2	18,7	24,8	16,4	14,5	22,0	13,3	14,4	19,2	22,0	24,7	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	54,9	54,2	51,8	54,2	53,1	54,5	49,8	57,6	55,1	59,5
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	9,5	5,2	12,3	-1,9	6,4	19,2	-6,8	0,5	0,5	6,2

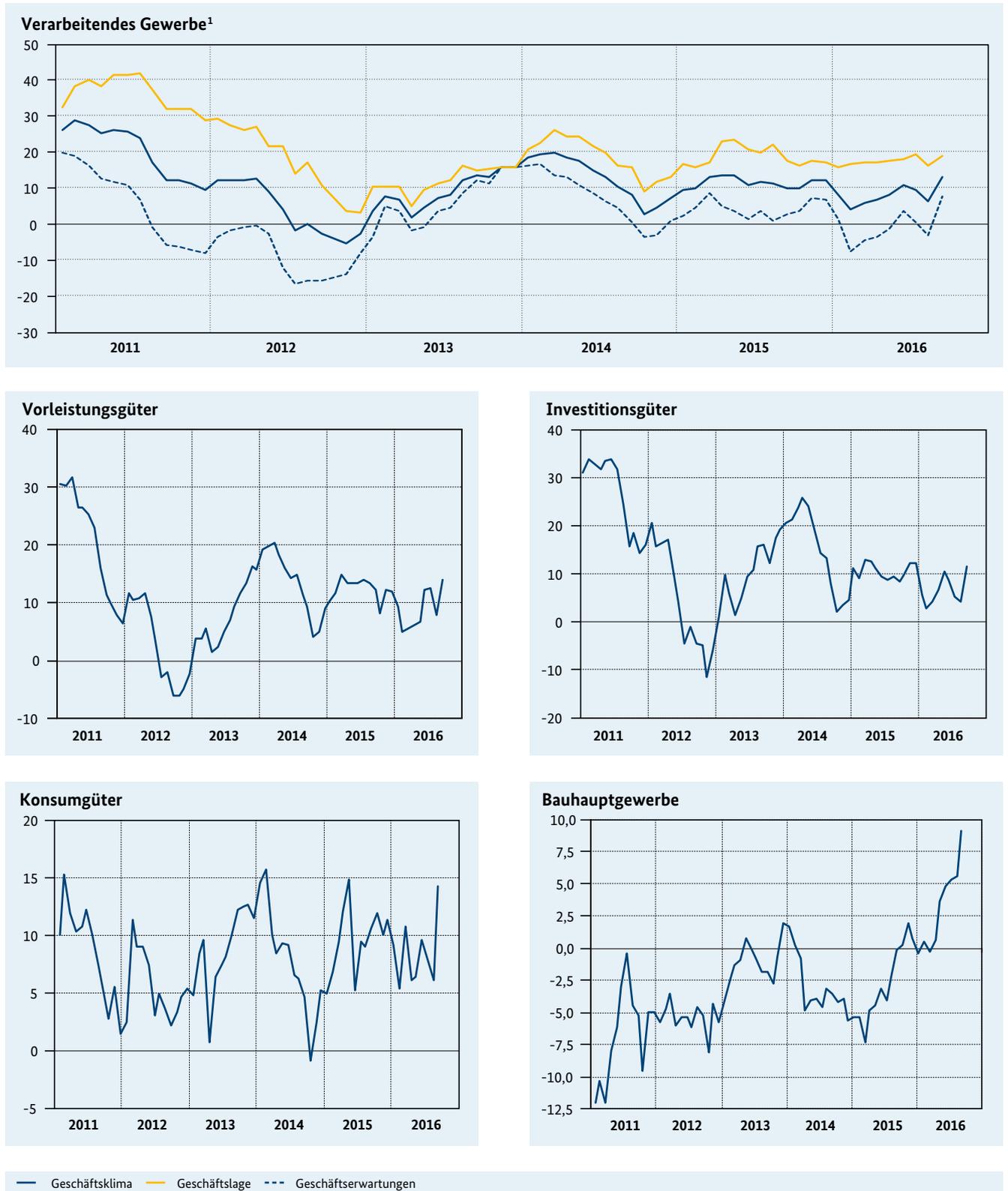
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

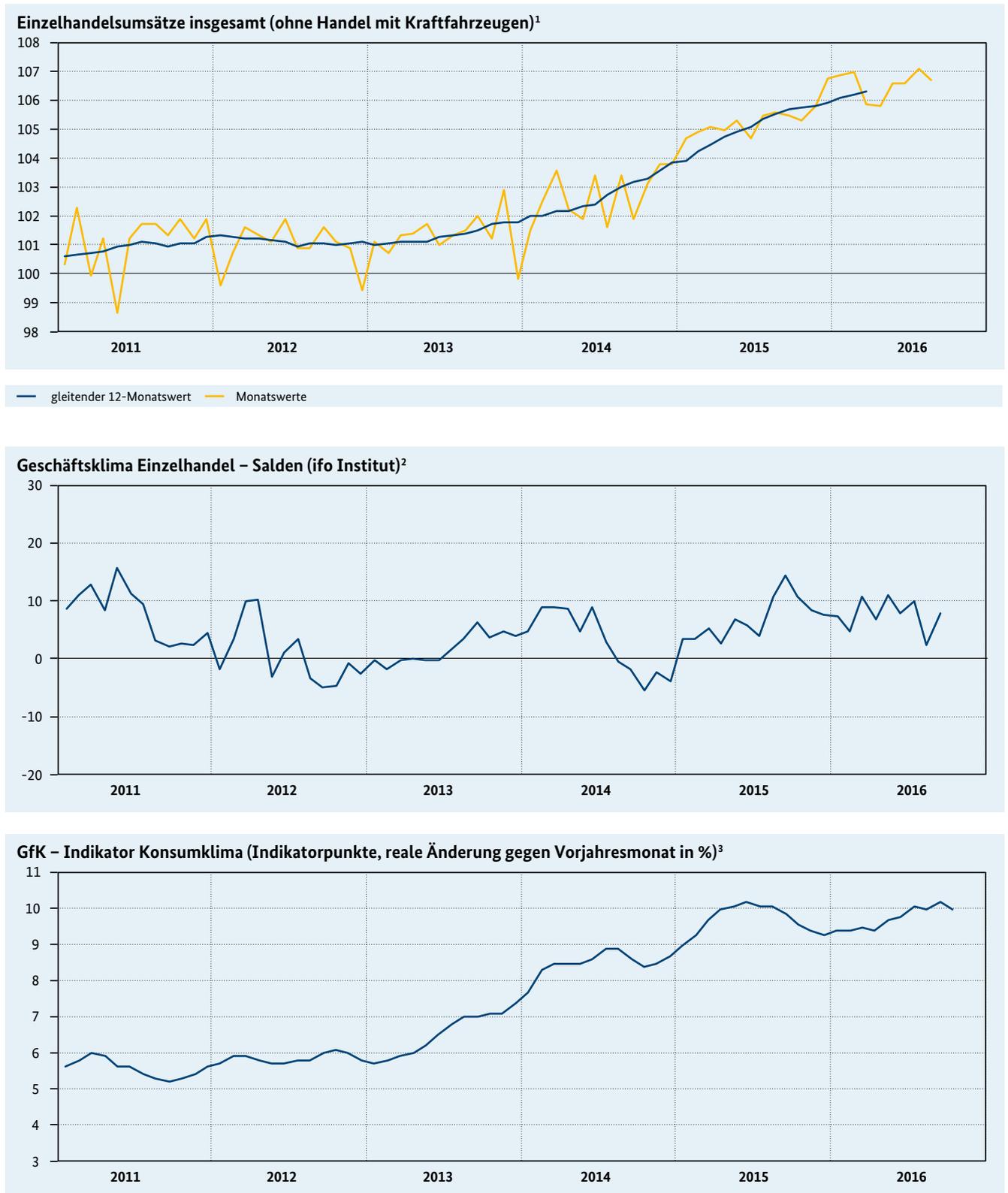
					2014				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,5	104,4	106,5	104,0	104,2	104,6	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	107,6	107,8
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,9	2,0	0,3	0,2	0,4	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,3	0,2
	gg. Vj. in %	0,7	0,9	2,0	0,8	0,7	0,6	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	1,7	2,4
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1763	424	426	429	433	435	440	443	446	446	449
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,5	2,3	3,1	0,9	0,3	0,7	1,1	0,4	1,0	0,6	0,8	-0,1	0,7
	gg. Vj. in %	1,5	2,3	3,1	2,2	2,2	2,0	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,3	3,0
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2015			2016			2016			
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,3	106,0	106,6	106,4	-	106,6	106,6	107,1	106,8	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,5	0,5	0,6	-0,2	-	0,7	0,0	0,5	-0,3	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	2,5	2,3	1,7	1,2	-	1,4	1,7	1,5	1,0	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,6	104,9	105,3	105,7	105,6	-	106,5	105,8	107,7	107,1	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,2	-0,7	0,4	-0,1	-	1,9	-0,7	1,8	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,2	1,9	2,1	0,9	-	0,9	1,8	2,5	-0,2	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	99,3	98,1	97,5	100,7	-	100,8	99,8	101,2	100,5	-	-
	gg. Vp. In %	-0,4	1,0	-0,5	-1,0	-0,6	3,3	-	-0,8	-1,0	1,4	-0,7	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,2	0,5	-2,0	0,4	-	-0,4	-1,5	0,1	3,4	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	126,8	127,0	126,4	126,1	-	123,8	129,5	126,9	124,0	-	-
	gg. Vp. In %	1,6	3,6	4,2	-0,5	-0,5	-0,2	-	-1,0	4,6	-2,0	-2,3	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,0	1,1	-0,7	0,4	-	-2,0	3,8	-0,9	-2,2	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	98,9	100,8	102,2	101,5	101,1	-	101,3	100,9	103,5	100,7	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	1,9	2,1	-0,7	-0,4	-	0,3	-0,4	2,6	-2,7	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	1,9	2,6	1,1	0,6	-	0,1	0,2	2,4	1,6	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	102,1	104,6	111,8	113,6	117,1	116,4	-	115,7	116,7	115,2	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	6,9	1,4	3,1	-0,6	-	-0,9	0,9	-1,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	7,1	6,8	6,7	4,2	-	3,3	4,4	2,1	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	100,8	101,7	102,6	103,0	103,0	103,3	-	101,8	103,3	102,1	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	0,9	0,9	-0,4	0,0	0,3	-	-2,8	1,5	-1,2	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	1,0	0,6	2,4	0,7	-	-0,9	-1,5	-1,1	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	798	791	942	822	287	340	279	245	298	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	5,7	4,5	9,4	4,2	11,9	8,3	-3,9	8,3	9,4	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	266	259	344	295	107	126	99	93	103	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	4,4	1,4	10,4	11,0	12,9	12,4	-3,5	18,7	21,6	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,6	107,1	107,6	107,2	107,3	107,6	107,6	107,7	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,3	0,3	0,1	0,5	0,1	0,3	0,4	0,4	0,7	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	1,8	1,0	0,2	0,8	0,0	0,1	1,1	0,9	0,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-6,2	-6,5	-5,6	-4,2	-5,7	-4,9	-4,7	-4,2	-3,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-2,5	-2,3	-2,8	-1,6	-3,1	-2,1	-2,7	-1,9	-0,1	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	7,0	9,0	7,7	8,7	6,9	11,1	8,1	10,2	2,5	7,9	-
Geschäftslage	Salden	6,0	8,9	15,7	17,8	16,4	17,3	17,7	21,3	15,5	21,9	12,5	18,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-2,9	-1,3	0,6	-0,7	0,4	-3,4	1,4	1,0	-0,9	-7,0	-2,2	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	9,4	9,4	9,6	10,1	9,7	9,8	10,1	10,0	10,2	10,0
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	48,7	50,1	53,1	55,6	53,0	54,2	55,3	56,0	55,6	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	216	258	70	64	76	72	25,8	25,4	23,9	23,0	22,0	24,3
	gg. Vp. in %	-1,7	12,4	19,8	10,8	-8,5	18,9	-4,7	-11,9	-1,7	-6,0	-3,8	-4,1	10,5
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	261	66	65	68	72	24,9	24,9	24,0	23,1	21,6	24,8
	gg. Vp. in %	6,0	6,8	14,5	-2,2	-2,7	4,4	6,6	9,9	0,2	-3,8	-3,5	-6,6	15,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1084	1118	1177	297	292	294	298	99,6	99,5	98,4	99,6	96,3	102,2
	gg. Vp. in %	0,9	3,1	5,3	-0,3	-1,5	0,6	1,1	0,9	0,0	-1,1	1,2	-3,3	6,1
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	230	228	227	226	74,7	74,6	74,5	76,5	74,7	77,4
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	0,3	-1,1	-0,5	-0,5	-1,8	-0,1	-0,2	2,7	-2,3	3,5
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-31	-8	-10	-7	-6	-2,4	-2,4	-1,8	-2,3	-2,1	-1,8
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-11,8	12,2	27,3	-29,5	-7,4	78,1	0,0	-26,2	25,0	-8,9	-14,6
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	60	61	61	20,2	20,1	20,7	20,5	20,3	20,9
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	0,7	-0,6	2,8	0,0	-6,5	-0,4	2,9	-1,0	-0,7	2,9
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	269	68	70	68	68	22,6	22,5	22,5	22,7	22,4	22,7
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,4	1,9	2,6	-1,8	-0,7	-1,4	-0,4	-0,3	1,1	-1,5	1,3
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	18	17	18	16	5,9	5,5	5,1	5,2	5,8	5,6
	gg. Vp. in %	-2,8	-1,5	5,2	21,0	-1,8	4,8	-12,6	-10,4	-6,1	-8,2	2,0	12,4	-3,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-43	-40	-38	-7	-8	-3	-9	-2,5	-2,6	-3,4	-3,1	-3,3	-4,3
	gg. Vp. in %	6,2	-6,5	-5,2	-47,9	25,9	-65,6	220,1	-266,0	5,2	29,0	-8,6	7,8	30,0

Außenhandel nach Ländern²

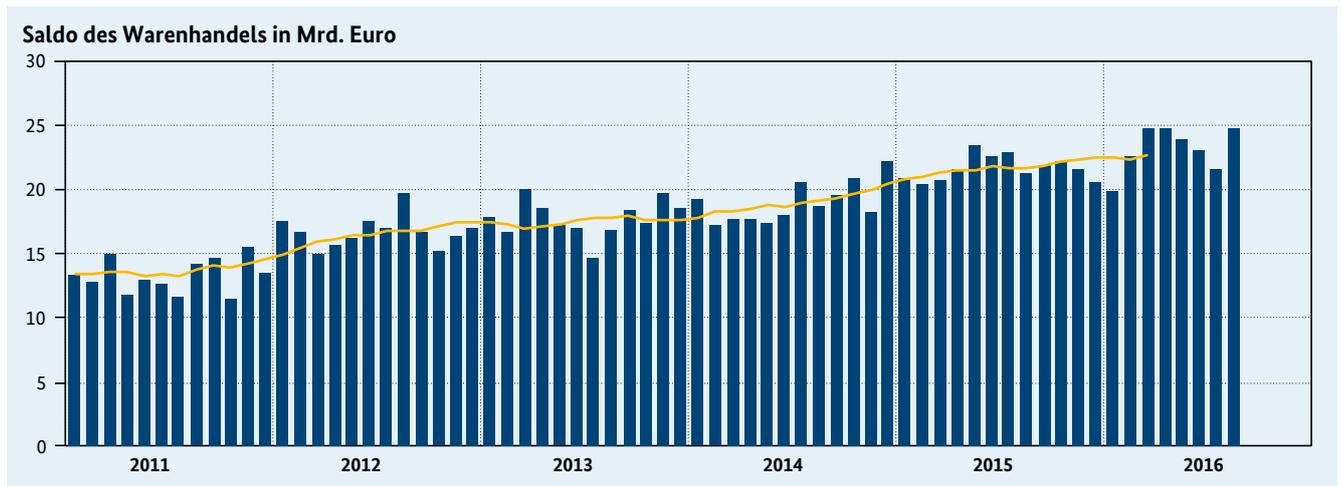
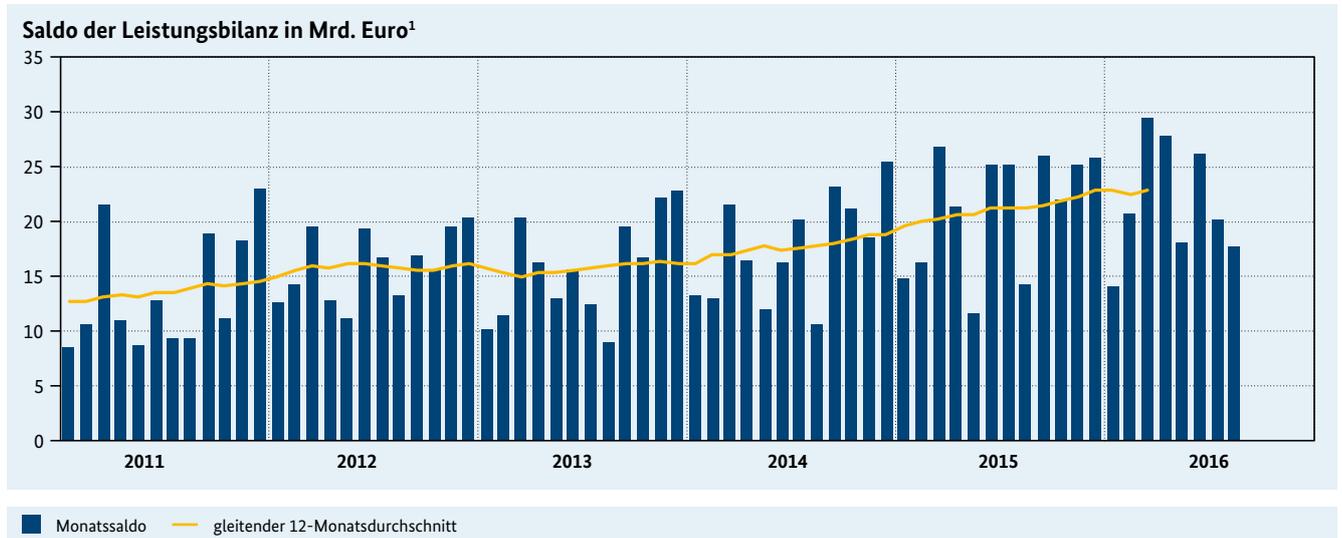
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	301	301	295	308	106,8	104,2	97,1	106,7	96,4	96,5
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,5	5,7	4,9	0,6	2,1	-0,6	3,7	1,5	1,1	-10,0	9,8
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	172	175	177	181	62,7	61,3	57,6	62,6	56,2	54,3
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	6,9	6,4	2,7	3,8	1,8	7,4	2,1	2,1	-7,1	10,0
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	435	106	109	110	113	38,9	38,4	36,0	38,8	35,5	32,6
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,8	6,1	6,5	1,5	2,4	1,0	5,9	1,6	0,0	-6,0	8,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	66	66	67	68	23,8	22,9	21,5	23,7	20,7	21,7
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	9,0	8,2	6,2	4,7	6,2	3,0	10,0	2,9	5,8	-8,8	11,8
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	129	126	118	127	44,2	42,8	39,5	44,1	40,2	42,2
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,7	4,1	3,0	-2,4	-0,3	-3,8	-1,0	0,7	-0,4	-13,7	9,6
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	238	239	236	237	80,9	78,7	76,2	82,0	76,9	76,5
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	5,2	4,2	0,4	0,1	-4,2	0,1	0,0	0,3	-6,5	5,3
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	155	158	156	159	53,8	53,0	51,1	55,2	51,3	48,5
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	6,5	4,8	2,2	1,9	-2,2	2,0	0,2	3,4	-4,5	5,2
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	106	107	106	109	36,7	35,7	34,8	38,1	35,4	32,5
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,7	5,8	4,1	1,1	0,7	-2,9	-0,6	-0,8	3,3	-4,4	4,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	196	49	50	50	51	17,1	17,3	16,3	17,2	15,9	16,0
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,2	7,9	6,5	4,6	4,6	-0,6	7,9	2,4	3,5	-4,8	7,5
Drittländer	in Mrd. €	315	315	327	83	81	80	78	27,1	25,7	25,2	26,8	25,6	28,0
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,7	2,8	3,0	-2,9	-3,3	-8,0	-3,7	-0,5	-5,4	-10,1	5,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

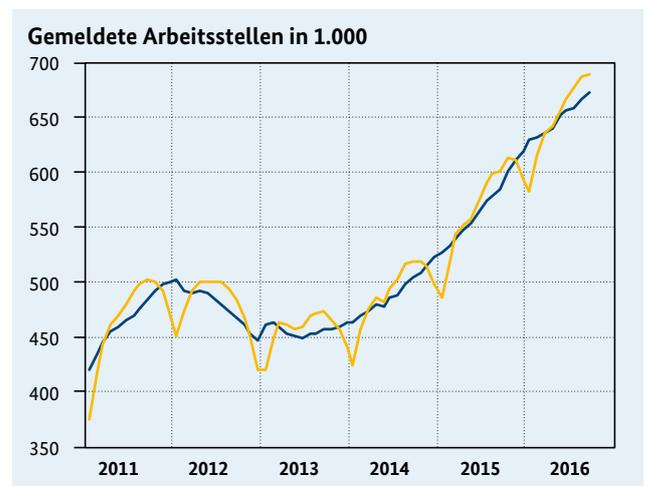
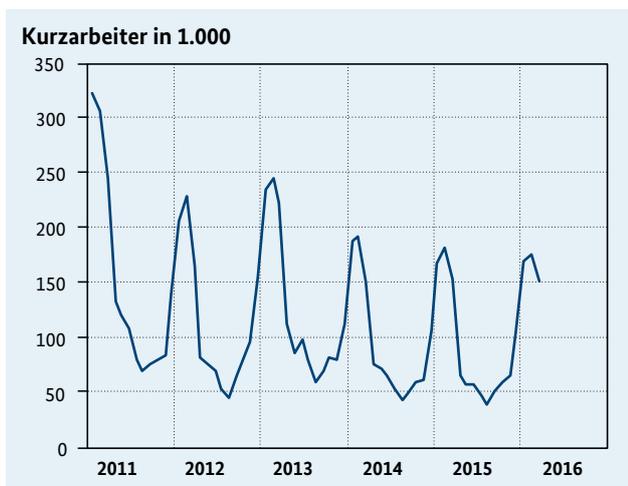
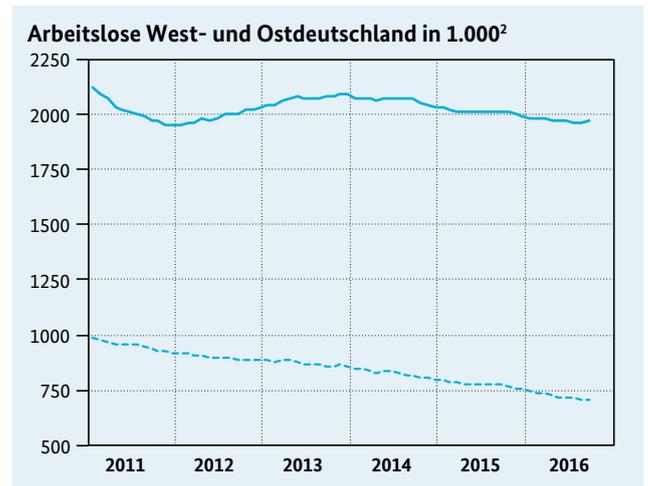
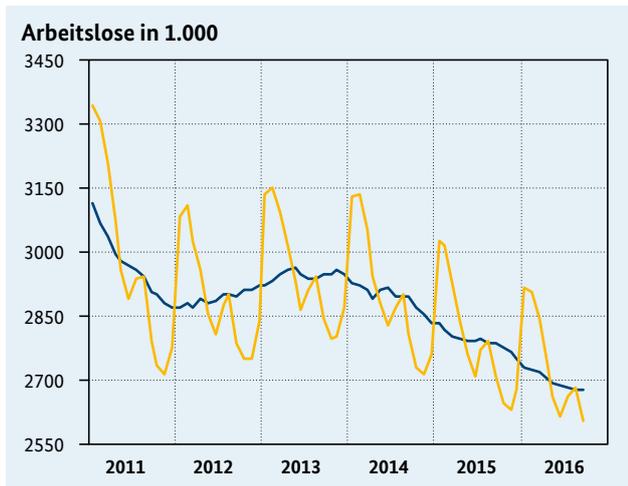
		2013	2014	2015	2015	2016				2016				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42327	42662	43057	43457	43053	43514	-	43344	43530	43667	43712	43738	-
	gg. Vj. in Tsd.	+266	+335	+395	+499	+541	+528	-	+524	+528	+533	+535	+506	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	30853	31298	31072	31361	-	31314	31407	31363	31240	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+635	+728	+690	+650	-	+669	+688	+592	+496	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	1898	1915	1776	-	1776	1770	1782	1841	1797	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-114	-186	-177	-	-257	-122	-152	-73	-21	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,5	4,5	4,2	-	4,2	4,2	4,2	4,3	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2655	2892	2674	2651	2744	2664	2614	2661	2684	2608
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-83	-101	-98	-108	-99	-98	-97	-112	-111	-100
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1879	1960	1892	1843	1927	1890	1860	1856	1854	1820
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-13	-23	-58	-89	-48	-56	-68	-87	-91	-89
SGB III	in Tsd.	970	933	859	775	932	782	808	817	774	754	805	830	787
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-70	-78	-40	-19	-51	-42	-29	-25	-21	-11
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	1929	2095	1962	1970	2004	1955	1928	1971	1998	1942
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-41	-42	-40	-43	-40	-40	-41	-48	-44	-37
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	725	797	712	681	740	709	686	690	687	666
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-42	-59	-58	-65	-59	-57	-56	-64	-67	-64
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,0	6,6	6,1	6,0	6,3	6,0	5,9	6,0	6,1	5,9
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,5	5,9	5,5	5,5	5,7	5,5	5,4	5,5	5,6	5,4
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	8,6	9,5	8,5	8,1	8,8	8,4	8,2	8,2	8,2	7,9
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	600	681	589	653	600	578	589	658	653	648
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	609	627	666	655	701	657	639	611	630	725
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	77	49	44	46	50	46	-	55	44	40	31	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	0	-1	-1	-	+1	0	-5	-4	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3485	3687	3555	3552	3594	3551	3522	3562	3570	3523
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-163	-167	-75	-4	-109	-77	-38	-21	-7	+15
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	604	610	653	682	640	655	665	674	685	687
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+95	+94	+93	+87	+89	+98	+93	+85	+89	+87
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+266	+334	+394	+140	+147	+119	-	+27	+39	+46	+38	+15	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+367	+490	+634	+182	+161	+111	-	+35	+48	-11	-18	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-42	-87	-149	-31	-38	-20	-	-6	+1	+2	-1	-3	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,5	4,3	4,3	-	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-26	-40	-29	-16	-16	-10	-5	-6	-6	+1
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	-11	-27	-28	-25	-15	-10	-9	-11	-7	0
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-16	-13	-1	+8	-1	+1	+3	+4	+2	+1
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-10	-18	-12	-4	-6	-7	-1	-3	0	+5
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-16	-23	-16	-13	-9	-3	-3	-4	-7	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,2	6,1	6,1	6,2	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,6	5,5	5,5	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,0	8,7	8,5	8,4	8,6	8,5	8,5	8,4	8,4	8,3
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-100	-171	-28	-36	+26	+31	+7	+15	+16	+10	+3	+10
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+30	+21	+17	+17	+4	+13	+4	+3	+7	+6
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	109,7	108,4	108,2	108,9	108,3	108,3	108,0	108,1	108,6	110,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,6	102,7	103,1	103,5	103,0	102,6	103,4	102,5	102,4	102,8	103,1	103,6	103,5
BA-X Stellenindex	Index	159,1	169,0	192,5	204,3	209,7	214,0	219,0	211,0	215,0	216,0	217,0	219,0	221,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

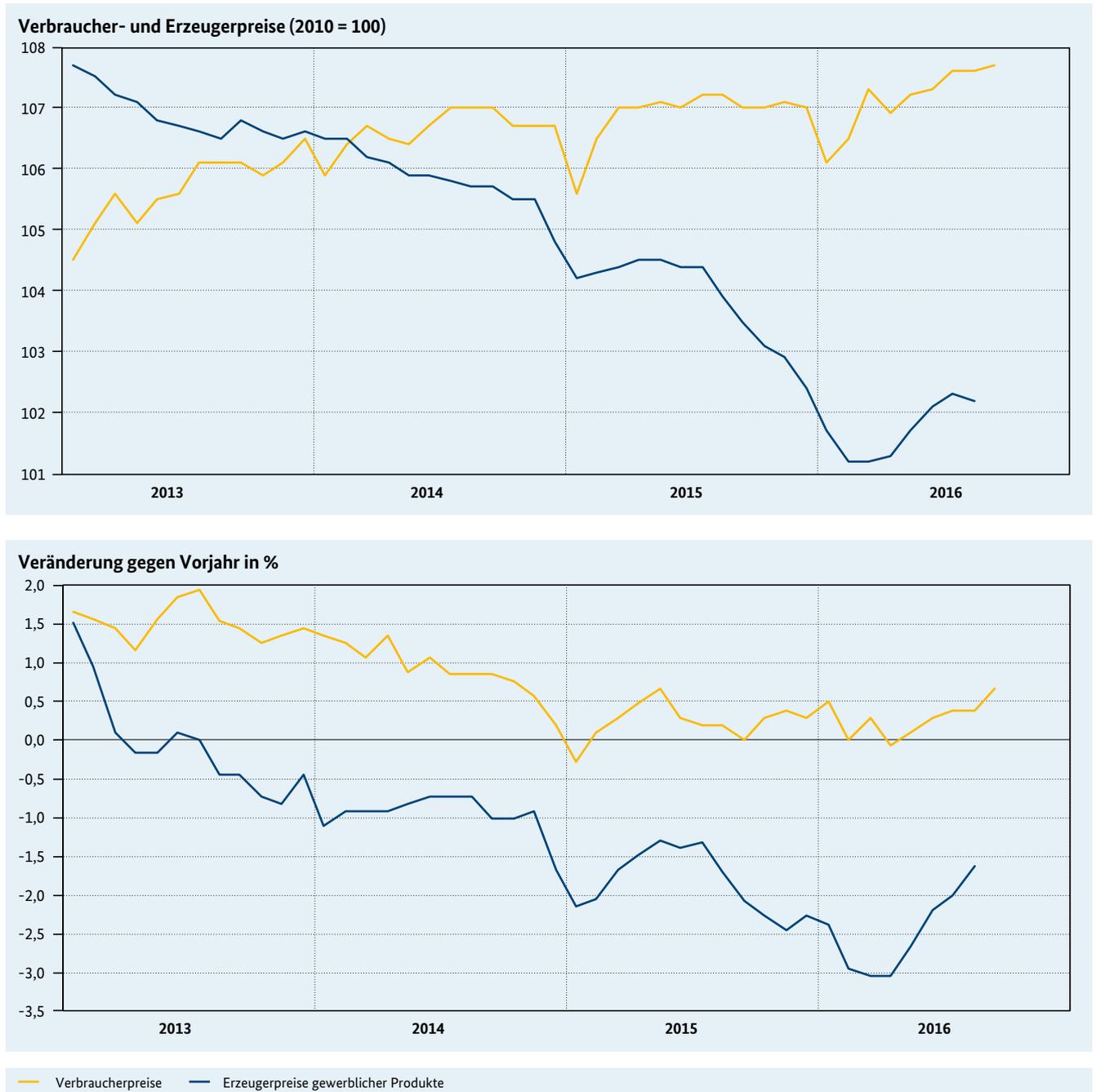
Bundesrepublik Deutschland

		2013	2014	2015	2015	2016	2016			2016				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,6	107,1	107,6	106,9	107,2	107,3	107,6	107,6	107,7
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1	+0,5	-0,1	+0,1	+0,3	+0,4	+0,4	+0,7
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,8	105,5	106,8	106,4	106,7	106,9	106,7	106,2	106,1	106,9
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-0,7	-0,8	-0,9	-0,5	-1,0	-0,9	-0,8	-0,7	-0,6	-0,1
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	109,0	107,7	108,9	108,8	108,5	109,0	109,3	109,0	108,6	108,9
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-1,6	-1,8	-2,0	-1,1	-2,2	-2,1	-1,6	-1,6	-1,2	-0,5
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	112,7	113,1	113,2	112,7	113,8	113,2	112,7	113,0	112,5	112,6
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+1,8	+1,0	+0,2	+0,8	+0,5	0,0	+0,1	+1,1	+0,9	+0,4
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	110,3	106,9	108,0	107,5	107,3	108,2	108,6	107,8	107,3	107,5
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-6,2	-6,6	-5,7	-4,2	-6,3	-5,7	-4,9	-4,7	-4,2	-3,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	107,1	104,8	106,8	105,2	108,0	107,1	105,4	103,8	104,3	107,6
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,9	+0,6	+0,9	+0,4	+1,2	+1,2	+0,4	+0,8	0,0	+0,4
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	97,8	98,2	98,4	98,4	98,4	98,4	98,4	98,3	98,5	98,5
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	107,3	107,6	107,5	108,8	107,0	107,6	107,9	108,9	109,0	108,4
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,4	+0,8	+1,2	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	107,1	107,4	107,7	108,1	107,6	107,7	107,8	107,9	108,1	108,3
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,3
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	107,4	107,5	107,8	108,3	107,6	107,9	107,8	108,3	108,3	108,4
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+0,9	+1,2	+1,1	+1,3	+1,1	+1,2
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	104,0	99,2	102,0	101,7	100,5	102,1	103,3	102,1	101,2	101,9
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,6	-7,8	-7,6	-5,6	-8,5	-7,9	-6,4	-7,0	-5,9	-3,6
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	106,9	106,6	107,3	107,6	107,1	107,3	107,5	107,5	107,5	107,7
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,6	+0,2	+0,1	+0,4	+0,4	+0,5	+0,7
HVPI⁴	Index	99,1	99,9	100,0	100,1	99,6	100,1	100,6	99,8	100,2	100,3	100,7	100,6	100,6
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	+0,2	+0,1	0,0	+0,4	-0,3	0,0	+0,2	+0,4	+0,3	+0,5
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	102,8	101,4	101,7	-	101,3	101,7	102,1	102,3	102,2	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-2,4	-2,8	-2,7	-	-3,1	-2,7	-2,2	-2,0	-1,6	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	101,2	100,2	100,5	-	100,1	100,6	100,9	101,1	101,0	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-2,1	-2,2	-2,3	-	-2,6	-2,3	-2,0	-1,8	-1,6	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,4	104,6	104,7	-	104,7	104,7	104,8	104,8	104,9	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,7	+0,7	+0,6	-	+0,6	+0,6	+0,6	+0,5	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,1	-	108,0	108,1	108,2	108,7	108,9	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	+0,1	+0,3	-0,1	-	-0,2	0,0	-0,1	+0,5	+0,7	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,4	108,1	108,4	-	108,3	108,4	108,5	108,5	108,6	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,3	-	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,3	108,3	108,1	-	108,0	108,1	108,2	108,7	109,0	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-0,1	+0,2	-0,3	-	-0,4	-0,2	-0,2	+0,4	+0,7	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	99,7	95,3	96,1	-	95,2	95,9	97,1	97,1	96,7	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-6,8	-8,6	-7,7	-	-8,8	-8,0	-6,5	-6,2	-5,5	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	111,6	112,5	113,2	113,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,7	+2,1	+2,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,6	111,7	112,1	112,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+0,7	+0,5	+0,7	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2013	2014	2015	2015	2016				2016				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	185,5	172,4	100,1	84,8	70,0	87,9	90,7	81,2	88,6	94,0	90,1	90,9	91,2
	gg. Vj. in %	+0,6	-7,1	-41,9	-39,5	-32,8	-23,0	-6,7	-26,4	-24,3	-18,5	-14,7	-2,5	-1,8
Nahrungs- und Genussmittel	Index	123,4	121,6	100,0	96,2	93,6	105,3	105,0	99,3	105,4	111,1	106,7	104,0	104,3
	gg. Vj. in %	-12,2	-1,5	-17,7	-15,6	-11,4	+5,4	+6,8	-0,9	+6,5	+10,5	+3,4	+6,8	+10,6
Industrie-Rohstoffe	Index	156,2	135,2	100,1	87,8	87,7	95,2	97,5	97,7	94,8	93,0	97,2	98,9	96,5
	gg. Vj. in %	-3,2	-13,4	-26,0	-28,4	-19,9	-10,7	+1,0	-5,8	-13,2	-12,9	-0,9	+3,5	+0,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	192,3	179,2	100,1	83,8	66,8	86,1	89,2	78,4	86,9	93,0	88,4	89,2	89,9
	gg. Vj. in %	+1,5	-6,8	-44,1	-41,7	-35,5	-25,7	-8,3	-29,9	-26,9	-20,6	-17,0	-3,8	-2,8
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	98,8	96,2	97,2	-	96,4	97,3	97,8	97,9	97,7	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-3,5	-5,2	-5,6	-	-6,6	-5,5	-4,6	-3,8	-2,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	111,8	110,8	111,3	-	110,5	111,5	111,9	112,0	112,4	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	-2,4	-2,1	-	-3,4	-1,8	-1,0	+0,1	+1,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	97,4	94,8	95,7	-	95,0	95,8	96,4	96,4	96,2	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-4,0	-5,4	-6,0	-	-7,0	-6,0	-4,9	-4,4	-3,0	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	79,7	70,4	75,7	-	73,1	76,1	77,9	77,7	77,7	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-21,6	-23,0	-21,0	-	-24,1	-21,3	-17,5	-14,5	-8,7	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	102,9	102,3	102,0	-	101,8	102,0	102,1	102,3	102,0	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+1,4	-0,6	-1,7	-	-2,0	-1,5	-1,4	-1,5	-1,4	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	104,3	103,6	103,7	-	103,5	103,7	103,9	104,1	104,0	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,2	-1,1	-1,6	-	-2,0	-1,6	-1,3	-1,2	-0,9	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	105,6	107,7	106,7	-	107,4	106,6	106,2	106,3	106,4	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,8	+4,3	+4,2	-	+5,0	+4,2	+3,4	+2,7	+1,7	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,09	1,10	1,13	1,12	1,13	1,13	1,12	1,11	1,12	1,12
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-12,3	-2,2	+2,2	+0,4	+5,2	+1,4	+0,1	+0,7	+0,7	-0,1
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	132,9	127,0	122,0	114,3	124,3	123,2	118,5	115,3	113,5	114,2
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-7,0	-5,3	-9,1	-15,9	-3,6	-8,6	-14,6	-15,1	-17,2	-15,3
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,77	0,79	0,85	0,79	0,78	0,79	0,84	0,86	0,85
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-8,5	+3,6	+9,1	+18,4	+9,9	+7,8	+9,7	+19,0	+19,7	+16,5
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	92,4	94,1	94,9	95,1	94,8	95,1	94,7	94,9	95,2	95,4
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-6,7	+1,2	+4,0	+2,6	+5,7	+3,8	+2,6	+3,9	+2,3	+1,6
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,9	88,4	88,3	89,5	90,3	90,5	90,1	90,5	90,2	90,4	90,6	90,7
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-6,9	+0,4	+3,2	+2,1	+4,7	+3,1	+2,0	+3,3	+1,9	+1,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,5	94,8	95,2	95,4	95,4	95,2	95,0	95,3	95,4	95,4
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-3,2	-0,2	+0,8	+0,6	+1,4	+0,6	+0,3	+1,1	+0,5	+0,3
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,3	86,6	87,4	87,7	87,4	87,6	87,9	87,6	87,4	87,4	87,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-3,3	+1,0	+2,7	+0,8	+3,6	+2,6	+1,7	+2,1	+0,5	-0,3

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

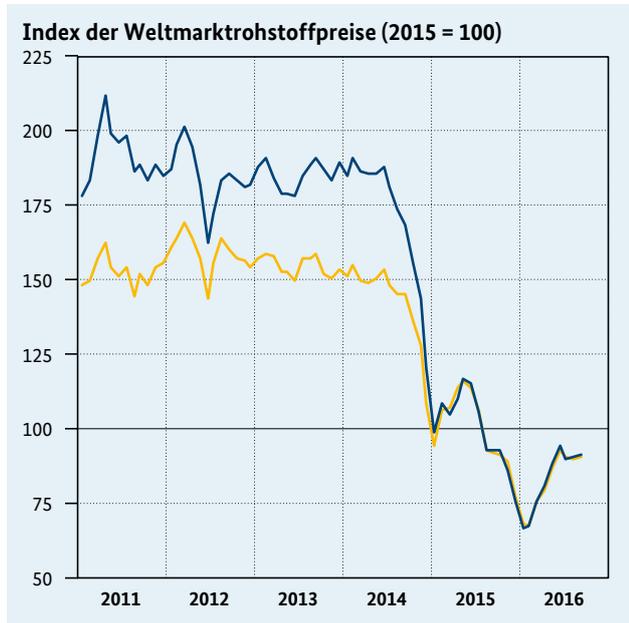
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

2 Index 2010 = 100;

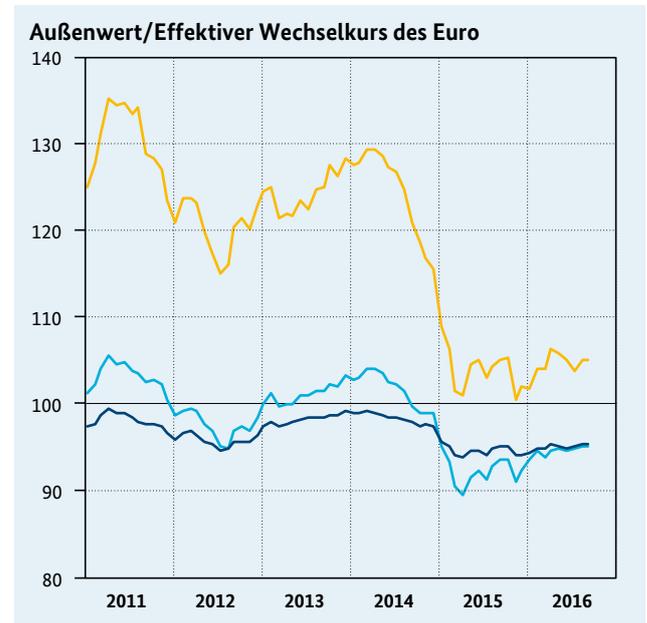
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

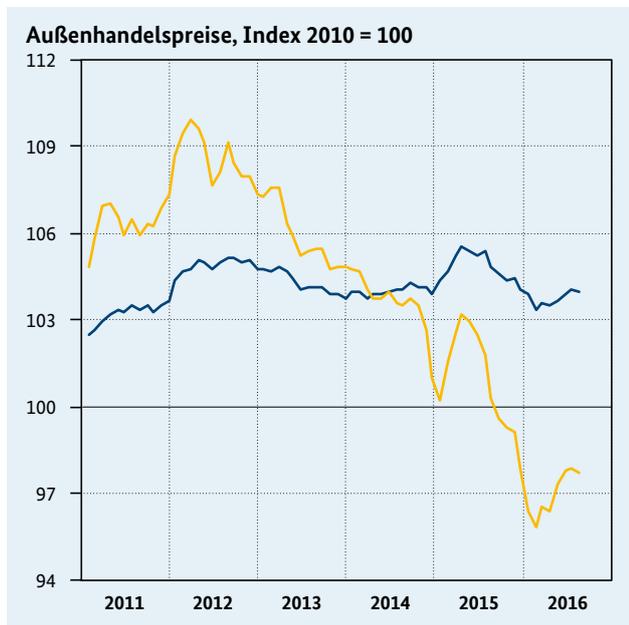
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



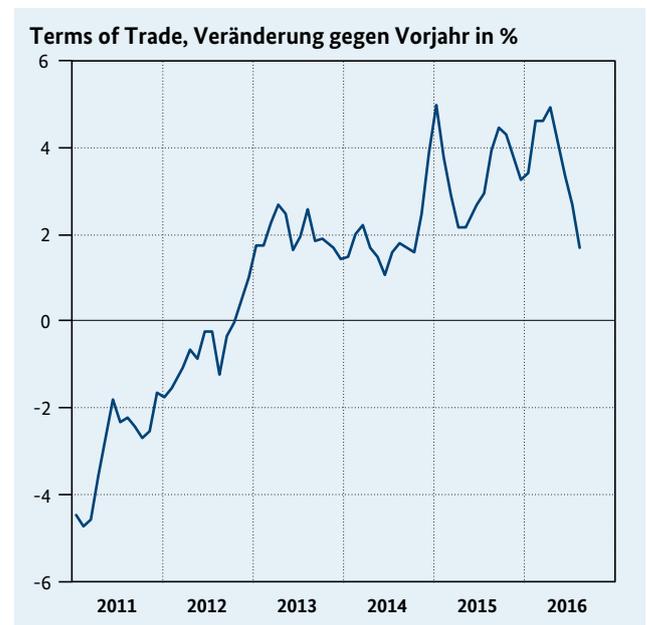
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,20	-0,31	-0,38	-0,40	-0,36	-0,37	-0,39	-0,41	-0,40	-0,40
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,09	-0,19	-0,26	-0,30	-0,25	-0,26	-0,27	-0,30	-0,30	-0,30
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	-0,01	-0,10	-0,15	-0,19	-0,14	-0,14	-0,16	-0,19	-0,19	-0,20
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,09	0,01	-0,02	-0,06	-0,01	-0,01	-0,03	-0,06	-0,05	-0,06
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,11	0,13	0,12	0,10	0,11	0,12	0,12	0,11	0,10	0,09
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,19	-0,36	-0,48	-0,62	-0,44	-0,45	-0,54	-0,62	-0,61	-0,62
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,08	-0,12	-0,27	-0,45	-0,24	-0,23	-0,35	-0,46	-0,45	-0,44
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,53	0,26	0,08	-0,12	0,13	0,13	-0,02	-0,15	-0,13	-0,09
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,2	10,3	9,2	-	9,7	9,1	8,7	8,4	8,9	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,3	5,4	5,0	-	5,1	5,0	4,9	4,9	5,2	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	4,8	-	4,6	4,9	5,0	4,9	5,1	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,6	4,8	4,9	4,9	-	4,9	4,9	4,9	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,4	+0,8	+1,0	+1,3	-	+1,2	+1,3	+1,5	+1,2	+1,5	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,6	+0,8	+1,0	+1,1	-	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,3	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,7	+2,4	+2,9	-	+2,8	+3,0	+2,9	+2,4	+2,6	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+2,5	+2,6	+3,1	-	+3,2	+3,2	+2,9	+3,1	+3,1	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	+0,1	+1,6	+2,2	-	+2,7	+2,4	+1,7	+1,7	+1,8	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-1,6	+0,5	+2,0	-	+3,9	+3,1	-1,1	+0,3	-2,4	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-1,6	+0,4	+1,8	-	+2,4	+0,6	+2,4	+2,7	+3,5	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	+0,8	+2,2	+2,4	-	+2,4	+2,6	+2,2	+1,9	+2,5	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+2,6	+2,8	+2,9	-	+2,9	+2,9	+3,0	+3,0	+2,9	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,6	+3,5	+3,7	-	+3,8	+3,6	+3,8	+3,7	+3,7	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10630	9674	9963	10332	10023	10008	9859	9961	10530	10504
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	-0,5	-9,0	+3,0	+3,7	+1,7	-0,2	-1,5	+1,0	+5,7	-0,2
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3335	2977	2975	2975	3031	2984	2911	2919	2993	3012
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	-1,5	-10,7	-0,1	0	+0,1	-1,6	-2,4	+0,3	+2,5	+0,6
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2053	1949	2076	2161	2076	2067	2084	2147	2177	2159
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+1,4	-5,1	+6,5	+4,1	+2,6	-0,4	+0,8	+3,0	+1,4	-0,9
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	19037	16870	16389	16502	16549	16549	16069	16184	16593	16730
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	-2,0	-11,4	-2,9	+0,7	-2,0	0	-2,9	+0,7	+2,5	+0,8

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

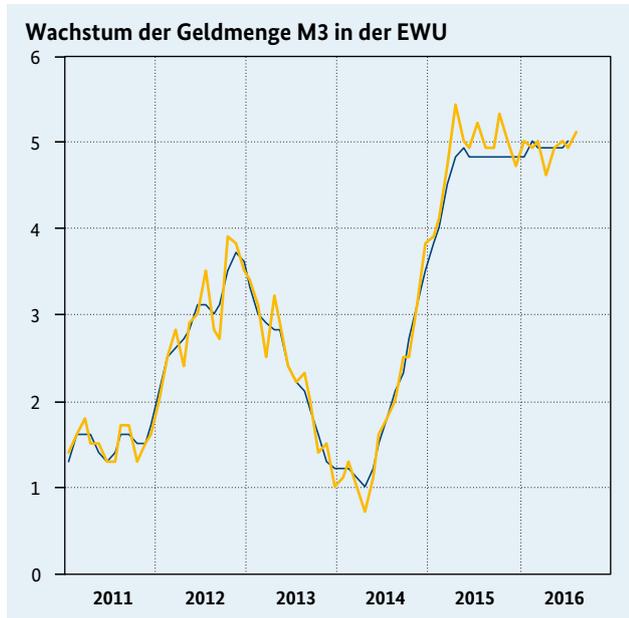
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

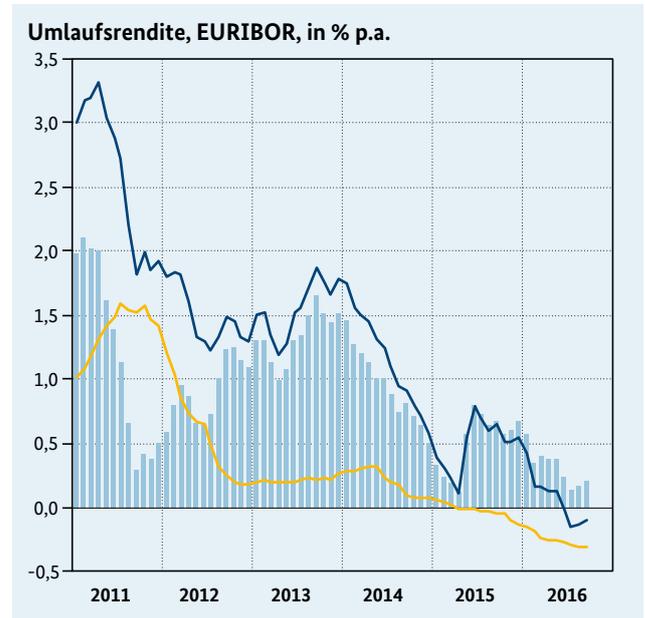
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

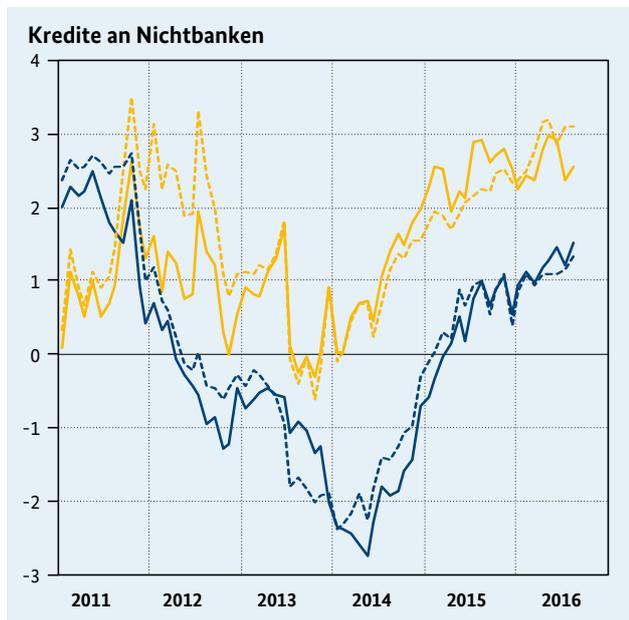
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



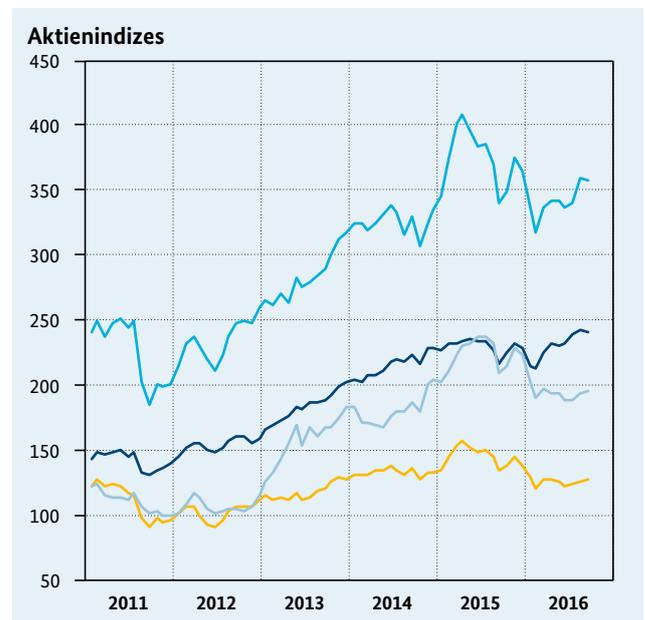
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Johannes Vatter
(Bundesregierung nimmt neu Maß)

Mathias Kesting
(Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigerem Fahrwasser)

Nils Börnsen und Florentine Kessler-Grobe
(Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
November 2015	<p>Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015</p> <p>Gemeinsam die Industrie stärken</p> <p>Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit</p> <p>Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen</p> <p>Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen</p> <p>Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!</p>
Dezember 2015	<p>Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen!</p> <p>Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz</p> <p>Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen</p> <p>Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung</p> <p>Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist</p>
Januar 2016	<p>Energieeffizienzstrategie Gebäude</p> <p>Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft</p> <p>Modelle für das Energiesystem der Zukunft</p> <p>9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen</p> <p>Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung</p>
Februar 2016	<p>Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern –</p> <p>Die Chancen des digitalen Wandels nutzen</p> <p>Das Klimaschutzabkommen von Paris</p> <p>Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht</p> <p>Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz</p>
März 2016	<p>Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik</p> <p>Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm</p> <p>Energieeffizienz</p> <p>Forschungsprojekt PEGASUS</p>
April 2016	<p>Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt</p> <p>Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg</p> <p>eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung</p> <p>Digitalisierung als Chance begreifen</p>
Mai 2016	<p>Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider</p> <p>binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte</p> <p>Das Nationale Reformprogramm 2016</p> <p>Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales</p> <p>Engagement verbinden</p> <p>Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport</p> <p>Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme</p> <p>für die Stadt</p>

Ausgabe	Fachartikel
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020
Oktober 2016	Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch Von Bitcoin zum Smart Contract Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
